

14.619

P. T. Herrn Professor Dr. Julius Löwy  
" " " Dr. Glirsch als Referenten  
zur Begutachtung. Wien, am 23. Juni 1939

Der Dekan:

Wipera

EDUARD SUESS ALS LIBERALER WISSENSCHAFTLER  
UND PARLAMENTARIER.

DISSERTATION  
=====

zur Erlangung des Doktorgrades an der philo-  
sophischen Fakultät an der Universität zu  
Wien.

eingereicht von:

Alfons ETZ.

Wien im Juni 1939.

# INHALTSVERZEICHNIS

=====

	<u>Seite:</u>
Vorwort .....	1
Staat und Zeit .....	6
Entwicklungsjahre .....	18
Wissenschaftliche Laufbahn und Leistung ..	28
Beginn seiner politischen Tätigkeit .....	48
Politische Lage beim Eintritt Sueß's in das Parlament .....	57
Staat und Kirche. Die konfessionellen Ge- setze .....	62
Schulpolitik im Abgeordnetenhaus .....	77
Ausgleich und Berliner Vertrag .....	86
Ministerium Taaffe - Bosnienfrage - Schul- kämpfe .....	111
Wahlreformen und Sozialpolitik .....	137
Währungsreformen .....	148
Persönlichkeit und Weltanschauung .....	158

=====



## L i t e r a t u r v e r z e i c h n i s .

### QUELLEN:

- Eduard Sueß: Erinnerungen, Leipzig 1916.  
Bemerkungen über den naturgeschichtlichen Unterricht, Wien 1862.  
Über den Boden der Stadt Wien, Wien 1862.  
Rede, gehalten in der Wählerversammlung des II. Bez., Wien 1882.  
Über den Fortschritt des Menschengeschlechtes Wien, 1888.  
Rede, gehalten in der feierlichen Sitzung der Akademie der Wissenschaften am 30.5.97 Wien, 1897.  
Zukunft des Goldes, Wien 1877.  
Zukunft des Silbers, Wien 1892.  
Entstehung der Alpen, Wien 1875.  
Das Antlitz der Erde, 4 Bde. Prag, 1885-1909.
- Stenographische Protokolle des Hauses der Abgeordneten des Reichsrates, Wien 1873-1896.

Stenographische Protokolle der Delegationen des Reichsrates, Wien 1873-1896.

### DARSTELLUNGEN:

- Gustav Kolmer: Parlament und Verfassung in Österreich, Band I-V, Wien
- Richard Charmatz: Deutsch-österreichische Politik, Lpz. 1907.
- Ernst v. Plener: Erinnerungen, Lpz. 1921, Band II. u. III.



Herwig: Georg Schönerer, Wien 1912-23, 4 Bde.

Eduard von Wertheimer:

Graf Julius Andrassy, Stuttgart, 1910-13  
3 Bde.

Neue Österreichische Biographie, Wien 1923, Band I.

Sozialistische Monatshefte, Jahrgang 1914.

Almanach der kaiserlichen Akademie der Wissenschaften,  
Jahrgang 1914, Band 64.

Neue Freie Presse, Jahrgang 1873-1914.

=====



VORWORT.

Diese Arbeit ist die Ausführung einer Teiles einer ursprünglich größeren und weitgehenderen Absicht des Verfassers, nämlich der, eine Geschichte des akademischen Liberalismus zu schreiben. Aus persönlichem Wunsch entsprungen wurde diese gute Meinung durch die Grenzen einer Dissertation eingeengt, sodaß ein vielleicht nur unvollkommener Teil einer an sich sicher dankbaren Aufgabe vorlegbar ist.

In kurzen Worten soll nun vorbetont werden, warum dieser Stoff gewählt wurde. Mit der geschichtlichen Betrachtung, Darstellung und Würdigung des Liberalismus und seiner letzten Erscheinungen liegt es noch im Argen. Obgleich bedeutende Ansätze und Teilbehandlungen vorliegen, steht die Gesamtüberarbeitung dieses Stoffgebietes der Geschichtswissenschaft auch heute noch aus, weil sie eben erst heute vom Gegensätzlichen heraus geleistet werden kann, nachdem diese Epoche ihren Abschied genommen.

Selbst die Geschichte sämtlicher Teilerscheinungen ist noch nichts ans Tageslicht gefördert, so namentlich die des akademischen Liberalismus. Was ist akademischer Liberalismus? Da beginnt schon die Schwierigkeit. Eine Antwort ist not. Geben wir sie als Definition, handeln wir dem historischen Gewissen zu wider, das eben die Festigkeit eines



Begriffes nicht zuläßt. Geben wir sie aus der Geschichte, müssen wir diese selbst erstehen und vor unserem Auge wiedergesehen lassen. Doch wenn Ideen den Historiker zur Stoffwahl leiten, muß sich auch sagen lassen, was er will, wenn sich auch sein Wille den Tatsachen, die erfindet, später wird bequemen müssen. Kurz: Als akademischer Liberalismus sei hier vorderhand verstanden: Das Eindringen, Werden, Wachsen und Vergehen liberaler Ideen innerhalb der Wissenschaft, ihrer Organisation und ihrer Menschen, als Teilerscheinung der großen historischen Welle des Liberalismus und insbesondere ihre Ausbreitung von der Wissenschaft auf die Gebiete der Politik und der Wirtschaft. Mit dieser Umgrenzung ist inhaltlich nichts vorweggenommen. Er hat keine weltgeschichtliche Bewegung gegeben, die ähnlich und so sehr akademisch war, als gerade der Liberalismus, womit aber nicht die Ausschließlichkeit dieser Erscheinungsweise behauptet werden soll. Er hat von den Universitäten her den Sieg des Rationalismus in weiten Gebieten des privaten und öffentlichen Lebens errungen. Er war dogmatisch, wie seine Väter Dogmatiker waren, eine Bewegung des Glaubens an das Wissen und daran, daß das Wissen gut mache, an eine endgültige Vollendung der menschlichen Zustände durch die menschliche Vernunft und die ungeheure Vervollkommenbarkeit ins Unbegrenzte. Die leise Skepsis des erwachten Historismus, der die Vergänglichkeit im Wandel lehrte, stülpte er in den gewaltigen Glauben an den Wandel durch das Vergängliche in einen

immer höheren Zustand der Menschheit um. Daher seine besiegende Kraft.

Seine Priester waren Universitätsprofessoren, die es freilich leugneten, daß sie Priester waren. Weniger gaben sich echte Politiker zu Aposteln des dogmatischen Liberalismus her. Er war ihnen nur immer Mittel zum größeren Zweck. Kleineren Geistern erging es freilich anders. Denen wurde der Liberalismus zum Zweck und damit zum Verbrechen am Leben, daß sich nicht nach abstrakten Doktrinen ausrichten läßt. Daß sich somit der Liberalismus nicht nur aufbauend, sondern im größeren Ausmaß lebensvernichtend auswirkte, stammt aus der Entfernung der Überlieferung jeder Sitte, der Entfesselung des Individuums auch von den notwendigen Schranken, die das Wohl des Ganzen setzt, aus seiner Tendenz alles Lebendige in Geist zu verwandeln, und die Vernunft herrschen zu lassen. Alle Erscheinungen der Kultur wurden auf eine Idee, den Fortschritt bezogen, was wir besonders bei Prof. Sueß beobachten können, sei es des Volkes oder der Menschheit.

Durch verschiedene Stufen geschichtlicher Ereignisse, insbesondere aber durch das Vordringen einer biologischen Weltanschauung in ihrer Besinnung auf das Organische, hat unsere Zeit einen Standpunkt gewonnen, der zeitlich höher als die Epoche des Liberalismus liegt und teilweise ihre gänzliche Überwindung darstellt, sodaß wir mit größerer Sicherheit die geschichtliche Wahrheit und den geschichtlichen Irrtum der Vergangenheit erkennen

können und bereits Licht und Schatten der jüngst vergangenen Zeit unterscheiden lernen, wenn wir auch aus einer gegensätzlichen Haltung heraus selbst bedingt durch seine Auswirkungen, noch lange nicht seine letzten Folgererscheinungen vorausahnen können, zumal wir in unserem Urteil nicht minder als dies in der Regel bei einem solchen Verhältnis der Fall ist, von Zu- oder Abneigung ira et studio beirrt werden.

Indessen bemühte sich der Verfasser dieser Arbeit der Aufgabe eines Historikers gerecht zu werden, fern einer publizistischen Meinung, ohne Voreingenommenheit und ohne geschichtlichen Haß sich dem Vergangenen zuzuwenden, Tatsachen zu beobachten und sie in Wahrheit darzustellen, ohne dabei in eine Kraft-, volk- und im tiefsten wieder urteilslose Allerweltsgefälligkeit zu verfallen, die um irgend wie allem gerecht zu werden, um jeden Preis zu verstehen sucht und dabei der Gegenwart und der Zukunft nicht gerecht zu werden vermag. Ohne lebensfremd und zeitfern zu sein, darf der Geschichtswissenschaftler, das ist seine Überzeugung, mit Liebe an das Erbe der Vergangenheit herantreten, und dort auf der Tenne der Welt Spreu und Weizen zu sondern und das Große, das auch in einer Epoche, die nach schweren Kämpfen abgeten wurde, verborgen liegt und wirksam war, aufzusuchen und dem Bewußtsein zu erhalten, auch wenn es ein Irrtum war. Ist doch die Erkenntnis von Intümen überhaupt das Ergebnis unseres Wahrheitsstrebens.

Ein gerechtes Urteil wird durch das Bewußtsein

erleichtert, daß der Gang der Entwicklung durch den Liberalismus auch für das deutsche Volk eine geschichtliche Notwendigkeit war, sofern wir überhaupt von einem Gesetz des Zwanges in der Geschichte sprechen können, die nicht in ihrer ganzen Dauer und ihrem Inhalt von den letzten Zerfallerscheinungen beurteilt werden darf. Deshalb wird der Forderung der Gegenwart nach einer politischen Einstellung der Geschichtswissenschaft am besten dadurch gedient, daß die Darstellung dieses Teilausschnittes aus dem Gesamtverlaufe sich an die Wiedergabe der Lebenserscheinungen hält und das Gewordene und Abgeschlossene als ein Werdendes enthüllt.

Vorliegende Dissertation will versuchen zu zeigen, wie sich in einem einzelnen Menschen der akademische Liberalismus verkörpert hat, welche Sonderprägung er auf Wiener Boden in einem seiner bedeutendsten Vertreter fand. Wenn die hier behandelte Erscheinung auch für sich keine überragende und bleibende Bedeutung erlangt hat, so wird sie doch als für die Zeit charakteristisch und typisch zugleich empfunden werden. Und im Ganzen dieser Epoche wird auch vorliegender Gegenstand seine Berechtigung finden. Er möge dazu beitragen, daß sich das Bild dieser Zeit vervollkomme und ihr Gehalt endgültig auf der Waage des Wertes für das Gesamtleben der Nation ausgewogen werde.

Staat und Zeit. 1)

Die Ereignisse des Jahres 1848 bedeuteten wie in den meisten europäischen Staaten so auch im Gebiet der nachmaligen Österreichisch-ungarischen Monarchie einen Wendepunkt in der Geschichte. Innere und äußere Gestalt des habsburgischen Staates begannen zu wanken. Eine neue Zeit kündigte sich an.

Wenn auch der Versuch durch das Mittel der Revolution eine Teilung der Gewalten zwischen Krone und Volk zu erzwingen mißglückte, ja für den Anfang sogar als Reaktionserscheinung ein verstärktes absolutistisches Regiment heraufbeschwor, wenn die Absicht eine Verfassung zu erwirken nicht nur an dem Willen des Herrschers, und der politisch bestimmenden Kreise, sondern auch den ungenügenden Kräften, die das Schauspiel von 1848 inszenierten, scheiterten, so war doch eine Tat gesetzt worden, die über den anfänglichen Mißerfolg hinaus tiefer weiter wirkte, als die regierenden Machthaber ahnen konnten. Sowohl der allgemeine Zug der Zeit, als auch die psychologischen Nachwirkungen dieser Ereignisse, daß sie überhaupt möglich waren, der kleine Erfolg drängten dazu, dieses einzelne kurzlebige Geschehnis zu einem dauernden Zustand zu machen: Kurzum gesagt dem Liberalismus zum Durchbruch zu verhelfen. Bedeutend war der Gegensatz zwischen dieser Weltanschauung den von ihr erstrebten Idealzuständen und den tatsächlichen

1) Vgl. die benutzten Darstellungen.

Verhältnissen, seelischen und materiellen Lebensbedingungen des damaligen österr. Staates. Dies läßt sich aus verschiedenen allgemeinen und auch besonderen Ursachen erklären: Der Geschichte, Gestalt, dem Aufbau, der geistigen Haltung und Zielrichtung dieses Landes. Hier lag ja auch der Boden, von dem aus der Liberalismus stets weltanschaulich bekämpft und theoretisch zuerst überwunden wurde: Von den christlichen Gesellschaftsreformern Vogelsang und Lueger. Hier ist auch die Fundstelle, wo der Nationalsozialismus einen Teil seines geistigen Rüstzeuges sich sammelte um den Gegner auch machtpolitisch auf deutschem Volksboden niederzuwerfen. Dies alles ist nur dadurch möglich geworden, daß in diesem Staate der Liberalismus nie in seiner extremsten Form durchdringen konnte, daß hier an den Volksgrenzen die volklichen Kräfte sich zäher und gesunder gegen seine Auswüchse erhielten und weil hier der Liberalismus tatsächlich neben einer Fülle von anderen Problemen nur als ein solches aufscheint, zwar wohl manchmal aber durchaus nicht immer als das beherrschende. In diesem mitteleuropäischen Raume traten eben viele brennende Fragen in einer bestimmten Raumeinheit auf, daß der Liberalismus nur als Teilerscheinung Geltung erringen konnte und mithelfen sollte, sie zu lösen, um dadurch endgültig zu siegen, oder daran zugrunde zu gehen. Das Ende war: Daß das Gefäß selbst, der Staat und der Liberalismus als Organisationsprinzip der Gesellschaft zugrunde gingen. Nationalstaat, Demokratie und Sozialismus waren die Erben,

wenngleich sie sich liberaler Formen bedienten, die ja unserer ganzen Zivilisation wesentlich zu eigen sind und bleiben werden.

Diese Entwicklung vollzog sich natürlich wie im allgemeinen, der Idee, auch in den Einzelnen. Und da fällt besonders auf, daß aus dem Stichjahr 1848 eine kleine geistvolle Schar junger Menschen auch nach dem Ende der Revolution deren Idealen treu blieb, sie in die Zukunft mitnahm und im Glauben daran diese Ideale für Verpflichtungen sich selbst, der Mit- und Nachwelt gegenüber ansah und es als ihre Aufgabe betrachtete, sie zu verwirklichen. Ein teilweise tragischer Kampf, da sie im Kampf mit der Staatsgewalt eine neue Staatsautorität begründen wollten und im Streit für die Selbstverwaltung der Selbstbestimmung vorarbeiten, die über das allgemeine Menschheitsideal des Liberalismus, das im Vielvölkerstaat Österreich am besten zu verwirklichen war, hinwegschritt zum Nationalstaat. Ein tragischer Kampf auch deshalb, weil sie ihre Kraft überschätzten und wie jede jugendliche Bewegung die Ideale verabsolutierten und zu einem fertigen Rezept machten, an dem der Patient nicht gesundet, sondern dem er erlegen ist.

Es ist notwendig, ehe das Schicksal und der Werdegang eines einzelnen Menschen dargestellt werden, in kurzen Zügen die Zeitlage zu charakterisieren und zwar hier die besonderen Verhältnisse aufzuzeigen, die dem österreichischen Liberalismus eigen waren, als dessen

typischer Vertreter neben anderen Eduard Sueß gelten darf.  
Eine Geschichte des Liberalismus in österreichischen Landen ist noch nicht geschrieben. Es sind wohl einzelne analytische Voruntersuchungen über Teilfragen vorhanden, doch eine einheitliche Zusammenschau, die der Idee in ihrer Verwirklichung auf diesem Raume und in dieser Zeit nachspürt, gibt es nicht.

So sehr sich die Metternich'sche Regierung bemüht hatte, in Erkenntnis, daß auch die Prinzipien des Liberalismus bedingt richtig seien und sie im Besonderen auf österr.-ungarischen Boden nicht im vollen Umfang angewendet werden dürfen, sollten sie nicht Staat und Gesellschaft sprengen, den modernen Ideen, die man als fortschrittlich bezeichnete den Eingang zu verwehren, war diese Abwehr nicht voll auf gelungen, zumal die Zeit noch nicht reif war, dem sterbenden alten Gesellschaftsprinzip und -Aufbau ein neues wohldurchdachtes und erprobtes den neuen Verhältnissen angepaßtes entgegenzustellen, das dem historisch gewordenen Staate nicht zum Verderben gereichen sollte. So kam es, daß die Ideen der französischen Revolution auch in Österreich auf eine dünne, bürgerliche und intellektuelle Schicht eindringen konnten und infolge des äußeren Anlasses - die Bedingungen selber lagen in den österreichischen Verhältnissen begründet - die Pariser Revolution des Jahres 1848 auch in Wien die Revolution wachrief. Das wissenschaftliche Bewußtsein hatte die bürgerliche Welt zu Selbstbewußtsein erhoben und vertiefte

die Gegensätze der nationalen Ideen. Wenngleich das Jahr 1848 den ersten Versuch zu ihrer Verwirklichung und sein Versagen brachte, ging der Kampf dennoch weiter. Die liberale-nationale Idee wurde von Preußen, Savoyen in notwendigen Kämpfe gegen den Habsburgerstaat verwirklicht. Indes die Liberalisierung in anderen Staaten stets voranging, hinkte Österreich stets hinten nach, in der vielleicht nicht klar erkannten, aber doch unbewußt erfüllten Erkenntnis, daß am Ende der Entwicklung auch das Ende der Monarchie stehen würde. So tobten auf ihren Boden die Nationalitätenkämpfe im Zeichen des Liberalismus und des historischen Staatsrechtes weiter. Polen, Tschechen, Südslaven, Italiener, Ukrainer waren die Träger des Gegenkampfes, die ihr Ziel erst auf den Trümmern des Kampffeldes erreichen konnten. So ging das letzte Ziel des Liberalismus, das durchaus menschheitlich und international-universal erstrebt war, das eigentlich staatlich verwirklicht und in der Monarchie vorgeformt schon dastand, dem Liberalismus verloren, womit sein innerer Zerfall auch äußerlich politisch sichtbar wurde. Die Wurzeln des Liberalismus im Habsburgerstaate liegen zum einen Teil in der Übertragung der Errungenschaften und der Auswirkungen der französischen Revolution auf diesen Staat, zum anderen Teil in der eigenen geschichtlichen Vergangenheit selbst. So leitet sich nicht nur staatsrechtlich, sondern auch ideell österreichischer und ungarischer Parlamentarismus aus historischen Traditionen her und zwar

von den alten, ständischen Einrichtungen der Landtage und aus dem Geiste der Josefinischen Aufklärungszeit. Der aufgeklärte Absolutismus blieb unvergessen. Zumal er dem habsburgischen Länderkomplex zum ersten Mal im Sinne eines deutsch-bewußten Bürgertums eine einheitliche staatliche Form verleihen wollte. Andererseits orientierte sich der österr. parlamentarische Liberalismus auch am englischen Verfassungsleben, das durchaus als Vorbild für die eigenen, Verfassungseinrichtungen hingestellt wurde.

Der österr. Liberalismus ist kein einheitliches System und weniger philosophisch programmatisch als aufgelöst in Einzelpersönlichkeiten historisch zu verstehen. Er lebte hier teilweise von bewußter Staatsfeindschaft, die freilich mehr ein anarchistisches als charakteristisches Merkmal ist, andererseits in Männern, die die Nöte der Zeit zu-tiefst verstanden. Die deutsch-liberale Verfassungspartei als Träger der fortschrittlichen Bewegung hatte einen besonders schweren Kampf durchzufechten, da der fortschrittliche Gesetzgebungswille ihre Fraktionen stets auf den traditionalistisch eingestellten Verwaltungsapparat stieß, der mit allerhöchster Sanktion die Schärfen eines kultur-politischen Kampfes abzuwehren verstand. Der wirtschaftliche Liberalismus drängte gewaltig vor, zumal er im Donaustaat ein einheitliches Marktgebiet besaß und bei geringerem Menschenreichtum mehr Freiheit und Entwicklungsmöglichkeit für den Einzelnen

bieten konnte. Der wissenschaftliche Liberalismus aber gewann deshalb eine besondere Bedeutung, weil er der erste Zweig war, der vollends zur Blüte gedieh und als frühreife Frucht Samen für die weitere Ausbreitung der modernen Ideen in den übrigen Zweigen des öffentlichen Lebens bot. Die Befreiung des geistigen Lebens von Dogmen und geöffenbarten Wahrheiten und dem Einfluß der Kirche gelang sehr schnell durch die wirklich freiheitliche Schulreform Thun-Hohensteins, der auf den höheren Schulen die Forschung ganz sich selbst überließ und nur ein einträgliches Verhältnis mit anderen Interessenten auf diesem Gebiete herstellen und beaufsichtigen wollte. ✓ X

Auch in der Stadt Wien entwickelte sich im 19. Jahrhundert ein gesunder Bürgerstand, der nie in seinem Traditionsgefühl die glücklichen Seiten des Merkantilismus unter Maria Theresia und Joseph II. vergaß, und der vornehmste Vertreter der liberalen Entwicklung genannt werden muß, wenn sich auch Vertreter anderer Stände, wie Anastasius Grün lebhaft für Reformen im Sinne des Fortschrittes einsetzten. Dieser Bürgerstand hatte sich kräftig genug entwickelt, um öffentliche Aufgaben übernehmen zu können. Er arbeitete darauf hin, denn die Leistungen des 19. Jahrhunderts wären nie ohne ihn zu verwirklichen gewesen. Er verstand es aber auch, die politische Stellung, die er sich im österreichischen Privilegienparlamente nach und nach erobert hatte, lange Zeit zu verteidigen, was ihn und den Staat in inner- ✓

politische Krisen führte und außenpolitische hätte führen können. Ein seltsames Wechselspiel gegenseitiger Förderung bestand zwischen dem Liberalismus und der naturwissenschaftlichen, technischen Entwicklung. Ersterer forderte letztere und letztere trug wesentlich zur Verstärkung des ersteren bei. Eine gewaltige Organisation in geistiger und technischer Hinsicht, wie sie ein neuer Staat verlangte, brauchte frei sich entwickelnde Kräfte. Denn jedes freie Ausleben des einzelnen Individuums nach der ge-  
deihlichsten und zusaglichsten Richtung bedeutete eine Kraftersparnis für das Ganze, da jeder nur auf seinen persönlichen Gebiete das Beste leisten konnte, andererseits aber eine Verengung und Vereinseitigung, die letzten Endes zur Zerstückelung und Atomisierung des ganzen geistigen, gesellschaftlichen und moralischen Lebens führte; gerade in der Habsburgermonarchie läßt sich sehr gut verfolgen, wie das Bürgertum als neue staatstragende Schicht den Adel ablöste und solange den Staat zusammenklammerte, bis die Demokratisierung die Masseninstinkte und die politischen Leidenschaften wachrief, die mit Unvernunft gepaart ohne Bindung des Besitzes der politischen Klugheit, der Sitte und Geschichte das Bürgertum seiner Stellung und Geltung beraubte.

Solange der historische internationale Hofadel politisch und wirtschaftlich die Reichseinheit garantierte, hatte der Bürger als homo novus wenig Aussicht in seine Stellung sich einzudrängen. Die politische

Bedeutung des Feudaladels wurde durch den Absolutismus durch die Zurückdrängung der ständischen Selbstverwaltung und der Landtage und durch die Errichtung eines unbedingt treuen und verlässlichen Beamtensystems aufgehoben, sodaß die Berechtigung seines Vorzuges im Staatsdienste verloren ging. Andererseits wurde durch die Industrialisierung die wirtschaftliche Stellung des Adels zwar nicht gebrochen, aber doch seine Monopolstellung in einem Agrarstaate beseitigt. Dies wurde bewirkt durch das Aufkommen eines unternehmungslustigen, handelsfreudigen industriell~~e~~ eingestellten Bürgertums, das sich allmählich auf dem Umweg über den bereits vorhandenen staatlichen Beamtensapparat in politisch führende Stellungen einschob. Dabei leisteten ausgedehnte praktische Kenntnisse und die weiten internationalen Beziehungen des Handels und der Wissenschaft jene Dienste, die zur Führung eines Staates unbedingt notwendig waren. Die alten Bindungen der feudalen Gesellschaftsordnung mußten fallen, wie die jüngeren Bindungen wirtschaftlicher Art, die durch den absolutistischen Merkantilismus eingeführt worden waren, dem Unternehmungsgeist des modernen Menschen weichen mußten. Aus diesem Gesichtspunkt heraus ist auch der Kampf des Liberalismus gegen die kirchlichen Bindungen zu verstehen, wie wir in besonders bei Sueß beobachten können, der nicht so sehr als Kampf gegen die Religion geführt wurde, als vielmehr gegen ihre Verquickung mit den alten sozialen und wirtschaftlichen Zuständen. Denn die Welt-

anschauungsgegensätze zwischen Liberalismus und christlicher Weltanschauung waren nicht so groß, als sich die Gegner gegenseitig vorwarfen. Und wenn auch die ersten Voraussetzungen und die letzten Konsequenzen des Liberalismus von kirchlich-christlichem Gedankengut weit abstanden, so konnten doch die Vertreter beider Anschauungen weite Strecken miteinander gehen.

Obgleich man den österreichischen Liberalismus nicht besonders doktrinär nennen darf, so war er es doch in einem Punkte, der das öffentliche Leben zutiefst berührte, in der Frage eines Zentralparlamentes, daß sowohl vom österreichischen Bürgertum, als auch von höchster Regierungsstelle aus als Mittel zum Zweck der Staatseinheit angesehen wurde. Hatten doch die französische Revolution mit der Erklärung der Menschenrechte, mit ihrer Verfassung zum ersten Mal in Europa den modernen Nationalstaat verwirklicht, haben doch liberale Verfassungen dem deutschen Reich und Italien ein einigendes Band gegeben, welcher Vorgang auch auf die österreichischen leitenden Kreise beispielgebend großen Einfluß ausübte. Griffen andererseits nationale und konstitutionelle Gedanken ineinander, so mußte dieselbe Verbindung im österreichischen Kaiserstaate einen Konflikt erzeugen. Die Idee, durch ein Zentralparlament, neben dem einigenden Band der Krone eine Stütze und ein neues Symbol der Reichseinheit zu schaffen und die Idee der österreichischen Nation lebendig werden zu lassen, konnte nicht verwirklicht werden.

Der Erlaß von Gesetzen durch das Volk unter der Sanktion des Kaisers, durch die es seinem eigenen Willen gehorchte, war als allgemeinverbindlich unmöglich, sobald die trennenden Momente gegenüber den gemeinsamen das Schwergewicht erhielten. Dies war der Fall, als ganz gegen die ursprüngliche Absicht das Parlament - es kam überhaupt nur für die österreichische Reichshälfte zustande - statt eines Symbolen der Einheit ein Kampffeld der Zwietracht wurde, als der Streit um die Macht und das Übergewicht im Staate entbrannte, als eben <sup>ein</sup> unliberaler Gedanke der politischen Vorherrschaft und Knechtung liberale Einrichtungen benutzte, und für fremde Zwecke mißbrauchte. Übrigens war die Verpflichtung zur Einheit des Staates schon dadurch geschwächt, daß Ungarn ein eigenes Parlament erhielt, also der Staatsbau dualistisch gestaltet wurde. Wer konnte noch die anderen Nationalitäten hindern, das selbe zu verlangen, was zwei politisch führenden Nationen zuerkannt war. So hat das Scheitern des Planes eines Zentralparlamentes den Gedanken des Dualismus, des Trialismus und einer noch weitergehenden Zerklüftung im Gefolge gehabt, als logische Wirkung eines einmal gesetzten Aktes. Statt die Einheit, die Individualität und Freiheit des Ganzen zu sichern, und zu festigen, hat der mißglückte Versuch des Liberalismus das Gegenteil erreicht, nämlich die Einheit, politische Individualisierung und Freiheit der einzelnen Nationen. Wenngleich dies als Ergebnis einer langen Entwicklung erst viel später

eintrat, waren doch die Anzeichen und Symptome schon lange sichtbar, die weitgehend die politische Stimmung und Hoffnung der Öffentlichkeit beeinflusste.

Die Blütezeit des Liberalismus charakterisiert das österreichische Privilegienparlament, als getreuerster Ausdruck des politischen Willens des österreichischen Großbürgertums, das durch den Zensus eine wirtschaftliche Minderheit stützen wollte und die politische Minderheit der Deutschen in der westlichen Reichshälfte - schon waren sie es der Ziffer nach gegen die Gesamtheit der anderen, wenn sie auch numerisch den größten Bevölkerungsanteil darstellten - aufrechterhalten und eine intellektuelle Obersicht gegen die Masse und die Konsequenz der Demokratie schützen wollte. Das österreichische Privilegienparlament mit seiner Wahlkreisgeometrie ist der Ausdruck der Furcht um den nationalen Besitzstand und der deutschen staatspolitischen Raison, die sich allerdings für die Dauer nicht durchsetzen konnte, wenn sie auch anfänglich vom Parlamente her eine Germanisierung der öffentlichen Meinung, Gesetzgebung, Verwaltung und Kontrolle herbeiführen sollte und wollte.

Entwicklungsjahre.

Will man versuchen, vorzüglich ein Bild der Weltanschauung des Menschen Eduard Sueß zu zeichnen, kann man nicht umhin, um seine Bedeutung als Typ und Individualität richtig einzuschätzen und beurteilen zu lernen, sämtliche Faktoren zu beachten, die zur Entwicklung seiner Persönlichkeit beigetragen haben. Erst aus den Bedingungen, aus denen der Mensch und sein Werk erstanden sind, kann seine Bedeutung im positiven und negativen Sinn verstanden werden. Da nun die Verwirklichung des Nationalsozialismus die Geschichtswissenschaft darauf gelenkt hat, die Abstammungsverhältnisse und die rassischen Grundlagen der Menschen zu durchforschen, mit denen sie sich beschäftigt, soll kurz auch auf die rassische Bedingtheit Sueß's eingegangen werden. 1)

Väterlicher Seits stammt Sueß aus dem sächsischen Vogtlande, wo mehrere Familien dieses Namens seit 1524 nachweisbar sind. Der Name Sueß ist ein deutscher Familienname. Seit dem Jahre 1640 läßt sich der Stammbaum bis zu Eduard Sueß ununterbrochen verfolgen. Seine Vorfahren waren kleinbürgerliche Leute. Sein Großvater, Johann Erdmann, geboren 1752, erklimmte als erster eine höhere gesellschaft-

---

1) Erinnerungen: S.1 ff.

liche Stufe, als er Diakon in Bobenneukirchen an der bayrischen Grenze wurde. X

Dessen Sohn Adolf Heinrich, der Vater Eduards wurde 1797 geboren, zog 1816 nach Leipzig um dort Theologie zu studieren. Als Hauslehrer kam er 1820 in die jüdische Familie Zdekauer, der in Prag 1770 geboren sich "noch im 18. Jahrhundert taufen ließ", wie Eduard Sueß in seinen Memoiren kurz den nichtarischen Ursprung seines Geschlechtes erwähnt. Zdekauer verstand es, sich rasch wirtschaftlich emporzuarbeiten. Er gründete 1803 ein Bankgeschäft in Prag und wurde der finanzielle Vertrauensmann eines großen Teiles des böhmischen Adels. Er rief um 1825 die böhmischen Sparkassen ins Leben. Seine Frau Charlotte, geborene Frankl, schenkte ihm mehrere Kinder darunter eine Tochter Eleonore, die am 26. Juni 1826 mit Adolf Heinrich Sueß von dessen Vater getraut wurde. Erst unter jüdischen Einfluß und unter größerer Aussicht auf Verdienst im Unternehmen des Schwiegervaters, wandte sich Adolf Heinrich vom Studium der protestantischen Theologie ab. Dies war als Vorbedingung für die Schließung der Ehe von Zdekauer verlangt worden. Er beteiligte sich am Wollhandel seines Schwiegervaters, für den er mehrere Handels- und Geschäftsreisen durchführte, bis er 1827 nach Prag übersiedelte. X

In London hat er mit seinem halb-jüdischen Schwager, Eduard Zdekauer aus Prag ein selbständiges Wollgeschäft gegründet. Dort wurde ihm auch sein Sohn

Eduard und Friedrich geboren, welcher letzterer lange Zeit als sein Kollege im Abgeordnetenhaus und als Vertreter des Bezirkes Rudolfsheim sich mehr in wirtschaftliche Richtung entwickelte. Erst 1834 übersiedelte die Familie endgültig nach Prag. Eduard trat 1840 in das dortige Gymnasium ein. Nach dem Tode Zdekausers folgte sein Vater 1845 dem allgemeinen Zug der Juden und Deutschen von Prag nach Wien, der im 19. Jahrhundert besonders stark war, um in der aufblühenden Metropole eine Lederfabrik zu übernehmen. Diese Ortsunbeständigkeit und oftmalige Umsiedlung verstärkte die Lösung von den Bindungen einer landschaftlichen Heimat und die schon erblich veranlagte, weltbürgerliche Grundhaltung, welcher Neigung die Berührung mit anderen Nationen förderlich war. Während sonst die Begegnung von Nationalitäten besonders im Donauraum mit der Intensität der Berührung die Gegensätze verstärkte und Besinnung auf das eigene Wesen hervorrief, verstärkte sich in Sueß das liberale Element, das letzten Endes den Ausgleich in der Freiheit erstrebte, indes wir bei ihm eine Wendung zum Deutschtum oder einer anderen Nation nach eigener Wahl nicht bemerken können. Eine ähnliche Erscheinung wie die Entnationalisierung war die Entkonfessionalisierung zugunsten einer dogmenlosen Vernunftreligion, der seine Jugend unterworfen war. Schon der Umstand, daß er als Protestant in dem katholischen Prager Gymnasium manche Zurücksetzung erfahren mußte, die wohl nicht ganz billig und

gerecht gewesen sein mag, dürfte seine jugendliche Abneigung gegen Kirche und Bekenntnis in ihm Grund gelegt haben, die der Einfluß der jüdischen Geistigkeit von Seiten der Familie (seines Schwiegervaters)<sup>zurück zu mütterlicher Zeit</sup> nur verstärkte. Diese Einstellung wurde später in seiner öffentlichen Tätigkeit oft und deutlich sichtbar.

Eduard Sueß weilte gerade in Wien und befand sich eben im 2. Jahrgang des Polytechnikums, als die Märzrevolution des Jahres 1848 ausbrach. Er las mit seinen Kameraden Kurrandas "Grenzboten"<sup>1)</sup> und ließ sich politisch von ihm beeinflussen. Er berichtet: "Wir fühlten mit Bitterkeit, daß man uns in Deutschland geringschätze und daß wir Grund hatten unserer Zustände uns zu schämen." An anderer Stelle bemerkt er: zu seinem und aller Beteiligten Zustand nach der ersten Demonstration am 13. März: "Ein unbeschreibliches Gefühl von Brüderlichkeit, von Freiheit und von Vaterlandsliebe, von Begeisterung und Todesmut durchglühte uns." Er war also ganz der Tendenz seiner Zeit folgend geistig den westlerischen Umsturz und Fortschrittsgedanken erbgien, wie der Großteil seiner Schulkollegen, die später in nicht geringer Anzahl hervorragende Staatsämter der Monarchie verwalteten. Pressfreiheit, Konstitution und Nationalgarde waren auch in seinem Munde die Parole des Tages.

Mag er auch das Mittel der Revolution als Weltpanacee für die in den Augen der umstürzlerischen Umwelt verrotteten Zustände angesehen haben, so entging doch wenigsten seiner späteren reiferen Urteilskraft nicht die

1) Sueß, Erinnerungen, S. 27.

lokale Bedingtheit eines solchen politischen Ereignisses. Er verkannte nicht, daß die Wiener Revolution neben allgemeinen Ursachen auch ihre besonderen örtlichen hatte, die ihr zum Ausbruch verhalfen. Ins Komitee der akademischen Legion gewählt, genoß er in ihrem Dienste seinen ersten politischen Anschauungsunterricht. <sup>1)</sup> Auch den sozialen Ursachen der Revolution verschloß er sich nicht. D.h. sie wurden ihm wenigstens im Nachhinein bei der Abfassung seiner Erinnerungen klar. In dem Glauben: "Daß die politische Freiheit für jeden Stand einen Fortschritt bedeute, kündigte sich der werbende Gedanke gegenüber den unteren Schichten des Volkes an.....Der Begriff des Sozialismus hatte sich in den breiten Massen noch nicht geschieden von dem Begriff der mechanischen Teilung des Besitzes. Innerhalb der Legion begann eben die Klärung und ein erster Hauch des Bewußtseins sozialer Pflichten war da." Diese Sätze beweisen, daß erste Ansätze zur Erkenntnis der Notwendigkeit einer Gesellschaftsreform auch bei Sueß erkennbar sind, wenngleich das Gesellschaftsproblem erst an Breiten- und Tiefenwirkung gewinnen mußte, ehe es durchgehend und aus Erfahrung behandelt werden konnte.

Den einen Vorteil genoß er mit all denen, die später an seiner Seite sich im öffentlichen Leben beschäftigt sahen, daß die ganze Problematik des Habsburgerstaates vor seinen und ihren Augen wie auf einen Schlag aufgerollt wurde, mit all den Fragen, die später immer wieder in verschiedener Stellung auftauchten. Die Treue zum Kaiserhause war noch

1) Sueß, Erinnerungen, S.34.

echt und lebendig. Auch der Anspruch auf die politische Führung in Deutschland war der öffentlichen Meinung in Wien noch eine geschichtliche Selbstverst-ändlichkeit. Er berichtet: "Niemand in Wien zweifelte damals, daß Habsburg die Leitung Deutschlands gebühre, das bedeutete die schwarz-rot-goldene Fahne und durch das Zurücksetzen des schwarz-gelb sollte nicht Österreich zurückgesetzt, sondern die vergangene Zeit bezeichnet werden." 1) Wir sehen also bereits, daß in seiner Betrachtungsweise nicht so sehr die politischen Wirklichkeiten Österreich, Deutschland, sondern der Fortschritt und der liberale Entwicklungsglaube vorherrschend waren, als dessen Vehikel die politische Bewegung angesehen wurde, die nur in dieser Hinsicht bewertet wurde. Andererseits läßt sich aus seinen bereits erwähnten Aussprüche das Gefühl der Bitterkeit, das die Verkennung der Lage Österreichs von deutscher Seite hervorrief, erkennen, daß das Bewußtsein von der Sonderheit des habsburgischen Staatswesens zu wachsen begann, erstlich hervorgerufen als Gefühl für den Unterschied, den der liberale Fortschritt bedingte, der nunmehr erneut von Österreich abgewehrt, als neues trennendes Moment zu den geschichtlich trennenden Faktoren hinzutrat.

Die Nationalitätenfrage tauchte in ihrer ganzen Größe auf. Die Sonderbestrebungen der Ungarn, Italiener, Böhmen und vollends der Polen mußten einen tiefen Eindruck hinterlassen. Sueß bezeugt ihn als er sah, wie: "Diese Männer aller Stände, Fürsten, Domherrn, und Rabbiner, Landmann und Jude

---

1) Sueß, Erinnerungen, S.37.

kamen, um die Freiheit und um im Namen der Geschichte die Wiederherstellung ihres Vaterlandes zu verlangen und vorzubereiten. Wo sind denn unsere Fürsten und Domherren, fragten wir uns und bedarf es wirklich so furchbarer Schläge um eine Nation einig zu machen? " Abgesehen von der Unklarheit die in dieser Redewendung liegt, da nicht ganz klar ersichtlich ist, ob damit die österreichische Nation als Staatsnation gemeint ist, wie er es später ausdrücklich forderte, wird doch sichtbar, daß die Schicht fehlte, die zur Neuordnung des Reiches die gesellschaftliche Grundlage geboten hätte. Die Stände, die an einer solchen kein Interesse haben konnten, die durch den Umsturz aller Verhältnisse in ihrer Stellung ihren Privilegien und ihrem Vermögen am meisten bedroht waren, nämlich den Adel und die Kirche, bemerkte er abwesend, was in ihm das Bewußtsein der Berufung des Bürgertums zur staatserhaltenden Schichte nur verstärkte. In konzentriertester Form ereignete sich was sich in mehr als einem halben Jahrhundert, einstweilen in die alten Verhältnisse zurückgehemmt, allmählich auswickeln sollte. Wenn alles wankte, mußte zur neuen Festigung neuer Grund gesucht werden. Ganz unwillkürlich und aus dem Instinkt der Zeit, dem Gefühl der Unentbehrlichkeit für den Fortschritt ergab sich die Forderung nach Mitbeteiligung des Bürgertums an den Staatsarbeiten im Zeichen des Liberalismus unter der Devise der Fortschrittlichkeit. Der Zwist der Nationalitäten drängte dazu, ein neues, einigendes Band um die streitenden Parteien zu legen. Eduard Sueß hat dies später, gefördert

von seinen wissenschaftlichen Unternehmungen in der natürlichen Beschaffenheit des Donaupraumes gesehen, also Österreich-Ungarn zu einem toten geographischen Begriff umgewandelt, der als Staatsgedanke das auseinanderstrebende Leben der Nationen endgültig nicht mehr zu fassen vermochte.

So machte Sueß in diesen Tagen durch Erkenntnis der trennenden Elemente eine politische Vorschule zu einer positiven Aufbauarbeit für eine spätere parlamentarische Laufbahn durch, eine Schule, der eine ganze Generation des bürgerlichen und akademischen Liberalismus zugehörte: Hye, Alexander Bach, Brestel, Giskra, J.N. Berger, Unger und Glaser, mit denen Sueß damals zum ersten Mal in Berührung kam, und welche das Band der Erinnerung und Jugendfreundschaft auch im späteren politischen Leben zusammenhielt. Für alle diese galt das Wort im Sinne Josef Ungers: "Ich bin im Jahre 1828 geboren, aber das Licht der Welt habe ich erst 1848 erblickt." <sup>1)</sup> Die Absichten die Stimmungen die diese jungen Menschen beseelte, bezeugte E. Sueß mit einem Ausspruch Kubecks, den er für alle beanspruchte: "Die Freiheit, noch mehr aber die Gleichheit belebt, ich kann es nicht leugnen, jede Fiber meines Leibes und begeistert mein ganzes Ich!". Mit diesem Jugenderlebnis gingen sie in die Nüchternheit der nächsten Jahre hinein, die gerade durch ihre mit Gewalt erzwungene Ruhe dazu geeignet waren, die beruflichen Vorbereitungen für den späteren Lebenseinsatz im Dienste der Gesamtheit zu treffen.

Die Zeit nach der Revolution - die Belagerung Wiens

1) a.a.O.S.67.

machte er nicht mit - verbrachte er in Prag, wo er sich politisch durch Lektüre weiterzubilden suchte. Dort kamen ihm Fr. K.v.Mösers Schriften in die Hände, die seine Aufmerksamkeit fesselten. Dann genoß er Schlözers Briefwechsel und dessen Staatsanzeigen. Die Wirkung, die von ihnen in der trüben Stimmung des Belagerungszustandes ausging, schilderte er selbst mit den Worten: "Zu lernen, daß die jetzt verhöhten Gedanken, die uns in Wien beherrscht hatten, nicht ein vorübergehender Rausch Europas gewesen seien, bot mir Trost und Beruhigung. Es gab stille Stunden, in denen ich den alten Professor hätte umarmen mögen." 1)

In der Stille der Nachrevolutionsjahre vollzog sich eine innere Umwandlung in ganz Österreich, durch das Vordringen des akademischen Liberalismus, die Schulung und Führung des Bürgertums durch diesen, die wirtschaftliche Industrialisierung. In diese Zeit fällt auch die Entscheidung über die berufliche Zukunft Eduard Sueß. Das Jahrhundert der Wissenschaft, das so viele der bedeutendsten Köpfe beanspruchte, rief auch ihn, der lange zweifelte, ob er sich einem bürgerlich-materiellen oder bürgerlich-wissenschaftlichen Berufe zuwenden sollte. In der wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung lagen die größten Antriebe und Zukunftshoffnungen des Jahrhunderts, die eine große Anzahl von Gelehrten zur Bewältigung der gestellten Aufgaben verlangten. E.Sueß ist aus innerer Zuneigung dem Lockruf der Wissenschaft, die ihn schließlich der akademischen Laufbahn und der politischen Tätigkeit zuführte, gefolgt. Und weil

1) a.a.O.S.72.

dieser Weg für das Emporstreben und die Eroberung der öffentlichen Geltung durch das liberale Bürgertum typisch ist, erkennen wir ihn ganz als Kind seiner Zeit, das eben erst den wirtschaftlichen Aufstieg, dann den rechtlichen Aufstieg dieses Standes brachte, bis er in der Verwaltung die tragende Stütze des Staates wurde. Der wissenschaftliche Werdegang Sueß's ist beachtenswert als Ausdruck der Bewegung seiner Zeit, daß er gesondert behandelt werden kann, wenn er auch immer von der Wissenschaft die Brücke zur Weltanschauung und Tagespolitik gefunden hat, sodaß beide sich bedingen. Er tat sich ja sehr viel darauf zugute, daß seine politische Weltanschauung der Forderung seiner Zeit gemäß, wissenschaftlich grundgelegt war. Deshalb folgendes Kapitel, das einen Abschnitt der Wissenschaftsgeschichte darstellt.

Wissenschaftliche Laufbahn und Leistung.

Böhmen im Besonderen Karlsbad, eine kleine Welt, in der mit großer Freude schon Goethe seiner Leidenschaft fröhrte, den Geheimnissen der toten Natur in ihrer Bildung und ihrem Werden nachzuspüren, empfing auch Sæß durch die Mannigfaltigkeit des Landes angeregt, den Antrieb, sich der Forschung und Erkenntnis der Natur zu widmen. Zuerst war er in seinen Neigungen aus einer rassisch mitbedingten universellen Begabung unbestimmt. Die Wissenschaft trieb bereits der Spezialisierung in einzelne Fachgebiete zu, sodaß sich keiner, der Leistung erstrebte, diesem geschichtlichen Zwange entziehen konnte. Denn nur durch ihn ließ sich das ganze Gebäude der Wissenschaft vollenden. Auch Sæß mußte sich dieser Forderung unterwerfen. Doch bewies er, durch seine Gesamtleistung, daß er noch zu jenen Schülern einer Universalität der geistigen Anschauung gehörte, die ein allzu vorzeitiges Absinken der Forschung in wiederum unwissenschaftliche Enge verhinderten.

Reine Empirie und Freude am Anschauen führten ihn seiner Laufbahn zu. Noch drängten Vater und Bruder, die eine Lederfabrik in Wien betrieben, ihn zu einem geschäftlichen Beruf und veranlaßten ihn, auf den Polytechnikum in Wien auch noch Chemie, Baukunst, praktische Geometrie, Mathematik und theoretische Astronomie zu studieren.

Daneben entwickelte sich sein eigentliches Interesse, gefördert durch die reiche natürliche Umgebung und durch eine Reihe von Männern, die die Liebe zum Studium der Natur geführt hatte, mit denen er bekannt wurde, als er Zutritt zum kaiserlichen Mineralienkabinett erlangte. Nachdem er eine wissenschaftliche Abhandlung der kaiserlichen Akademie der Wissenschaften vorgelegt hatte, wurde er am 10. Mai 1852 besoldeter Assistent am Hofmuseum, wodurch ihm jene sorgenfreie Stellung geboten wurde, die zur Förderung seiner Arbeiten unerlässlich war. Die Aufzeichnungen über die Anfänge seiner geologischen Laufbahn lassen erkennen, daß in Wien die Naturstudien vorzüglich aus Liebhaberei und Dilettantismus ihre ursprünglichste Kraft und den meisten Ansporn erhalten haben. Andererseits war wegen dieser bloßen Liebhaberei, der noch die erprobte Systematik und Methode fehlte, trotz reicher Einzelerkenntnis und reicher Sammeltätigkeit kein großes Ergebnis vorhanden, das ein Ganzes dargestellt hätte. "Die Dotationen waren sehr gering und da es keinen ausreichenden, naturwissenschaftlichen Unterricht gab, waren die meisten Beamten Autodidakten. Darüberhinaus konnte man erst gelangen, wenn die Wissenschaft vom Broterwerb vollständig frei gemacht wurde, und damit auch freilich die Verantwortung vor dem täglichen Leben und die Kritik die die Sorge an dem Schaffen des menschlichen Geistes übt, verlor." 1) In seinen Erinnerungen gedenkt Sueß dieser Anfänge der Naturwissenschaft aus den Privatstudien Einzelner und der Organisation dieses Wissenschaftszweiges aus durchaus

---

1) a.a.O. S. 91.

privaten Bestrebungen. Die Namen die er nennt, sind uns heute unwichtig. Bedeutsam dagegen ist der Vorgang der Entstehung eines wissenschaftlichen Selbstbewußtseins aus den Bedürfnissen des tätigen Lebens heraus.

Die beginnende Technisierung der Wirtschaft und des Verkehrs förderte lebhaft diese Tendenzen. Der Bau des Semmering-Tunnels führte Sueß in die geologische Kommission, die die Voruntersuchung zu leiten hatte. So begegneten sich das Verlangen der Zeit nach größerem Verkehr, der Aufstieg der Zivilisation in der Theoretisierung des ganzen Lebens durch die Wissenschaft zu größeren gemeinsamen Zielen. Eine besonders günstige Vorbedingung für die geologische und geographische Richtung der Studien bot die große Mannigfaltigkeit des Aufbaus der Donaumonarchie, sowohl im Großen wie im Kleinen, die in Gegensätzen eine Vielfalt von Erscheinungen vereinte, die zur Ausbeute, Sichtung und Sammlung und zu einer größeren Universalität der Anschauung aus der Enge der Forschung treiben mußten, sodaß der Wissenschaftszweig der Geologie, der doch mehr und mehr durch das Aufsummieren von experimentell festgestellten und gesicherten Tatsachen, von örtlicher Entfernung und unmittelbarer Beobachtung freier und unabhängiger wurde, in seiner Ausbildung landschaftlich und geschichtlich bedingt erscheint, insofern als die Gestaltung der Donauländer eine besonders günstige Voraussetzung zur Entwicklung dieser Kenntnis bot. Aus diesen vielfachen privaten Ansätzen zur Erforschung der natürlichen Bedingungen, deren wir gedachten, die durchaus

vorwissenschaftlich zu nennen sind, erwuchs Sueß die Aufgabe die Methode nach Umfang und Genauigkeit weiter auszubilden, Systematik und Übersicht zu gewinnen und im österreichischen Raum die innere und äußere Organisation dieses Forschungsgebietes zu beginnen und auszubauen. Ihm hat er sein berufliches Leben gewidmet.

Vorderhand trachtete er nach Erweiterung seiner Beobachtung und Vermehrung seiner Kenntnisse. Den ersten großen Ansatz dazu bot die Ersteigung des Dachsteins im Jahre 1853, die aus rein geologischem Interesse erfolgte. Dabei brachte die Beobachtung und genaue Erkenntnis dieses Alpentelles sogleich eine andere Beobachtung mit sich, die des Gegensatzes zwischen der böhmischen Masse und der Alpen. Die Auflösung dieses Rätsels war fortan eine seiner Lebensaufgaben, die er nur löste, indem er sich über kleine Einzelerfahrungen allmählich zu einem größeren Überblick erhob. Der Sommer 1854 führte ihn zu weiterer unmittelbarer Kenntnisnahme nach St. Gallen in die Schweiz, zur Schweizer Naturforscherversammlung, wo er erstmalig die geologischen Arbeiten in den östlichen Alpenländern mit den weiter fortgeschrittenen des Westens in Verbindung brachte und sich von der Analyse zur wissenschaftlichen Synthese hingezogen fühlte. Die Bekanntschaft mit dem Präsidenten der Wiener Akademie der Wissenschaften, Andreas Baumgartner, der zum ersten Male im Jahre 1823 an der Wiener Universität die Vorlesungen aus Physik nicht mehr in lateinischer, sondern in deutscher Sprache gehalten hatte und der Umgang mit anderen

jungen Naturforschern veranlaßte ihn, sich einem Unternehmen anzuschließen, dem sich ein Kreis junger Forscher in öffentlichem Interesse widmete. Er begann dem Bedürfnis der Zeit gemäß, in liberaler Gesinnung mit der Popularisierung der Wissenschaft, veranstaltete an Montag Abenden unentgeltliche naturwissenschaftliche Vorträge, die sich eines großen Zudranges erfreuten. Sie dienten dem Zweck, den Nachwuchs für den naturwissenschaftlichen Unterricht, an dem es dringend mangelte, ausfindig zu machen, die öffentliche Meinung von der Bewegung der Geister zu benachrichtigen und so dem naturwissenschaftlichen Denken, das das 19.

Jahrhundert beherrschte in alle Volksschichten Tür und Tor zu öffnen. Dieser Brang zur Naturerkenntnis mußte bei der österreichischen Schulreform berücksichtigt werden.

Die Zeitungsartikeln und Broschüren beteiligte sich der Montagsverein, zu dessen Bildung die Veranstaltungen geführt hatten, auf das lebhafteste an der Verteidigung des naturwissenschaftlichen Unterrichts an den Gymnasien.

Namentlich geschah dies in Bonitz Gymnasialzeitschrift.

Auf diesem Wege wandte sich Sueß zu ersten Mal den didaktischen und organisatorischen Fragen der Schule zu, ohne diesem Interesse später untreu zu werden. Durch den Tod Grailichs übernahm er bald die alleinige Leitung des Vereines, als die Lehre Darwins ihren Ausbreitungsfeldzug begann, zu deren Vorkämpfer nun auf Wiener Boden Sueß wurde. Zur selben Zeit wurde das Unterrichtswesen durch Leo Thun neugestaltet und verwaltet. Es machte sich der Wille

geltend, nun den Vorsprung, den die Neuordnung des Universitätswesens in Preußen der Wissenschaft dort verschafft hatte, einzuholen, das wissenschaftliche Leben anderer Länder mit allen seine Einrichtungen, Methoden und Zielen auch in die Donaumonarchie zu verpflanzen. Dies wurde vorzüglich durch die Berufung entsprechender und zumal junger Lehrkräfte an die österreichischen Universitäten erreicht, andererseits durch Heranziehen eines eigenen wissenschaftlichen Nachwuchses. Diesen günstigen Umständen und dem großen Bedarf an Forschern und Lehrern hat es E. Sueß zu verdanken, daß er die akademische Laufbahn, ohne je einen akademischen Titel errungen zu haben, betreten konnte. Er war der erste, dem es klar wurde, daß Österreich in wunderbarer Mannigfaltigkeit die verschiedensten Formen der Erdoberfläche vereinte und bemerkte, daß die Kenntnis von diesen großen natürlichen Einheiten dem Hochschulunterrichte ganz fremd geblieben war. 1) Er erkannte als Fehler seines damaligen Fachunterrichtes, daß man die Mineralien nach ihren naturhistorischen, äußerlich kennbaren Merkmalen in ein System ordnete, wie es in der Botanik und Zoologie geschah, wobei aber übersehen wurde, daß die Einteilungsmethode nicht übertragbar war, daß die Grundbegriffe jeder Klassifikation organischer Wesen fehlte: Die organische Entwicklung und die Abstammung. Das also neue Einteilungsgrundlagen gesucht werden mußten. Er kritisierte das erkundliche Verfahren folgendermaßen: "Die Geognosie wurde definiert als die Wissenschaft von der

1) a.a.O.S.113.

Zusammensetzung der Erde aus den Individuen des Mineralreiches. Nie wurde aber gesagt, wie sich solche Zusammensetzungen etwa vollzogen. Auf diese Art wurde das historische Element ganz ausgeschlossen. Die Gestalt der Buchstaben, nicht das Lesen wurde gelehrt."

Es ist ein Kapitel Wissenschaftsgeschichte, das hier berichtet wird: Der Übergang von der rein beschreibenden zur erklärenden Betrachtung der Gesteins- und Oberflächenformen, vom Außen zum Innen der Naturbildungen, der Schritt von der ruhenden Betrachtung zur historischen, entwickelnden Betrachtungsweise, der von Sueß zum Durchbruch verholfen wurde. Dieser Vorgang reiht sich in den Zusammenhang des gesamten abendländischen Denkens des Jahrhunderts ein, das die historisch-relative Betrachtungsweise aller Erscheinungen lehrte, nicht nur der Geschichte allein, sondern auch der Objekte der übrigen Wissenschaftszweige, die nach und nach von der geschichtswissenschaftlichen Methode des Verstehens und Erklärens und Bedingens im Vergangenen und im Werden ergriffen wurden. Lange ehe dann das naturwissenschaftliche, materialistische Denken das geschichtliche Denken - als prinzipielle entgegengesetzte Betrachtungsweisen aufgefaßt - überrannte und auch in die historischen Wissenschaften die Gesetzmäßigkeit des Naturgeschehens hineintrug, machte sich der umgekehrte Vorgang geltend, daß sich vorher die geschichtliche Denkart weite Gebiete der toten Welt der Erde und Gesteine nicht nur der Pflanzen erobern mußte, um die menschliche Erfahrung zu bereichern und

das rein experimentelle Vorgehen der Naturwissenschaften durch geschichtliche Methoden zu bereichern und zu ergänzen.

Österreich hat auf diesem Gebiete den anderen Staaten voran eine geologische Reichsanstalt gegründet. Die Errichtung einer Lehrkanzel für Geschichte der Erde oder Versteinerungskunde war folglich notwendig geworden. Und Sueß suchte um die Habilitation als Privatdozent an. Da er aber nach den formalen gesetzlichen Bestimmungen nicht Privatdozent werden konnte, berief ihn Thun sogleich als unbesoldeten Extraordinarius. Nach einigen Widerständen von Seiten des Professorenkollegs konnte er sich unbehindert der neuen Tätigkeit widmen. Reisen nach Berlin und Paris stellten den so nötigen Kontakt mit den Fachgenossen anderer Länder und Nationen her, vermittelten persönliche Bekanntschaft, Austausch der Theorien und Nachricht über den jeweiligen Stand der Forschung. Erwähnenswert ist die Bekanntschaft mit Karl Ritter. Diese Reisen verstärkten den großweltlichen Zug der Denkrichtung des Professors: "Wenn es ihm (Sueß) vergönnt ist, auch in das Seelenleben anderer Völker hineinzublicken, wenn er dort die gleichen Regungen antrifft, dann erwacht in ihm neben dem Patriotismus jene allgemeine Liebe zur Menschheit, die dem Berufspolitiker ein Greuel ist, aber am Grunde jeder gesunden Menschenseele keimt." Freundliche Aufnahme in Frankreich anlässlich einer wissenschaftlichen Reise, verstärkte in ihm die Ansicht: "Wie gleichartig doch die tieferen Empfindungen aller Nationen sind,"

und den Glauben an die Internationalität der Wissenschaft.

Nach Wien zurückgekehrt, wurde er erstmalig auf den ihm eigenen wissenschaftlichen Weg verwiesen: Die vergleichende Methode. 1) Erst eine gewisse Erfahrung, gewonnene Vielseitigkeit und Einsicht gaben die Möglichkeit, sie in seinem Wissensgebiete zu verwenden. Neuerdings trat ihm die große Mannigfaltigkeit des Donaustaates und die außerordentliche Verschiedenheit der südlichen Gesteinsfolgen von den nördlichen vor die Augen. Weitere Reisen nach Paris und London förderten die internationalen Verbindungen und beeinflussten ihn in der Richtung der eben sich durchsetzenden Darwin'schen Theorien. Der Besuch der ausländischen wissenschaftlichen Institute und Sammlungen befähigte ihn im Auftrag des Hofes einen Entwurf für Lage und Raumverteilung der neu zu erbauenden Hofmuseen anzufertigen. 2) Es stritten zwei Ansichten um den Vorrang: Die eine befürwortete einen Hallenbau, die andere eine Teilung in Säle, in denen die Objekte systematisch geordnet dem Publikum dargeboten werden sollten., welcher Plan später durchgeführt wurde. Sueß's Bedenken gegen Errichtung eines Prachtbaues blieben bei der Absicht auf bewußte Stadtverschönerung und Baugestaltung unbeachtet. Hansens, Ferstls und Löhrs Projekte wurden verworfen, bis Hasenauer mit Semper als künstlerischen Beirat seinen Grundriß verwirklichte. Der dritte Vorschlag an dem Sueß beteiligt war, nach der Ausführung des großen Reichsmuseums in Leyden

1) a.a.O.S. 130.

2) a.a.O.S. 144f

einen erweiterungsfähigen Nutz- und Zweckbau ohne jeden architektonischen Schmuck aufzuführen, drang nicht durch, da in Wien die Museen als Hofmuseen geführt wurden, welche auch äußerlich einen durchaus repräsentativen Charakter bewahren sollten. 1)

Nach dem Vorbilde des Freiburger Geologen Werner, der bereits am Ende des 18. Jahrhunderts den Einfluß des Bodens auf den Menschen, der ihn bewohnt und bebaut, lehrte, ferner nach dem Beispiel Ritters und Bucklers, die ähnlich die Abhängigkeit des Menschen von der geographischen Umwelt lehrten, drängte es Sueß, das Gleiche in kleinerem Ausmaß aus der Gegend Stadt Wien nachzuweisen. Dies führte ihm, zumal die großen Stadterweiterungsarbeiten innig Einblick in die Bodenverhältnisse gewährten, zur Betrachtung des Bodens der Stadt Wien und besonders zu Studien über die Wasserverhältnisse. 2)

Die wissenschaftliche Ausbildung, unentbehrlich geworden für die andrängenden Aufgaben der Wiener Stadtverwaltung, brachte ihm die Einladung des Bürgermeisters Zelinka zum Eintritt in die städtische Wasserversorgungskommission, die ihm eine 10 jährige Arbeit aufhalste. Im April 1863 wurde Sueß ohne Gegenkandidaten in den Gemeinderat gewählt, wo er es verstand, seinen Vorschlag über die neu zu errichtende Wiener Wasserleitung durchzudrücken. Aus 56 Projekten mußte er vorzüglich gegen das einer Vergrößerung des Schöpfwerkes an der Donau und einer Entnahme aus dem Grundwasser des Steinfeldes und der

1) Teil des Berichtes, abgedr. in der Wr. Zeitung, 27.9.1862.

2) E. Sueß, Über den Boden der Stadt Wien, Wien 1862.

Fischer Dagnitz seine Einwände geltend machen. Nach genauen Vorstudien und einem heftigen Zeitungskampf der Presse gegen die Neue freie Presse und die Vorstadtzeitung für Sueß's Projekt wurde letzteres besonders durch Befürwortung der Wiener Ärzteschaft angenommen. Der Bau der Hochquellenleitung wurde beschlossen.

1869 gelangte Sueß, nunmehr ins politische Geschäftsleben eingeführt, bereits in den niederösterreichischen Landtag. Dasselbe Jahr führte ihn zu einer Studienreise nach Italien. Die bereits gewonnene reiche Anschauung verschiedenster Gebirgsbildung der Karpathen, Appennin und der böhmischen Gebirge ermöglichte es ihm, die vergleichende Methode sprechen zu lassen und die bisherigen Entstehungstheorien der Alpen, die mehr spekulativ als induktiv gefunden waren, zu überprüfen. Bald darauf machte er eine Reise nach Bosnien, die aus rein geologischem Interesse unternommen, für seine politische Haltung in der Partei anlässlich der Okkupationsfrage nicht unwichtig wurde und seine Ansicht von Österreich Ungarn als einer geographischen Einheit verstärkte. Er sagte: "Dieses Triplex Confinium war ein wunder Punkt Mitten in Europa und eine Aufgabe für Staatsmänner. Ich suchte die Gesamtlage der Monarchie zu überblicken: Ich sah Tirol als eine Festung gegen West, Böhmen trotz 1866 als eine solche gegen Nord, Siebenbürgen gegen Ost, aber hier im Süden sah ich die Lücke. Dieser Eindruck ist für mich in viel späteren Jahren als die bosnische Frage auf die Tagesordnung des Parlamentes ge-

*Politischer  
Lage und  
Bedeutung  
des Triplex  
Confinium*

langte, bestimmend gewesen." 1) Sueß erfaßte somit aus geographischem Blickfelde die politischen Notwendigkeit für den Großmachtstaat Österreich, dieses Gebiet sich zuzueignen. Dieser Erkenntnis blieb er auch treu.

Im Jahre 1867 wurde er zum ordentlichen Professor ernannt und im gleichen Jahre zum wirklichen Mitgliede der Akademie der Wissenschaften erwählt. Die Teilnahme an dieser Körperschaft nahm von nun an einen bedeutenden Teil seiner Kräfte in Anspruch. Glücklich war Eduard Sueß durch die Gelegenheit, seine wissenschaftlichen Kenntnisse weiter praktisch verwerten zu können. Ein Donauhochwasser im Jahre 1862, das besonders seinen Wahlbezirk, die Leopoldstadt, heimsuchte, drängte Staat, Land und Stadt dazu, die Donauregulierung endgültig in Angriff zu nehmen. 1869 wurde eine Kommission vom Bürgermeister Feldner gebildet, der das Projekt Sueß's, den Donaudurchstich in einer Länge von sieben Kilometern befürwortete. Er hatte das Referat über die technischen Fragen des Baues. Die Unterwasserarbeiten wurden von ihm den Ingenieuren des Suezkanals anvertraut, bei dessen Eröffnung Sueß zu Gaste war, an dessen Bauten er schon die nötigen Vorerfahrungen hatte sammeln können. Im Frühjahr 1870 wurde die Arbeit begonnen, die Wien bei der Modernisierung des Schiffverkehrs erst zu einem handels- und konkurrenzfähigen Donauhafen machen sollten. Die Eröffnung der ersten Wiener Hochquellenwasserleitung die mittlerweile fertig geworden war, brachte ihm die Ernennung zum Ehrenbürger und

1) a.a.O.S.174.

trug wesentlich dazu bei, daß er von seinem Wohnbezirk mit 631 gegen 59 Stimmen in das Abgeordnetenhaus entsandt wurde. Durch seine Initiative beim Bau der Hochquellenleitung wurde er da<sup>er</sup> die allgemeine Typhusgefahr abgewendet hatte, zu einer der populärsten Erscheinungen in den Kreisen der Bevölkerung, auch in den niederen Schichten der Arbeiterschaft. <sup>1)</sup> Am 15. April 1875 wurde der Donaudurchstich glücklich durchgeführt, sodaß der liberale Gemeinderat einen neuen Erfolg für sich buchen konnte.

Inzwischen reifte im Laufe der Jahre, in denen der Verfasser vom Ausgangspunkt der geologischen Beobachtung des Bodens von Wien in konzentrischen Kreisen immer weiter fortschritt, als erstes wissenschaftliches synthetisches Werk "die Entstehung der Alpen". <sup>2)</sup> Zum Inhalt hatte es eine kritische Würdigung der älteren Theorien der Gebirgsbildung, welchen gegenüber es ein neues Bild von der Entstehung der Kettengebirge entwarf. Und zwar erklärte er sie nicht durch direkte Hebung, sondern einheitlich durch eine tangential gerichtete Bewegung großer Gebiete der Erdrinde, also einen Seitenschub. Zu dieser Ansicht führte ihn die Beobachtung des Gegensatzes der konvexen einheitlichen gefalteten Außenseite und der von Senkungsfeldern begrenzten Innenseite der Kettengebirge. Er lehrte darin den Zusammenhang des Vulkanismus mit diesen Bewegungen und brachte die Erdbeben in Bezug zum Gebirgsbau. Dabei unternahm er es bereits, indem er über die europäischen Gebirgssysteme hinaus

1) Sozialistische Monatshefte, Jg. 1914, S. 855.

2) Sueß, Entstehung der Alpen, Wien 1875.

Allmanach der kaiserl. Akademie d. Wissenschaften, Bd. 64, 1914.

den Blick wandte, auch die Kettengebirge anderer Weltteile in Betracht ziehen. Der bleibende Wert dieser Arbeit bestand nicht so sehr in der Theorie, die sich nur als sehr bedingt richtig erwies, vielmehr in der Kritik älterer Anschauungen, der Begegnung im besonderen Geometrisieren der Erdbetrachtung und in der reichlichen Verwendung des Analogieschlusses als Mittel naturwissenschaftlicher Erkenntnis. Er vollzog eine fruchtbare Synthese. Wenn auch sein Werk nur ein Zankapfel der Zustimmung und des Widerspruches wurde, so bestand eben darin vielleicht sein größter Wert, daß es durch den erregten Streit über sich selbst hinaus geführt und neue Erkenntnisse eröffnet hat.

Schon erforderte die Ordnung Durchsicht und Verwertung der tausende von Beobachtungen, die allmählich in seinem Wissenszweige veröffentlicht worden waren, eine gewaltige Willenseintracht, um ihren Umfang zu überschauen. Mit 44 Jahren begann er nun seinen Studien eine dementsprechende Richtung zu geben und durch einen weiten Briefwechsel zu ergänzen. Als Grenzfrage zwischen Wirtschaftspolitik und Wissenschaft veranlaßte die beabsichtigte Einführung der Goldwährung in der Monarchie Eduard Sueß von nur fachwissenschaftlicher Seite her, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Dies tat er in zwei wissenschaftlichen Publikationen: "Der Zukunft des Goldes" und "Der Zukunft des Silbers".<sup>1)</sup> Näheres darüber bei der Behandlung dieser Frage in einem späteren Kapitel. Neben seiner anstrengenden Tätigkeit im Parlamente war Sueß in seinen wissenschaftlichen

---

1) Sueß, Erinnerungen, S. 271. Zukunft des Goldes, Wien 1877.  
Zukunft des Silbers, Wien 1892.

Bestrebungen nicht müßig. Am 14. März 1883 schloß er einen Vertrag mit der Firma Tempsky und verpflichtete sich, ein dreibändiges Werk - vier umfaßte es vollendet - als "Antlitz der Erde" betitelt, zu verfassen.

1888 wurde Eduard Sueß nach der übrigen Reihenfolge der Fakultäten in der Besetzung des Rektoratsstuhles mit diesem Amte betraut, als der Rangälteste der naturhistorischen Richtung. Er verzichtete aber vorzeitig bereits am 24. März 1889 wegen der öffentlichen Haltung des Parlaments, das schrittweise gegen die Schulgesetze von 1869 abändernd vorging, die er solange und so heiß als eine persönliche Angelegenheit verteidigt hatte, um dadurch in aller Öffentlichkeit seinen Abstand als Rektor der ersten österreichischen Universität von den Tendenzen des Unterrichtsministeriums bekannt zu geben und durch das Gewicht seiner Person eine Änderung seiner Haltung herbeizuführen. Er fand dabei das volle Einverständnis der Wiener Gelehrtenkreise und der Akademie der Wissenschaften, die den Vorstoß der schulfeindlichen klerikalen Elemente als Bildungshindernis von wissenschaftlichen Gründen her bekämpften. 1)

1891 wurde er Generalsekretär der Akademie. Er veranlaßte eine Änderung der Geschäftsordnung, die praktischen Bedürfnissen gemäß vereinfacht wurde. Sogleich eröffnete sich ihm in dieser Stellung die größere Aufgabe an der Organisation der deutschen Wissenschaft tätig mitzuwirken; 2) die deutschen Philologen beabsichtigten seit

1) Sueß, Erinnerungen, S. 393.

2) " " " S. 418.

der längeren um die Erstellung des Thesaurus linguae latinae durchzuführen, den Zusammenschluß der deutschen Akademien der von München aus zweimal versucht an unzulänglichen Mittel gescheitert war; auf Anregung Althoff's, die deutschen Akademien mit der Wiens zu vereinigen, kam Mommsen 1892 nach Wien, und besuchte Sueß, um auch für die naturwissenschaftliche Klasse ein ähnliches Übereinkommen zu erzielen; Sueß stimmte ihm zu. "Zugleich wurde aber mit der Erweiterung der Aufgabe auch die Erweiterung des Übereinkommens auf alle gebildeten Staaten in Aussicht genommen." Über nationale und staatliche Gesichtspunkte hinweg, drängte Sueß sofort aus weltbürgerlicher, rein wissenschaftlicher Absicht, zur Errichtung eines internationalen wissenschaftlichen Konzerns. Hartz, kaiserlicher Hofbibliothekar, entwarf die Denkschrift über die "Vereinigung der gelehrten Körperschaften der Kulturnationen". Mommsen wollte das Statut verfassen, Sueß's Verbindung mit der königlichen Ges. d. W. zu Göttingen, Leipzig und der königl. bayr. Akademie suchen. Hartz's Denkschrift, von der Wiener Akademie durchberaten, wurde am 30. Juni einstimmig angenommen. Persönliche Fühlungnahme erlangte die frühe Zustimmung der genannten Akademien. Schwierigkeiten bereiteten nur die Berliner, die persönliche Beratung wünschte. Doch im Jahre 1883 trat, indeß sich die Berliner Akademie noch zurückhielt, weil sie Bedenken trug, in einen Verband einzutreten, dessen künftiger Umfang und Verbindlichkeiten zur Zeit noch nicht abzuschätzen seien, das sog. deutsche Kartell ins Leben

Wien hielt weiterhin unter dem Einfluß Prof. Sueß grundsätzlich daran fest, daß die fremdstaatlichen Körperschaften eingeladen werden sollten, begnügte sich aber vorläufig damit, nur durch einzelne Mitglieder mit Paris und London in Verbindung zu treten. Bald begannen die ersten Arbeiten des Kartells. Sein Dasein an dem Sueß so hervorragenden anregenden und ausführenden Anteil hatte, wurde wohltuend empfunden.

1893<sup>6</sup> legte er, nicht wie er sagt, um sich ganz der wissenschaftlichen Tätigkeit zu widmen, sondern um eine neue Wahlschlacht gegen die christlichsoziale Partei, die nicht mehr zu gewinnen war, nicht zu verlieren, alle öffentlichen Ämter nieder. Diese Erleichterung seines gerade durch die politische Tätigkeit in letzter Zeit überreichen Arbeitslast, gestattete ihm, nun sein Lebenswerk dem Ende nahezubringen und den Mißerfolg in der Politik durch wissenschaftliche Funde wett zu machen. Aus seinen früheren Arbeiten hatte er die genaue Gesetzmäßigkeit der europäischen Gebirgsbildung erkannt, die er nun auf der Oberfläche des ganzen Planeten in seinem eigentlichen Lebenswerke dem, "Antlitz der Erde" nachzuweisen suchte. 1) Es stellte den Versuch dar, den geologischen Bau der ganzen Erde einheitlich zu erfassen, ihn mit der Geschichte der Erdrinde ihren Veränderungen mit den großen Ausbreitungen und Rückzügen der Meere in Verbindung zu bringen. Allgemein bedeutend wurde wieder seine Arbeitsweise. Er nahm Abstand von den Geophysikern, wie sie besonders England hervorgebracht

1) E. Sueß, Das Antlitz der Erde, 4 Bde. 1885-1909.

Allmanach der kaiserl. Akademie d. Wissenschaften, Bd. 64. Jg. 1914.

hatte, die von den exakten messenden Naturwissenschaften herkommend, die Probleme der Geologie durch Maß und Zahl zu lösen suchten, ohne aber damit freie Formen ganz erklären zu können. Sueß nahm diese vergebliche Mühsal nicht auf sich, sondern suchte die Erscheinungen plastisch zu erfassen. Eine glückliche Intuition ersetzte ihm Fehlendes und ließ ihn die oft in weit auseinanderliegenden Gebieten doch vorhandenen Beziehungen erkennen, die er zuerst mehr ahnte, um sie dann bildlich lebhaft darzustellen. Allerdings wurde seine Vorstellung vom Bau unseres Planeten, wie nicht anders zu erwarten, durch die nachfolgende Einzel- forschung verändert, ja er selbst mußte während der langen Erscheinungsdauer manche Ansicht verbessern und ausgleichen. Inhaltlich stellt das Werk einen Markstein auf dem Wege der tektonischen Geologie dar. <sup>1)</sup> Jedes Kapitel originell durcharbeitet, brachte neue Tatsachen, wodurch sein engerer Wissenszweig in ganz neue Bahnen gelenkt wurde. Seine wichtigsten Erfahrungen bestanden in der Ausschaltung der kontinentalen Bewegungen, die mit den Meerestransgressionen zusammenhängen. Er zerlegte die gebirgsbildenden Kräfte die sein Hauptinteresse beanspruchten in zwei Bewegungsgruppen: Eine senkrechte entlang des Erderadius und eine tangential, faltend überschiebende. Zugleich stellte er eine relative Chronologie der alten Gebirgsmassen an dem Verlauf der Brücke, Falten und Horstbildungen fest, wodurch dem historischen Element sein Recht zu Teil wurde, erkannte

---

1) N.österr. Biogr. I. Bd. Karl Diener, Eduard Sueß als Naturforscher.

im Bauplan der Erde den Unterschied zwischen atlantischem und pazifischen Küstentyp und die Bedeutung des fast erloschenen Meeres, das lange Zeiträume hindurch von der Straße von Gibraltar quer durch Eurasien bis zu den Sundainseln reichte. Das waren in kurzem angedeutet die bedeutendsten Erfahrungen, mit denen er die Welt der Forschung bereicherte.

Dem Werke war ein ungehörter wissenschaftlicher Siegeslauf beschieden. Es wurde in englische, französische und italienische Sprache übersetzt. Wenn Sueß auch zuviel aus einzelnen Tatsachen gefolgert hatte, so bestand doch der unbestrittene Vorzug des Werkes in der neuen Richtung und der Renaissance der tektonischen Geologie und den zahllosen Anregungen zu neuen Untersuchungen. Dabei war sein Rahmen für das Bild der Gestalt der Erdrinde so elastisch, daß es leicht Modifikationen ertrug. Eine formvolle, oft poetische bilderreiche Darstellung beeinträchtigte allerdings die Kritik. Ein unbestreitbares Verdienst zum Vorteil der deutschen Sprache war die Einführung manch alter Fachausdrücke, aus der Bergammsprache, die sonst der Wissenschaft und dem Sprachgebrauch mit dem alten Werkzeug verloren gegangen wären.

So gewährt uns dieses Werk, am Schlusse des Berichtes seiner wissenschaftlichen Leistung ihn in den Zusammenhang der Entwicklung der Naturwissenschaften einzureihen, der ein doppeltes Menschenalter hindurch den Aufstieg dieses Zweiges der menschlichen Erkenntnis mit-

erleben durfte. Alexander von Humboldt, dessen universale Größe den ganzen Kosmos als letzter zur Einheit zusammenzwingen wollte, lebte noch, als sich die Erben sein Wissensgebiet teilten. Justus von Liebig fand den Schlüssel zur organischen Chemie, Pasteur griff nicht lange darauf nach Vorbereitungen in allen Zweigen der Geologie, Physik und Chemie nach den Entartungen der Organismenwelt, Helmholtz erklärte die Rätsel der Physiologie, Robert Mayer lehrte der Geschichte die Erhaltung der Energie. Eine Fülle erfahrungswissenschaftlicher Talente hatte das Jahrhundert hervorgebracht, die auf den verschiedensten Gebieten in Reichtum die Weite und Tiefe der Natur offenbarten. Die Geologie aber hatte zuerst Lyell fundamental bearbeitet, an dem sich Sueß<sup>in</sup> seiner Jugend schulte. Leopold von Buch erschloß ihr mit seinen Genossen die Konstitution der Gesteine, indes die geologische Reichsanstalt einen Studienherd errichtete, an dem sich jeder, der wollte, einfinden konnte. 1) Sueß hat weltweit gerichtet, als Beobachter des ganzen naturwissenschaftlichen Horizonts auf seinem Fachgebiet noch einmal die Synthese zu finden gesucht, die zu gewinnen die weitgehende Sonderung des Gesamtwissens in die Teile schon schwierig gemacht hatte. Diese Leistung war der Ertrag seines wissenschaftlichen Arbeitstalentes, das nie seinen Zweck aus den Augen verlor. Jeder neue Erfolg erregte ihn, jeder werttragende Gedanke, jede glaubhafte Konstruktion und jedes neue Arbeitsfeld machte ihm begieriger und die weitschweifende umgehende Phantasie er-

1) Almanach der k.Ak.d.W. 64.Bd., 1914.

möglichte ihm den Umfang seiner Arbeit weit zu spannen, sodaß er sein vorgeseztes Lebenswerk lückenlos vollenden konnte.

Beginn seiner politischen Tätigkeit.

Der wissenschaftlichen Bedeutung die Sueß beanspruchen darf, entspricht die politische im Kreise der liberalen Partei und während der Blütezeit des Parlamentarismus in der Monarchie, deren Nachweis den Hauptteil dieser Arbeit einnehmen darf, welche aber so auf der anderen beruht, daß sich Wissenschaftler und Politiker in seiner Person nicht trennen lassen. Deshalb mußte vorher sein Beitrag zur Bildungsgestaltung gewürdigt werden, ehe sein Anteil an der Tagespolitik, besprochen sei. Zwar war er kein sogenannter politisierender Hochschulprofessor, noch ein ausgesprochen professoraler Politiker, wenngleich er sich mehr in dieser Haltung zeigte, wie es aus seinen reichen Bekenntnissen und Äußerungen klar wird, daß ihn die Wissenschaft und ihr Gesetz der archimedische Punkt waren, von dem aus die Ordnung der Welt sich überblicken ließ. Nicht Nation, Rasse, Volkstum, Staat oder Religion, oder die Kultur war das Bestimmende

in seinem Denken, sondern die Wissenschaft. Sie war der Grund, von dem er ausging, auf den er alle Erscheinungen zurückführte und auf welchem er auch von dritter Seite alles bezogen haben wollte. Sie war das Maß aller Dinge: Der Kultur, der Religion, des Volkes, des Staates und alle diese sollten sich zu ihrem Dienste vereinigen, deren Fortschritt den Fortschritt der Menschheit überhaupt bedeutete. Diese Auffassung bestätigte er auch dadurch, daß er nach dem Schiffbruch des politischen Liberalismus immer noch am wissenschaftlichen festhielt.

Mit der Erkenntnis des Wissenschaftsglaubens als Grundlage seines Denkens, die hier vorweg bekannt gegeben sei, und die auch ganz dem Geiste seiner Zeit entsprach, können wir in die Betrachtung seines politischen Daseins eingehen. Ging der Weg, der ihn in die Öffentlichkeit führte, durch die Wissenschaft, so politisierte er auch von diesem Standpunkt aus, wenngleich er nicht verkannte, daß die Leitung eines Gemeinwesens eigene Gesetze befolgen müsse. Auch dies war Ausfluß seines Bekenntnisses, das allen Dingen und Gebieten eine eigene unübertragbare Methode der Behandlung zuerkannte. So stand er in seinem Denken und in seinen Anschauungen tief in seiner Zeit von ihr getrieben, bewegt und gelenkt, aber nicht über seiner Zeit. Sein politischer Aufstieg vollzog sich in Wien in durchaus gewöhnlichen Bahnen. Seine Wahl in den Gemeinderat wurde bereits erwähnt. Nach dem Tode Zelinkas wurde er an dessen Stelle am 23. August 1869 mit 248 gegen 3 Stimmen

in den Landtag gewählt. Damals wurde gerade das Reichsvolksschulgesetz unter Leitung Hasners und seines Sektionschefs, Julius Glaser, nach dem Muster des Schulgesetzes des Großherzogtums Badens ausgearbeitet, das im Abgeordneten-, wie im Herrenhause schon 1869 angenommen und bald sanktioniert wurde. <sup>1)</sup> Schon lange vor der endgültigen Regelung des Unterrichtswesens hatte Sueß in der Öffentlichkeit in einer kleinen Schrift Stellung zur Frage des naturwissenschaftlichen Unterrichts an den Mittelschulen genommen, der sich erst die Gleichberechtigung seines Anspruches neben dem humanistischen Studium erkämpfen mußte. <sup>2)</sup> Er beanständete darin, daß man den naturwissenschaftlichen Unterricht, für den der Organisationsentwurf in sehr liberaler Weise Verständnis gezeigt habe, in seinem allgemeinen Teil beschränkt habe, indem man ihn aus den Maturitätsprüfungen wieder entfernte, wodurch ihm ein vollendeter Abschluß genommen sei.

Es handelte sich also um die Erringung völliger Gleichberechtigung für den naturwissenschaftlichen Unterricht und die Anerkennung der realistischen Fächer als den humanistischen ebenbürtig. Das Studium der realistischen Fächer war wiederum ein Erfordernis der zur Technik und Industrialisierung drängenden wirtschaftlichen Entwicklung, der Sueß gegen alle Vorurteile gerecht zu werden versuchte.

---

1) Erinnerungen, S.185.

2) Eduard Sueß, Bemerkungen über den naturgeschichtlichen Unterricht, Wien 1862.

Er bewies, daß der naturwissenschaftliche Unterricht aus ideellen und nicht allein praktischen Gründen von der Zielsetzung der Gymnasien gefordert sei, um ihren, nach seiner Auffassung rein historisch ausgerichteten Bildungsbegriff zu erweitern. Die Aufgabe der Schulen sei, durch das Verständnis der Vergangenheit dem Individuum den Platz und Wert erkennen zu lassen, der ihm in großen Ströme der menschlichen Entwicklungsgeschichte zustehe. Der historisch-philologische Unterricht soll das Bewußtsein des Schülers der gesamten Menschheit gegenüberstellen und solle es lehren, sich als Mensch unter Menschen zu fühlen. Diese Zielsetzung verrät demnach sehr deutliche Anklänge an ein humanistisches Bildungsideal. Die zweite Aufgabe der Mittelschulen erfüllten die Naturwissenschaften, deren Absicht es sei, absehad vom Individuum das ganze Menschengeschlecht als eine Einheit im Gegensatz zu der außer ihm existierenden Natur zu betrachten und so den Platz im Weltall zu bestimmen und die Gesetzmäßigkeit des Kosmos erkennen zu lehren. Didaktisch würde dieses Ziel erreicht, wenn die von besonderen Gesichtspunkten aus erworbenen Kenntnisse dieses Gebietes aus verschiedenen Jahrgängen von oben her noch einmal ganz durchgestaltet würde. Suesß verlangte damit eine Synthese aller Fachdisziplinen, daneben erhob er noch die Forderung nach einen anthropologischem Unterricht und sprach sich für die Verbreitung der Kenntnisse der verschiedenen menschlichen Rassen aus, allerdings nicht von einem völkischen Gesichtspunkte her, wie er heute verlangt und durchgeführt, sondern um dem Gang der Entwicklung der



menschlichen Kultur nachstreben zu können und um zu erkennen, daß nur in der Kultur die Freiheit und die Macht liege.

Jedenfalls dürfte Sueß der erste gewesen sein, der in Österreich die Forderung eines rassistischen Unterrichtes aufstellte. Aber wie weit waren die Motive von denen entfernt, die heute zu einer Verwirklichung dieser Forderung geführt haben. Er dachte nicht an Rassenhygiene und Reinhaltung des Volkes, sondern aus dem Darwin'schen Entwicklungsgedanken her an die sich stets mehr vervollkommnende Menschheit und an den Grad und Nachweis des Fortschrittes im liberalen Sinne.

Neben einer vervollkommenen Ausbildung der Lehrerschaft war ihm eine grundsätzliche Gleichstellung der naturwissenschaftlichen Fächer mit den philologisch-historischen erstrebenswert. Damit sie nicht als Nebensache behandelt würden, und zu allgemeinen Anschauungen führten, die allein einen dauernden bildenden Wert haben könnten. Gegen die wohlbegründete Befürchtung, daß damit der Materialismus im Unterrichtswesen Eingang finden können, empfahl er als Mittel die Heranziehung der Jugend zu einer edlen Auffassung der Schöpfung.

Diese kurze Schrift ist im Kleinen eine Programmschrift der Grundsätze, die er in der Schulpolitik durch sein ganzes Leben zu verwirklichen suchte und die er bald zu vertreten Gelegenheit hatte. Denn da über den Zustand des Unterrichtes in den Realfächern im Unterrichtsministerium

Unklarheit herrschte, wurde Sueß von Glaser beauftragt, als Landesschulinspektor die Lage zu prüfen und an den Oberrealschulen in Ober- und Niederösterreich die Maturitätsprüfung einzuführen. Es sollte damit den Realschulen jene feste Organisation gegeben werden, wie sie die Gymnasien durch Thun und Bonitz gefunden hatten, die sie aber mangels einer Überlieferung und nötiger Erfahrung noch nicht besaßen. Sueß beeinflusste nach seinen Beobachtungen daß die Anstaltsdirektoren zu wenig Einfluß außer dem Verwaltungsbereich genossen, daß die meisten Professoren sich didaktisch nicht binden lassen wollten, daß keine verantwortliche Instanz vorhanden war, die für die Einheit des Unterrichtszieles und der Leistung zu sorgen hatte, daß die Reifeprüfung mehr Gedächtnisprüfung war, seinen Bericht an zuständiger Stelle zu der Forderung: daß die Reifeprüfung unerlässlich sei, um gleiche Ergebnisse an allen gleichen Anstalten zu erreichen, daß die Lehrkräfte weiter beeinflusst werden müssen und verantwortlich für die Erreichung des Lehrzieles zu machen seien. Und daß der schulmäßige Unterricht der Religion in den Oberklassen nicht den gewünschten Erfolg haben und deshalb ausfallen könne.

Seine Vorschläge gingen also in zentralistischer Richtung auf Vereinheitlichung des ganzen Unterrichtes, an dem er sein ganzes Leben lang festhielt. Diese Tätigkeit bereitete ihm auch den Weg in den Landtag, der eben die von der Regierung vorgelegten Realschulgesetze behandelte. 1) Er erhielt an Stelle Arneiths das gerade in diesen Tagen schwer

1) Sueß, Erinnerungen, S.218.

zu führende Schulreferat im Landesausschuß, welches Amt er im Sinne seiner Weltanschauung bis zum Eintritt ins Parlament führte. Er verwaltete nun die Mittel- und Fachschulen des Landes insbesondere aber überwachte er die Umgestaltung des Volksschulwesens in Niederösterreich nach den neuen Reichsvolksschulgesetze. Im Landtage genoß er die Freundschaft einer großen, nie versagenden Majorität, die ihm durch die Parteilolidarität bei der Beschlußfassung über die Schulgesetze unterstützte. X

In dem einen Wunsche, der seinem naturwissenschaftlichem Interesse entsprang, und die Realschule den humanistischen Gymnasien gleichgestellt hätte, daß erstere ebenfalls acht Studienjahre zählen sollten, mußte er den mäßigen Einfluß der Regierung auf sieben Jahre nachgeben. In seiner Forderung, daß in den drei Oberklassen der schulmäßige Religionsunterricht durch eine Sonntagsexhorte zu ersetzen sei, drang er durch. Er begründete diese Maßnahme damit, daß eine theologische Propedeutik, wie sie Dogmatik, Apologetik, Exegese, und Kirchengeschichte darstellten, dem Gemütsleben des Jünglings ewig fremd bleibende Doktrinen aufnötigten. Wie weit liberales Vorurteil der Einfluß eines durch rationale Erwägungen von dogmatisch-kirchlichen Denken befreiten Wissenschaftsglaubens sein Urteil beeinflusste, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls bewies er jene Fremde, gegen eine konfessionelle und kirchlich gebundene Religionsauffassung, die einer geschichtlichen Epoche des Relativismus völlig entsprach und für Sueß X

immer bezeichnend blieb. Das Gesetz wurde in seinem Sinne abgefaßt, beschlossen und durchgeführt und blieb lange über die liberale Ära hinaus in Wirksamkeit. Selbst 1896 wurde noch im niederösterreichischen und im Kärntner Landtag eine Änderung des Gesetzes nach klerikalischen Forderungen abgelehnt. Über die rein didaktische Bedeutung hinaus, bezeichnete es zum ersten Male die Stellung, die Sueß in der Folgezeit in der Kirchenpolitik einnahm, in der er die extremsten Kulturkämpferischen Ansichten in seiner Partei vertrat.

Im Verein mit seinen Parteigenossen Dr. Brestel wurden die näheren Bestimmungen ausgearbeitet und die nötigen Einrichtungen getroffen. Zunächst galt es die Bezirksschulräte zu erstellen. Schwierigkeiten machte der Klerus, der mit einer liberalen Schule und ohne Mitbestimmungsrecht in Personalfragen nur unzufrieden sein konnte. Kardinal Rauscher fügte sich aus höherem Staatsinteresse, weil ihm der staatseinigende Charakter der Schule deutlich wurde, indes Bischof Fessler in St. Pölten bis zu seinem Tode Widerstand leistete, der allerdings von seinem Amtsnachfolger aufgegeben wurde. Zugleich wurde die wirtschaftliche Verwaltung geordnet, der Gehalt der Lehrerschaft sichergestellt, die Entlohnung in Naturalien aufgehoben, das Schulgeld gestrichen, was im Großen und Ganzen eine Entlastung des Bauernstandes und eine Überwälzung der Ausgaben von diesem Stande auch auf die Großgrund- und Fabriksbesitzer bedeutete. Ferner wurde im

Dienste des Kulturstaates, dem die Betreuung und Förderung des Fortschrittes zur Aufgabe gestellt war, neben der bestehenden staatlichen Lehrerbildungsanstalt in Wien, die allerdings meist nur Kinder bürgerlicher Eltern ausbildete, zwei Anstalten in St. Pölten und Wr. Neustadt gegründet um aus Bildungsgerechtigkeit auch berufenen Kindern vom Lande die Möglichkeit zu geben, sich für die ländlichen Gebiete zu Lehrern ausbilden zu lassen. Die Einsatzfreude mit der sich Sueß dieser Arbeit zur Verfügung stellte, für die er später, als seine Partei das politische Spiel verlor, viel Undank und Vorwürfe von klerikaler Seite, besonders wegen der hohen Lasten und des herrschenden Geistes wegen erleiden mußte, entstammte seiner Fortschrittsbegeisterung und der bewußten Überzeugung, : "Daß die Siege der Preußen 1866 nicht zum geringen Teil der höheren Bildung zuzuschreiben seien." <sup>1)</sup> Daß also Preußen nicht so sehr durch den Primat der Waffen, als den des Wissens gesiegt habe, was sich durch Gesetzgebungsfreude müsse ausgleichen lassen um den verlorenen Vorsprung zu überwinden. So erhielt sein Bemühen auch die politische Weihe, zumal damit nach seiner Ansicht schon ohne Worte ausgesprochen war, daß die konfessionell kirchliche Regierungsära im Gegensatz zur liberalen der er angehörte, das Unglück des Staates heraufbeschworen habe.

---

1) ~~Sueß~~ Erinnerungen, Sten. Prot. 8. Sess. 323. Sitz. 30. III. 93.

Die politische Lage beim Eintritt Sueß's

in das Parlament.

Die 70 er Jahre des 19. Jahrhunderts werden in dessen Geschichte als ein bedeutender Einschnitt sichtbar, indem sie eine Fülle von neuen Tatsachen brachten, die die kommende Krise dieses Jahrhunderts deutlich machten; im politischen Kräftefeld vollzog sich die nationale Einigung Italiens und Deutschlands, die nur im Kriege gegen fremde Mächte, darunter auch den habsburgischen Vielvölkerstaat erreicht werden konnte, was wiederum zur Folge hatte, daß die Lage dieses Staates sich für die Zukunft dauernd veränderte, zumal das Erstarren des panslavistischen Gedankens ein neues Motiv in die politischen Absichten der europäischen Staatenwelt hineinrug. Auf wirtschaftlichem Gebiete setzte ein gewaltig industrieller Aufschwung ein. Es kam zur Scheinblüte der Gründerzeit, zur Spekulationswut der Menge und zum großen Börsenkrach des Jahres 1873, der plötzlich deutlich die gefährlichsten Seiten liberaler Wirtschaftsexperimente und Grundsätze zeigte. Schließlich ist nicht nur als kirchlich religiös, sondern überhaupt kulturell überaus bedeutsame Tatsache, das Ereignis des vatikanischen Konzils zu nennen, das mit der Erklärung des Unfehlbarkeitsdogmas und der Herausgabe

des Syllabus eine erneute programmatische Kampfansage, gegen den Liberalismus als Weltanschauung in die Öffentlichkeit warf. So viel Hohn sie erregte, bedeutete sie doch eine geistige Tat, die damals unbegreiflich genug und als mittelalterliche Ungeheuerlichkeit empfunden den Beginn eines verschärften Ringens der religiösen und konservativen Kräfte gegen den Liberalismus bedeutete, der soeben auf der Höhe seiner Macht stand. Vielleicht gerade darum war sie so fruchtbar, weil sie den radikalsten Widerspruch im Gegenteil darstellte und hervorrief und schon die Überwindung des Liberalismus einleitete. Darüber hinaus wurden die Ideen des Vatikanums auch politisch lebendig und wirksam. Insbesondere verstärkten sich die Ansätze katholischen Denkens in Wien, wo der Liberalismus, der hier weniger konfessionell gebunden war, als in Deutschland, wo er eine konsequente Fortbildung aus dem protestantischen Prinzip darstellte, zuerst politisch mit Hilfe des nationalen Prinzips aus den Angeln gehoben wurde, nachdem er seine Begriffe, Organisationen und Lebensformen aus sich herausgestellt und den Gegenbewegungen dienstbar gemacht hatte. Dies war die große Umwelt, in der Sueß zu wirken hatte. Nun der Kreis wo dies im Kleinen geschah.

Am 23. April 18<sup>7</sup>93 wurden das Abgeordneten- und Herrenhaus des Reichsrates nach der 7. Reichsratsperiode geschlossen.<sup>1)</sup> Es war das letzte aus Landtagen hervorgegangene Haus gewesen. Die neu angekündigte Wahlreform bestätigte sich als ein neues Krisenzeichen des Staates, wenn sie

---

1) Gustav Kolmer, Parlament und Verfassung in Österreich, Bd. 2, S.2/1 f.

auch als Mittel angesehen wurde, eine solche abzuschneiden. Diese Maßnahme angekündigt und durchgeführt in der Absicht, den föderalistischen Gedanken an der Urquelle in den Landtagen zu hemmen, hat schließlich in seiner letzten geschichtlichen Auswirkung nur das Gegenteil erreicht. Sie war zugleich eine Gegenbewegung gegen die Anstrengungen Hohenwarths zur Föderalisierung des Reiches und gegen die Fundamentalartikel, deren Zurücknahme böses Blut bei den Klerikalen, einem Teil des Hochadels und den Tschechen hinterlassen hatte. Gegenkraft gegen die Föderalisierung der österreichischen Reichshälfte war Graf Julius Andrássy der dem ungarischen zentralistischen Staatswesen ein gleiches Gebilde an die Seite stellen wollte. Zwar war der alte Reichsrat in einer Zeit außenpolitischer Ruhe entlassen worden. Dafür häuften sich im Innern die Schwierigkeiten. Die gewerbliche und industrielle Wirtschaft entwickelte sich sprunghaft, die Wiener Weltausstellung stand im krassen Gegensatz zur großen finanziellen Krise, die Europa durchlief, die soziale Frage brachte sich mit Notwendigkeit zur Geltung. Die wirtschaftlichen Konkurrenzfragen drängten an das Parlament heran und verlangten eine verfassungsmäßige Lösung. Das Proletariat begann sich zu vereinigen und zu fühlen, und stellte sich in bewußten Gegensatz zum Großbürgertum.

Die deutsch-liberale Partei, in ihren besten Kräften der historischen und rechtlichen Vormachtstellung des Deutschtums in der Monarchie sich voll auf bewußt und

zu dessen Erhaltung verpflichtet, war die Hüterin des deutsch-österreichischen Staatsgedankens und erstrebte eine straffe Zentralisierung, zwar nicht im absolutistischen, sondern im liberalen Sinne. Freilich war der grobe Rechenfehler, daß der deutsch-österreichische Zentralisierende Staatsgedanke durch den Dualismus schon so geschwächt war, daß die Voraussetzung zu seiner Verwirklichung nicht mehr vorhanden war. Das Parlament gruppierte sich in Parteien und Namen, wie sie sich aus dem Jahre 1861 entwickelt und erhalten hatten,<sup>1)</sup> das in der "Linken" Gruppen mit großösterreichischem Programm die sog. Unionisten und die deutschen Autonomisten vereinte und in einer "Rechten" die Klerikale und Föderalisten zusammenfaßte.

Die ersten unmittelbaren Wahlen in das Abgeordnetenhaus, die auch Suez Sitz und Stimme brachten, wurden vom deutsch-liberalen Parteitag in Teplitz eingeleitet, dessen Ziel die Einigung zwischen Alten und Jungen sich in das Gegenteil eines vergrößerten Gegensatzes verkehrte, welcher Vorgang sich bis zum gänzlichen Zerfall der Partei wiederholte. Das Abgeordnetenhaus zählte 218 verfassungstreue Mitglieder die liberale Linke unter Dr. Herbst als stärkste Gruppe, ferner das linke Zentrum, die verfassungstreuen Großagrarien, den Fortschrittsklub der Jungen mit 57 Mitgliedern, die Wiener Demokraten mit 5, die Ruthenen mit 14. Sie stellten zusammen die Regierungsmehrheit dar, die der durch das Ausbleiben der böhmisch-tschechischen Abstinenzler auf

1) Richard Charmatz, deutsch-österreichische Politik, S. 157.

ungefähr hundert Mann zusammenschmolzenen Rechten gegenüber stand. In dieser Gruppierung nahm das Parlament seine übliche Tätigkeit auf. Neben der Budgetberatung traten alsbald wichtige außergewöhnliche Gesetzgebungsfragen an das Parlament heran, die eine Lösung verlangten: Die konfessionellen Gesetze, der österreichisch-ungarische Ausgleich, das Wehrgesetz und die Vorlage des Berliner Vertrages. Bei der Durchberatung dieser Gegenstände zeigte es sich, daß die Regierungsmehrheit immer mehr im Gegensatz zu ihrer eigenen Regierung kam, die sich nicht allein an Ideologien, sondern nach den staatlichen Notwendigkeiten orientieren mußte, wenn sie nicht den Boden unter sich verlieren wollte.

Staat und Kirche.

Die konfessionellen Gesetze.

Weltanschauliche und religiöse Fragen sind seit jeher ein Kampfgebiet aller Streitsüchtigen gewesen. Wen könnte es wundern, wenn die parlamentarische Orgel aus allen Pfeifen und in allen Tönen Text und Melodie dabei zu spielen begann, als sie auf der Bühne der Politik behandelt wurden. ]

In seiner Thronrede vom 5.9.1873 kündigte der Kaiser die Vorlage von Gesetzentwürfen an, die die Lücke welche durch die Lösung des Konkordates entstanden war, ausfüllen sollten. Das bewies, daß anscheinend auch die höchste Staatsstelle sich eine neue Auffassung über kirchliche Angelegenheiten zugebilligt hatte. 1) Statt einer vertraglichen Vereinbarung, wie sie das Konkordat auf Grund älterer Überzeugung dargestellt hatte, daß Kirche und Staat aufeinander zugeordnet seien, und sich entsprechend müßten und könnten, war nunmehr eine einseitige Lösung von Seiten des Staates vorgesehen, im Sinne des liberalistisch zentralisierenden Staates, der auch die gemischten, Staat und Kirche gemeinsamen Angelegenheiten unter seine Oberhand bringen wollte. Obgleich das Konkordat längst aufgehoben war, war die

1) Kolmer, a.a.O. Bd. 2, S. 313.

Macht der Kirche im Steigen begriffen, weil sie es mehr und mehr verstand, sich der liberalen Einrichtungen zu bedienen und sie zu bekämpfen. Die liberale Partei, deren Wählerkreise immer unsicherer wurde, erkannte dies und hoffte durch scharfe kirchenpolitische Vorlagen seine Wählerschaft wieder zu gewinnen. Sie täuschte sich aber. Denn die Regierung erwärmte sich wenig für die kirchenpolitischen Initiativ-  
anträge der Linken und scheute vor jedem Konflikt mit Rom zurück. Die Schwierigkeiten, in denen sich der Staat befand, waren zu groß, sodaß es sich hüten mußte, die innere und äußere Lage durch den Versuch eines Kulturkampfes noch weiter zu verschlimmern. Außerdem leistete die spätere parlamentarische Regierungspartei, die "Rechte", in allen ihren Gliedern heftigen Widerstand, sei es grundsätzlich aus taktischen oder Überzeugungsgründen, sodaß es bei dem Wechsel der Mehrheiten für die Regierung nicht rätlich war, die Gegenseite vor den Kopf zu stoßen. Die kirchenpolitischen Vorlagen, die am 21.1.1874 eingebracht wurden, bestanden aus vier Teilen: 1. Einem Gesetzentwurf über die Regelung der äußeren Rechtsverhältnisse der katholischen Kirche, 2. betreffs der Rechtsverhältnisse der klösterlichen Genossenschaften, 3. betreffs der Beitragsleistung des Pfründenvermögens zum Religionsfond und 4. betreff der Anerkennung von Religionsgesellschaften. Den Liberalen, die noch manchen Gesetzentwurf besonders jenen über die Zivilehe vermißten, gelang es nicht einmal die genannten durchzubringen. Nur drei Vorlagen gelangten

nach erbitterten Redekämpfen zur Annahme und Sanktion. Die Durchführung blieb jedesmal eine sehr fragliche Angelegenheit. Das Klostersgesetz wurde von der Krone nicht genehmigt und verschleppt, wie die Initiativanträge der Linksparteien zur Ergänzung der Vorlagen an den konfessionellen Ausschuß wanderten, um dort in Vergessenheit zu geraten.

Zur Vorgeschichte dieser Parlamentskämpfe ist noch nachzutragen, daß das Konkordat des Jahres 1855 der Kurie weitgehendste Rechte eingeräumt hatte,<sup>1)</sup> die die Verselbständigung der Hierarchie mit sich brachten und ihr großen Einfluß auf die staatlichen Angelegenheiten sicherten. Allerdings ist zu sagen, daß das Konkordat mehr auf Stärkung der heimischen episkopalen Macht gerichtet war, im Sinne der noch immer müde nachwirkenden, febronianischen Ideen, die den josephinischen Staatsgeist genehmer waren, als die mit der Verkündigung des Syllabus und des Dogmas der Unfehlbarkeit einsetzenden Zentralisation der päpstlichen Gewalt. Das Konkordat war zwischen zwei zentralisierenden, geistigen Gewalten zerrieben worden, wenn es auch einseitig vom Staate gekündigt wurde. Zeigt doch die später noch bemerkbare Unterstützung der niederen Geistlichkeit und der demokratisch-christlichen Bewegung Dr. Luegers durch die päpstliche Kurie, daß sie gegen die selbstbewußte Hierarchie des Staates vorgehen mußte.

---

1) Kollmer, a.a.O. S. 315-16.

Bedeutete der Syllabus und die Erklärung des Unfehlbarkeitsdogmas eine Kampfansage an den Liberalismus, so war es nicht minder eine solche gegen die österreichischen Staatsgrundgesetze, die in seinem Geiste beschlossen waren und die allseits unabhängige Souveränität und Eigen-gesetzlichkeit des Staates festlegten. Die verdeckte Spannung zwischen Kirche als Gemeinschaft aller Gläubigen und Kurie als obrigkeitlicher Gewalt machte sich auch im Staatsbau bemerkbar, insofern nämlich, als, je mehr die Führung der kirchlichen Angelegenheiten von den Bischöfen an die Kurie überging, das Gewicht der Nuntiaturen gesteigert wurde und der Schwerpunkt aller Verhandlungen vom Ressort des Kultus-ministeriums, in das das Ministerium des Äußeren überging. 1)

Zu dem Umstand, daß der Kultusminister die kirchlichen Angelegenheiten vor dem Parlamente, der Minister des Äußern aber vor der Kurie vertreten mußte, kam noch die gänzliche Verschiedenheit der ungarischen Kultusbestimmungen von denen der österreichischen Reichshälfte, sodaß eine einheitliche Reichsgesetzesarbeit schwierig wurde. Unter diesen Voraussetzungen begann das Parlament seinen Anlauf zur kräftigen Wahrung des staatlichen Vorteils gegenüber der Kirche. Was erreicht werden sollte, kündigte vor der Generaldebatte Berichterstatter Dr. Weber wie folgt an: "Während die im Jahre 1868 zur Beratung gestandenen Gesetze vorzugsweise dahin zielten, wie in den Staatsgrundgesetzen gewährleistete Gewissens- und Glaubensfreiheit, die Gleichberechtigung aller Konfessionen in Ausführung zu bringen und so dem

1) Sueß, Erinnerungen, S. 254.

Einzelnen im Staate gegen die Bedrückung der kirchlichen Oberen zu schützen, tritt gegenwärtig an die Gesetzgebung die Aufgabe heran, die staatliche Autorität auf dem gesamten Gebiete der staatlichen Gesetzgebung wieder herzustellen und zu schirmen und der Staatsgewalt jenen Einfluß auf die äußeren Rechtsverhältnisse der katholischen Kirche zu sichern. 1) "Er begründete die Vorlage mit dem Motiv, daß die unmittelbare Jurisdiktion des Papstes nach dem vatikanischen Konzil zu Streitigkeiten mit den staatlichen Behörden führen müsse und daß tatsächlich in der Bevölkerung zum Widerstand gegen die Staatsgrundgesetze gehetzt werde. Graf Hohenwart eröffnete als Generalredner die Debatte mit der prinzipiellen Leugnung des Rechtes des Staates seine Machtsphäre gegen die Beeinflussung durch die Kirche abzugrenzen. Er betrachtete die Vorlage als Verletzung des § 13 der Staatsgrundgesetze, nach denen die Kirche autonom sei und nur wie jede Gesellschaft den allgemeinen Staatsgrundgesetzen unterworfen sei. Es gehe nicht an, ein Spezialgesetz zu schaffen, indem dasjenige innere und äußere Angelegenheit sei, was der Staat dafür erkläre. Er wandte sich auch gegen den geistigen Ursprung dieses Gesetzes, den er in der liberalen Anschauung begründet fand, daß Religion Privatsache sei; wie die liberale Propaganda das heikle Problem der Spannung zwischen persönlich sittlicher Entscheidungsfreiheit und der Notwendigkeit einer kirchlichen Organisation lösen. 2)

1) Sten. Prot. d. H. d. Abg. d. R. VIII. Sess. 26. Sitzung, 5. 3. 1874

2) Kollmer, a. a. O. Bd. 2, S. 316.

Als Gegenredner entwickelte Eduard Sueß in seiner Stellungnahme zu dieser Frage die schärfste Tonart. Er betrachtete sie nicht so sehr als eine Frage des Liberalismus, sondern als eine der Existenz und Macht des Staates und als Einzelperscheinung des internationalen Kulturkampfes, der die ganze Welt bewegte. Die Schärfe der Auseinandersetzung kam bei ihm überhaupt nicht allein aus religiösen Ideenkreisen, sondern aus rein staatlichen Gesichtspunkten, weil er in der Kirche nicht die Kirche, sondern ein dem liberalen Verfassungsstaat feindliches, weil entgegengesetztes Macht- und Rechtsinstitut sah. Dem Postulate des Rechtsstaates gemäß habe Österreich sein Verhältnis zu den Religionsgenossenschaften zu regeln. Das Hervorkehren des Rechtsstaatsgedankens und der Staatsgrundgesetze, denen sich als allgemeingültig auch die Kirche fügen müsse, ist liberales Gedankengut, daß durch den Glauben an die sittliche Vernunft bereichert wurde, die sich im Staate und im Rechte viel mehr als in der Kirche offenbare, als dem einzig und letztlich alle Menschen Bindendem. Das Recht allein galt ihm als allgemein. Konfession, Wirtschaft und Kultur fanden ihren Haltepunkt im Gesetze: Dem Gesetzten und natürlichen. Der Träger der Rechtsordnung, der Staat, müsse die unbedingte Berechtigung haben, die äußeren Rechtsverhältnisse einer jeden Institution zu regeln, welche sich auf seinem Gebiete befinde. Möge sie auch noch so hoch stehen. Dies greife ja nicht in das eigentliche Reich der Kirche, in das Reich des Innern, des Subjektiven, des

Glaubens und Gewissens ein. Damit sollte die letzte Sphäre des Privaten, die das Individuum heiligt und frei macht, nicht berührt werden. Deutlich wurde hier der ideologische Kampf um die Freiheit des Einzelnen von über ihm stehenden allgemeinen Bindungen der vom politischen auf religiöses Gebiet übertragen wurde. K

Sueß griff in der Debatte seiner geistigen Einstellung entsprechend im Sinne eines liberalen Akademikers und des akademischen Liberalismus besonders von wissenschaftlicher Seite her ein, mit der Einleitung, daß die katholische Kirche nie etwas für die Wissenschaft getan habe, es sei denn zu ihrem eigenen Vorteil oder "in jenen selteneren Fällen der Inkonsequenz, die einem so großen Wesen niemals fehlten." 1) Es rächte sich der Geist eines empiristischen Naturwissenschaftlers auf verschobenem Kampfe <sup>phile</sup> an der auf seinem Gebiet unfruchtbaren deduktiven und scholastisch spekulativen kirchlichen Wissenschaft und Methode. Wissenschaft bedeutete für ihn eben nur Naturwissenschaft. Er faßte diesen Gesetzgebungsakt als Teil des Kampfes einer internationalen Wissenschaft auf, der im Namen der Kultur gegen die fortschrittfeindliche Haltung der römischen Kirche geführt werde. Er leugnete die Verbindlichkeit von Kirchengesetzen, weshalb er sich dagegen wandte, daß dem Staatsrechte ein göttliches Recht entgegengesetzt werde, für das jede Diskussionsmöglichkeit fehle. Er sah aus einer wissenschaftlichen Einstellung,

1) Sten. Prot. 8. Sess. 26 Sitzung, 5.3.74. 6.3.

die nur gelten, was sich prüfen ließ, alles Übervernünftige als Wiedervernünftige an, bedingt durch die geistige Schulung, die ihn zwang, der Erkenntnis halber die Grenzen des Zweifels so weit als möglich nach oben zu verlegen, sodaß von einem dogmatischen Christentum in seinen Anschauungen nicht ein Rest übrig blieb. Der entsprechende Beleg sein Ausspruch: "Die Vernunft ist die göttlichste Gabe des Menschen und der gebildete Mensch wird niemals den göttlichen Ursprung einer Religion zugeben, welche diese Gabe verwirft. Offenkundig wurde es ihm unmöglich eine Synthese zwischen Wissen und Glauben zu finden. Weshalb an die Stelle einer dogmatisch gebundenen Konfession als Erzeugnis des menschlichen Gefühles und der Forderungen des Lebens eine Vernunftreligion trat, deren Stellung dem Staate gegenüber nun allerdings eine ganz andere war, als die einer Religion, die sich aus göttlicher Stiftung hergeleitet wissen wollte. Dabei machte er auch offenbar, welchen Zweck ihm eine mögliche Religion zu erfüllen habe: Sie habe den Zweck: "Die herrlichen Eigenschaften des Geistes zu entwickeln und ihre Freiheit zu verteidigen." Sie wird somit auch dem liberalen Fortschrittsgedanken dienstbar. Die Kirche sei dem Staate hörig: "Denn welches Interesse hat der Staat an dem Bestehen irgend einer konfessionellen Körperschaft? Doch nur das Interesse, daß er in ihr erkennen mag, auf welchem Wege die große Menge eine Festigung ihrer moralischen Anschauungen, eine

---

Festigung der öffentlichen Sittlichkeit erlangen kann, und dadurch zur Beobachtung der öffentlichen Staatsgesetze fähig wird, welche zur Aufrechterhaltung der Ordnung und öffentlichen Wohlfahrt nötig sind. Die Religionsgemeinschaften fanden also ein sehr bürgerliches Ziel. Ihre Aufgaben waren ins Diesseits gerichtet. Sie sollten dem Staate als Garant der größeren Sittlichkeit dienstbar sein, um ihm seine kulturellen Arbeiten zu erleichtern.

Zur Begründung seiner Ansichten benutzte Sueß stets gern historische Belege, wodurchs eine Gedankenrichtung und Herkunft eindeutiger bestimmbar wird. Insbesondere bewahrte er ein treues Angedenken dem josephinisch-zentralistischen Staatsgedanken, nach dessen geschichtlichem Vorbild er verlangte, daß die Kirche nur Werkzeug des Staates sein dürfe, wenn er sich auch der Einsicht nicht verschloß, daß andere Zeiten andere Einrichtungen verlangten, daß an die Stelle der Toleranz bereits die Gleichberechtigung der Konfessionen getreten war und nach seiner und der neuen Zeit Überzeugung Politik und Religion nichts mit einander zu tun hatten.

Unter lebhaften Applaus der Linken verlangte er die Behandlung der Kirche nach dem Vereinsgesetz und nicht mehr als einer bevorzugten und privilegierten Körperschaft. Zwar war das freilich mehr als ein bissiger Ausfall als nach der damaligen Lage überhaupt durchführbarer Einfall und sicherlich nur auf Wirkung berechnet. Aber daß er ihm vorbrachte, beweist doch, daß das liberale Denken

daß keine Autonomien und irgend wie selbständige Kreise belassen wollte, schon bis zum Extrem fortgeschritten war. Er befürchtete, daß zu den nationalen und politischen Zerklüftungen noch eine soziale trete, die allmählich durch die Fortentwicklung der gebildeten Schicht zu einer freien Vernunftreligion und das Zurückbleiben der tiefen Volksschichten in primitiver Dogmenreligion und Aberglauben noch verstärkt würde, weshalb er im Glauben an die Macht des Gesetzes forderte, dieses durch die konfessionellen Vorlagen zu verhindern. Mit einem Ausspruch des heiligen Ambrosius und unter stürmischen Beifall beschloß er seine Rede. Sie trug ihren Teil dazu bei, daß die Vorlage der Spezialdebatte zugeführt wurde und schließlich angenommen wurde.

Im Verlauf der Spezialdebatte ergriff Sueß zu einem Zusatzantrag das Wort, der die Regierung und einen Teil der Regierungspartei erstmals in Opposition zueinander trieb. Sueß beantragte, ohne die Möglichkeit der Durchführung zu beachten, nachdem er sich schon vorher gegen jede exemte Stellung der Kirche gewandt hatte, die Einführung des Staatseides für die Bischöfe. Die Geschichte des Staatseides der Bischöfe reicht bis auf Joseph II zurück, der sich erstmals ihrer damit versichern mußte. Zur Zeit des Konkordates fiel die Ableistung des Eides nicht schwer. Nun war aber nach dem Vatikanum und der verfassungsmäßigen Behandlung der österreichischen Staatsgrundgesetze im liberalistischen Geiste die Situation vollständig geändert. Das Konkordat hatte sich noch mit

der Formel: "Ich schwöre, wie es einem Bischofe ziemt" abgefunden. Nun haben die Erlässe der römischen Poenitentiarie 1870 den Eid auf die österreichischen Staatsgrundgesetze für unzulässig erklärt. Es war eine unüberbrückbare Kluft entstanden, weil ein zentralistisches Prinzip, das des omnipotenten Staates, ein zweites gleiches neben sich, das der Kirche, ausschloß, forderte Sueß die "wiederherstellung: "Der uralten, ja auch auf apostolische und göttlichen Ursprung anspruchmachenden Metropolitanverfassung der Bischöfe." 1) Die Verselbständigung der Bischöfe gegen den päpstlichen Primat und ihre Eingliederung in den Staatsbau und die Bindung durch den Eid, übersah aber dabei, daß sich auch die Entwicklung der kirchlichen Verfassung die in gewisser Hinsicht der Staatsformen parallel verlief, auf die Dauer nicht aufhalten ließ.

Der Antrag auf Einführung des bischöflichen Treuschwures war von staatlichem Gesichtspunkte aus, wenn die kirchenpolitische Gesetzgebung überhaupt Sinn haben sollte, berechtigt. Aber Unterrichtsminister Stremayr drohte mit der Verweigerung der kaiserlichen Sanktion falls die Partei auf den Zusatzantrag bestände und ersuchte im Interesse des erwünschten baldigen Zustandekommens des Gesetzes davon Abstand zu nehmen. Die Partei fühlte sich nicht mehr stark genug, um der Regierung entgegenzutreten und hielt sich zurück. So kam das Gesetz zustande, ohne daß aber diejenigen, für die es bestimmt war, irgend wie darauf hätten verpflichtet werden können.

1) Sten. Prot. 8. Sess. 31. Sitzung, 11. 3. 74.

Noch einmal wagte es Sueß, diesmal bei der Unterrichtsbudgetdebatte, deren Berichterstatter er war, einen kulturkämpferischen Vorstoß. <sup>1)</sup> Er forderte die Regierung auf, die Vorlesungen an der theologischen Fakultät an der Universität zu Innsbruck zu schließen und die Fakultät aufzuheben. Anlaß zu diesem Angriff war nicht so sehr der Umstand, daß 2 Drittel der Hörer Ausländer waren, als vielmehr die Führung der Studien nach den Grundsätzen der Gesellschaft Jesu und nicht nach denen der anderen österreichischen Universitäten. Obgleich die Jesuitenpatres den Staatseid geleistet hatten und auch der Verpflichtung, die österreichische Staatsbürgerschaft zu erwerben, nachgekommen waren, war ihr Dasein einem liberalen Wissenschaftler ein Dorn im Auge. Er stellte sich die Frage, welche Bedeutung es habe, daß in Österreich ein so durch und durch verwerflicher, mit den Grundsätzen der öffentlichen Moral in Widerspruch stehender Orden noch im Besitze einer selbständigen Lehrkanzel eines selbständigen Institutes sein soll, das nichts weniger als ein Tempel des Friedens sei. Letzten Endes waren es nur weltanschauliche Gegensätze, die wieder sichtbar wurden. Er sagte: "Wenn aber jemand schlechtweg behaupten wollte, diese Universität sei nach den Staatsgrundgesetzen einzurichten, so würde er damit sehr wenig getan haben, denn diese Staatsgrundgesetze sind berechnet für Fakultäten, in denen ein anderer Geist weht, als der, der gegenwärtig

---

1) Sten.Prot.8.Sess. 41. Si. 24.3.74.

in der Innsbrucker theologischen Fakultät weht." Er fürchtete von dieser Seite Angriffe auf die akademische Lehr- und Lernfreiheit - die ratio studiorum sagte ihm genug, um als moderner Wissenschaftler dagegen zu sein. Doch er drang diesmal und später mit seinem Antrage nicht durch. Ein Zeichen für den Krebsgang des Einflusses seiner Partei. Das Religionsfondsgesetz, das die Beitragsleistung des kirchlichen Pfründenvermögens zur Abhilfe der kärglichen Lage des niederen Klerus bestimmte, wurde angenommen, indeß das Klostersgesetz, das auch die Frage des Zölibates umfassen sollte, nach einem Sturm des Unwillens im klerikalen Lager in beiden Häusern zwar angenommen, aber vom Kaiser nicht sanktioniert wurde. Es hatte die Neugründung der Orden der staatlichen Aufsicht überlassen und die Klöster unter straf- und polizeigerichtliche Visitation der Staatsbehörden gegeben. Anlässlich der Schlußdebatte darüber kam es zu einem frühen Gegensatz zwischen Sueß und Schönerer. Beide kämpften zwar für die Durchführung der Klostersetze, beide aus freisinnigen Gesichtspunkten, aber doch war ein Unterschied der Motive bemerkbar. Durch das Herrenhaus hatte das Unterrichtsministerium sehr mildernde Artikel einfließen lassen, diese bildeten den Angriffspunkt Schönerers. Er wandte sich gegen den Kultusminister, der in Gefahr sei, heilig gesprochen zu werden: "Ebenso wie man zum Kriegführen 3 mal Geld braucht, braucht man 3 mal einen Falke um den Krieg mit Erfolg zu führen, gegenüber der pfäffischen

Partei. Hier in Österreich stellt sich der Kultusminister selbst an die Spitze der klösterlichen Armee und marschiert gegen uns, gegen die geistig-freisinnigen Interessen der Bevölkerung. Das Hinausblicken wird durch solche Vorgänge nicht geändert, denn Deutschland marschierte von je her in freiheitlicher Richtung in erster Linie an der Spitze der Welt." 1) War hier in der gegnerischen Haltung gegen Kirche und Klerus der nationale Gedanke bei Schönerer schon lebendig, so war er es doch in einer weltanschaulich liberalen Form, die eben zeitbedingt war.

Dagegen suchte Sueß zur Gesetzesbegründung gerade den österreichischen Staatsgedanken hervorzukehren der in seinen Augen durchaus eine liberale Sendung bewahrte: "Wenn ich für dieses Gesetz in seinem ganzen Umfang und in seinen Einzelheiten stimmen werde, so geschieht es nicht, weil mir gewisse Vorgänge außerhalb unserer Reichsgrenze zum Vorbilde dienen, sondern weil ich das Vorbild für dieses Gesetz in der Vergangenheit der österreichischen Legislation selbst finde und weil ich glaube, daß die Regierung diesen Traditionen untreu würde, wenn sie diesem Gesetze Schwierigkeiten machen wollte. Aus den für seine Behauptungen angeführten geschichtlichen Belegen läßt sich die Tendenz erkennen, den österreichischen Liberalismus nicht als westlerisches Kulturprodukt, oder den Kulturkampf als preußische Exportware anzusehen, sondern ihn in seiner Art als konsequente Fortbildung der eigenen

---

1) Sten.Prot. 8. Sess. 187. Sitzung, 21.2.1876.

geschichtlichen Vergangenheit und als Verpflichtung zur Treue sich selbst gegenüber hinzustellen.

Mit dieser Vorlage war die Aktion von Seiten der Regierung zu Ende. Wohl kam es noch bei der Budgetdebatte und bei der Ehegesetzreform zu einem Aufflackern des alten freiheitlichen Willens. Aber seine Äußerungen wurden immer seltener und schwächer. Die Träger der alten josephianischen Ideen räumten allmählich nach 20 Jahren Kampf gegen das Konkordat und seinen Geist den Platz der Jugend, die in der Konkordatszeit aufgewachsen war. Und die österreichische Verwaltungsmaschine tat ihr Übriges, um den Rest liberaler kirchenpolitischer Gesetzgebung möglichst wenig beschwerlich zu machen.

Schulpolitik im Abgeordnetenhaus.

Als Berichterstatter über das Unterrichtsbudget hatte Sueß Jahre hindurch eine nicht leichte parlamentarische, aber auch eine nicht minder politisch bedeutsame Stellung inne, weil sich von ihr aus die Lage der nationalen Kampffronten überblicken ließ. War doch das Schulwesen in seiner Gesamtheit das heiß umstrittenste Gebiet jeglicher völkischer Forderung. Die Situation des Schulwesens war damals folgende: 1) Die Vertreter der nicht deutschen Nationalitäten verlangten die volle Verdrängung des deutschen Schulunterrichtes von der Volksschule bis zur Universität, soweit er auf ihrem Volksboden erteilt wurde. Die Klerikalen standen gegen die liberale Handhabung und die entkonfessionalisierenden Bestrebungen der liberalen Partei, sodaß die Opposition auch in diesem Punkte einig war. Die Deutschen kamen in der Schulfrage aus der Offensive der Reformzeit in die Defensive, was bei ihnen eine verstärkte Reaktion hervorrief, die bei Schönerer zur äußersten Rassenfeindschaft führte. Dazu kam, daß die Forderungen aller Volksstämme und Länder an das Ganze und

---

1) Kollmer, a.a.O. Band 2, S. 343.f.

den Staat stets gesteigert wurden. Mit der Berechtigung der einzelnen Forderungen hatte sich Sueß zu befassen. Zentralistisches Denken war die Tradition der liberalen Partei, die auch auf Sueß überging. Aber nicht nur deshalb trat er gegen jede Sonderbestrebung ein, sondern auch aus einem geistigen Blickpunkt, der keine Völker kannte und dem volklosen Menschheitsgedanken aus rassischer Bedingtheit verschrieben war, die alles einzelvolklich Individuelle im Fortschritt des Ganzen untergehen lassen wollte. Anlässlich der Debatte über eine neu zu gründende Universität, die später in Czernowitz errichtet wurde, sagte er: "Es ist immer eine mißliche Sache, wenn man Wissenschaft und Politik in irgend eine Verbindung miteinander bringt. Denn der Zweck der Wissenschaft ist nicht, die Hebung und Veredelung einer einzelnen Nationalität, sondern die Veredelung des ganzen Menschengeschlechtes." 1)

Oder wenn er als Ziel aller Unterrichtsarbeit im österreichischen Staate Menschheit und Fortschritt erblickt, wird dieselbe Einstellung klar, wenn er sagt: "Ich glaube, daß das wahre Morgenrot des inneren Friedens in Österreich in dem Momente anbrechen wird, in welchem eine größere Anzahl von selbständigen Stämmen vorhanden sein wird, welche den Mut haben, die Interessen der Menschheit, die rein menschlichen Interessen, und die Einfügung des Staates in den großen Strom des europäischen Fortschrittes

---

1) Sten.Prot.8.Sess.42. Sitzung. 26.3.1874.

höher zu halten als einzelne lokale Interessen dieses oder jenes Volksstammes." 1)

Im Sinne seiner Partei wehrte er sich übermäßige polnische Ansprüche ab, und verwarf die Einstellung eines namhaften Betrages für die Errichtung einer technischen Akademie in Lemberg, <sup>hier will er</sup> ~~um es~~ als Druckmittel zu benutzen, <sup>um</sup> die Gesetzgebung über technische Anstalten auch in Galizien, wie es in den anderen Ländern geschehen war, in die Gewalt des Reiches zu bringen, daß die Kosten für die Erhaltung zu tragen hatte. Noch bevor sich die Nationalitätenkämpfe das Parlament zum Schlachtfeld aussuchten, wurde schon eine ständige Steigerung der Ansprüche bemerkbar. Es war oft wirklich nicht leicht zu entscheiden, ob die Forderungen gerecht waren oder nicht. Es konnte sein, daß in einer beispielsweise fast tschechischen Gegend eine deutsche Mittelschule bestand, die von der dünnen deutschen Bürgerschicht reichlich genug beschickt wurde, und die tschechischen Abgeordneten eine tschechische Mittelschule verlangten, auf Grund ihrer Bevölkerungsmajorität, ohne aber eine eigene entsprechende Schülermajorität aufweisen zu können. Ähnliche Forderungen wurden auch den Hochschulen gegenüber gestellt. Sueß trat deshalb gegen den Resolutionsantrag Dr. Fanderliks ein 2) der die Regierung beauftragte, an der technischen Hochschule in Brünn die Gleichberechtigung der tschechischen Landessprache gegenüber der deutschen durchzusetzen, dagegenüber

1) Sten. Prot. 8. Sess. 42. Sitzung, 26. 3. 74.

2) " " " " 43 " 27. 3. 74.

113 deutschen Hörern, nur 36 slavische sie besuchten. Gerech wandte er sich auch gegen die Nationalisierungsbestrebungen in Triest und in den Küstenländern.

Die Taktik der Nationalitäten war die, daß nach Tunlichkeit in den national gefährdeten Gebieten Privatschulen und Schulen auf Kosten des Landes errichtet wurden, die Qualität vernachlässigte, nur das Verlangen nach Quantität befriedigte wurde. Sodann sollte das Reich wenn die Schulen errichtet waren, sie übernehmen und die Mittel für den Unterhalt beschaffen. So erstrebte man schließlich für alle Kronländer eigene Hochschulen. An den kleinlichsten Fragen offenbarte sich das Schicksal und die Problematik des ganzen Staatsbaues. In den Debatten über das Unterrichtsbudget kam es zu Klagen über die Vernachlässigung des ruthenischen Schulunterrichtes durch den galizischen Landtag. Sueß und Herbst ergriffen die Gelegenheit, um gegen die Polen die streng für ihren Teil an der autonomen Regelung der Schulfragen festhielten, im Dienste des zentralistischen Staatsgedankens zu bedauern, daß es in Galizien besondere Sprachen und Schulgesetze gebe, indeß sie für die übrigen Reichsteile einheitlich seien, die mit den Staatsgrundgesetzen nicht übereinstimmten und den Unterrichtsminister der Möglichkeit beraubten, auch nur einen Lehrer dort zu ernennen. Man beantragte eine Resolution,<sup>1)</sup> die für die Ruthenen die Reorganisation des ruthenischen Landesschulrates verlangte, um sie gegen die gänzliche Polonisierung zu schützen, da

1) Sten.Pr.8.Sess.89.Sitzung, 9.12.74.

Regierung und Reichsrat dort jeden Einfluß verloren hatte. Das Abgeordnetenhaus nahm sie an, die Regierung aber brauchte die Stimmen der Polen, so blieb sie unbeachtet.

Des weiteren bemühte sich Sueß in der Budgetdebatte 1874 um die Hochschulen, deren wissenschaftlichen Liberalismus er gegen die Angriffe von klerikaler Seite verteidigen mußte und erwärte sich im Gegensatz zu den meisten seiner Kollegen für die Auflassung des Kollegiangeldes, da es seinen Zweck, die Unterstützung der Privatdozentenschaft, nicht mehr erfüllte, und die ideale Gemeinschaft zwischen Hörern und Lehrern stören mußte. Neben den Gründen die ihm seine Wissenschaftsauffassung zur Hand gab, waren didaktische im gleichen Sinne maßgebend, daß der persönliche Verkehr zwischen Professoren und Studenten, der einem Forscher unbedingt nötig sei, verhindert werde. Er sagte, "es liegt auf der Hand, daß das Kollegiangeld eine Prämie auf möglichst extensiven Unterricht ist, während der innige Kontakt zwischen Lehrer und Lernenden nur bei intensivem Unterricht, d.h. nur in kleinen Kollegien erreicht wird." <sup>1)</sup> Aus seinem Bildungsweg wußte er, daß die künftigen Universitätsprofessoren nicht aus den großen Kollegien, die die Akademisierung des gesamten öffentlichen Lebens bedingte, hervorgehen würden, sondern aus der persönlichen Berührung zwischen Schüler und Professor. Ihm war das alte Ideal der Universität als universitas docentium et discentium im Gegensatz zur neueren Auffassung als universitas litterarum noch nicht ganz verloren.

---

1) Sten.Prot. 8.Sess. 176 Sitzung, 25.1.1876.

Er begründete den Antrag auch politisch. Er stellte mit Bedauern fest, daß der österreichische Nachwuchs für das Lehramt an Hochschulen vollständig fehle, was seinem fortschrittlichen Ehrgeize für die geistige Selbständigkeit des Staates nicht unbedenklich schien, weil die Lehrfreiheit durch die Bestimmung eines festen Gehaltes im Dienste des Staates besser behütet sei und die Fortexistenz des Privatdozententums erst gesichert würde, das allein den Aufstieg des deutschen Universitätswesens ermöglicht habe. Ferner förderte er den Antrag im Interesse der akademischen Lehr- und Lernfreiheit, denn das Kollegiangeld sei eine Einrichtung die das Brotstudium gegenüber den eigentlich gelehrten Studien vorziehe. Er beschwor den Geist Adam Smith's als Vertreters eines allgemeinen freien Verkehrs, der auch in der Wissenschaft zu gelten habe: "Für einen Schutzzoll für Unterricht, für Lehren, für Gedanken kann ich mich niemals begeistern und niemand wird mir einreden, daß man im Sinne Adam Smith's handelt, wenn man von den Studenten Kollegiangelder oder Taxen begehrt." <sup>1)</sup> Aber der Antrag wurde nicht angenommen.

Nach zwei Mal mißlungenem Versuche trachteten die liberalen Parteigänge Dr. Wildauer, Dr. Dittes, und Sueß noch einmal danach, die Schulautonomie Galiziens und des österreichischen Galiziens: Tirol, zu brechen. <sup>2)</sup> Laut Artikel 3 des Staatsgrundgesetzes waren in allen Ländern, außer Galizien, die Ernennung der Direktoren der

1) Sten. Prot. 8. Sess. 176. Sitzung, 25. 1. 1876.

2) " " " 145. " 8. 11. 75.

Staatsgymnasien dem Kaiser, die der Professoren dem Unterrichtsministerium überlassen. Nun wurde laut kaiserlicher Verordnung vom 23.10.1875 bestimmt, daß Galizien unter den gleichen Bedingungen wie die anderen Ländern stünde und der Landesschulrat nur ein Vorschlagsrecht besitze. Die liberalen Abgeordneten brachten einen Antrag wegen Erlassung eines Gesetzes mit ergänzenden Bestimmungen ein. Es handelte sich diesmal nicht um grundsätzliche allgemeine Gesetze, sondern vorzüglich um eine Verwaltungsangelegenheit, die im Interesse des österreichischen Deutschthums und des Staates geregelt werden mußte. In Tirol besaß die Schulaufsicht zum großen Teil der Klerus, in Galizien der Landesschulrat, in beiden Fällen nicht der Staat. Der Gesetzentwurf sollte die Staatshoheit und die Autorität der Reichsgesetzgebung durch nähere Ausführungsbestimmungen festsetzen. Schließlich behielt die Regierung die die Lage im Innern nicht unnütz verschärfen wollte, die zwar weder gegen den Inhalt, noch gegen die Kompetenz des Reichsrates eine Einwendung machte, die Oberhand, indem sie die Beschlußfassung eines solchen Entwurfes als nicht opportun bezeichnete und sich so gegen die letzten leisen Germanisierungstendenzen der abdankenden liberalen Partei wendete. Zur Vervollständigung des Bildes von Sueß muß aber auch gesagt werden, daß er sich selbst gegen den nationalen Abwehrwillen seiner Parteigenossen wenn nötig einsetzte und aus rein fachlichen Rücksichten heraus auch den Schulen nicht deutscher Nationalitäten seine Zugeständnisse

machte. Das beweist sein Antrag auf Übernahme der tschechischen Oberrealschule in Prossnitz in Mähren <sup>1)</sup> durch den Staat, welcher von der Regierung auch angenommen wurde, allerdings bei seinen Parteifreunden einiges Befremden auslöste.

Je weiter die Arbeiten dieser Legislaturperiode vorrückten, desto lässiger zeigte sich die Regierung in der Durchführung der Verfassungsgesetze. Das Parlament begann zu versumpfen, Pressefehden nahmen mit den Zerwürfnissen mit der Regierung zu, in der Majorität entstanden scharfe Gegensätze, die föderalistische und klerikale Opposition fand sich zusammen, um ihren Sturz zu wagen. <sup>2)</sup> Statt den Ausbau der Verfassungsgesetze, <sup>zu befehlen</sup> war die Regierung bestrebt, den Wünschen der Parteien Rechnung zu tragen. Die Initiativanträge häuften sich, ein Zeichen, für die unbefriedigende Arbeit des Parlamentes und die gesteigerten Forderungen der Parteien. Die Fortschrittliche bekundete lebhaft ihren Unmut über den Umschwung der regierenden Kreise, über die Nachgiebigkeit ihres Kabinettes, das auf die Majorität, aus der es stammte, völlig vergaß, was in der Presse der Linken lebhaft Kritik fand. Dieser Streit fand seinen Ausdruck in der Budgetdebatte schon 1876, in der sich Sueß nach Vergleich der parlamentarischen Zustände beim Zusammentritt mit denen seiner Tage scharf gegen die Regierung wandte. <sup>3)</sup>

---

1) Sueß, Erinnerungen, S.270. Sten.Prot.8.Sess.210.Sitzung, 1.12.76

2) Kollmer, a.a.O. Band 2, S.371.

3) Sten.Prot.8.Sess.212. Sitzung, 6.12.76.

Wurde doch schon die Lösung der Balkanfrage allmählich dringend an deren Bewältigung die liberale Regierung stolpern sollte, weil sie die Nachfolge der Partei nicht erzwingen konnte. Suesß erinnerte, wie schwach sich die Regierung den Bischöfen gegenüber gezeigt habe, daß sie zu ihrer Majorität in Gegensatz gekommen sei, daß sie, nachdem es am Schluß des früheren Sessionsabschnittes schon klar war, daß sie nicht über eine sichere Mehrheit verfüge, anscheinend keinen Wert darauf lege, eine solche zu besitzen. In jeder Frage, die den Fortschritt, die Freiheit und eine feste Reichsorganisation betraf, erklärte Suesß, sei die Regierung gegen sie aufgetreten und habe je nach ihrer politischen Absicht bald da bald dort ihre Hilfe gesucht. Damit zeigte sich schon deutlich, ohne freilich den Kern der politischen Wahrheit zu entdecken, daß in der österreichischen Reichshälfte eine parlamentarische Regierung mit einer gesunden Staatsführung unvereinbar war, daß die Volksvertretung nie und nimmer die Regierung führen konnte, sondern umgekehrt die Volksvertretung immer nur Mittel zum Zweck war.

Die gesteigerte Empfindlichkeit der Regierung gegen Kritik war ein gutes Barometer ihrer Stärke. Die Zeitungskonfiskationen häuften sich und die Presszirkulare Glasers, der als Minister vor anderen Notwendigkeiten als ein Parteimann gestellt war, mußte sich gefallen lassen, von Suesß lebhaft beanständet zu werden. Die persönlichen Angriffe nahmen an Zahl und Stärke zu und die

Lage der Mehrheit wurde immer schwieriger, da sie immer nur geben sollte, ohne zu empfangen und die Versprechungen an die Wählerschaft erfüllen zu können. Sie wurde und zwar schicksalhaft zerrieben und von der Regierung zermürbt, ihr immer mehr und mehr abgepreßt, bis sie das Vertrauen der Wähler verlor und ihr politisches Ende fand.

### Ausgleich und Berliner Vertrag.

Der österreichisch-ungarische Ausgleich des Jahres 1867, der nach zehn Jahren stets erneuert werden mußte, stand zum ersten Mal vor dieser Staatsnotwendigkeit. Es zeigte sich, daß dieses durch die Notlage des ganzen Reiches geschaffene Verhältnis von österreichischer Seite als ungebührliche Belastung angesehen wurde. Obendrein stellte Ungarn neue Forderungen betreffs der Organisation der gemeinsamen Bank, ihrer Staatsschuld, der Steuererhöhung auf Petroleum und der Zollrestitution. <sup>1)</sup> Der erste Widerstand machte sich schon am 25.6.76 bemerkbar als die Bedingungen für die Erneuerung des Ausgleichs bekannt wurden, denen allerdings mehr außenpolitische Bedeutung anlässlich der Zusammenkunft des Kaisers mit dem Zaren in Reichstadt am 8.7.1876 zukamen. Denn die Verhandlungen verzögerten sich bis in das Jahr 78. Gegen die Drohungen

1) Kolthmer, a.a.O. Bd.2, S.385.

der Ungarn mit der Personalunion, die nicht ernst genommen wurden, verlangte die Verfassungspartei der österreichischen Reichshälfte vor allem die Erhaltung einer einheitlichen Nationalbank gegen die Meldungen über die Schaffung einer dualistischen Bank und die Verringerung der Armee, um das Gleichgewicht im Haushalt herzustellen. Unglücklich war die Verquickung dieser beiden Forderungen, weil letztere den heftigsten Widerstand der Krone finden mußte, angesichts der außenpolitischen Wirren. Da die Partei ohnedies auf das Ministerium Auersperg wegen der Samseligkeit im Fortgang der kirchenpolitischen Gesetzgebung verstimmt war, verschärfte sich die Gegnerschaft der Partei als jene in der Bankfrage eine nachgiebige Haltung zeigte. 1)

Aber nicht nur von ungarischer Seite war man auf Lockerung der Beziehungen zur österreichischen Reichshälfte bedacht, auch diesseits der Leitha machten sich ähnliche Absichten bemerkbar. Gegen diese Strömungen fand sich Sueß mit dem Ministerpräsidenten Graf Auersperg sofort zusammen, als Abgeordneter Dr. Sturm einen Resolutionsantrag betreff der Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten einbrachte 2), der darauf abzielte, daß das dem Reichsrat zuständige Gesetzgebungsrecht in den gemeinsamen Angelegenheiten unmittelbar von ihm selbst, ohne Entsendung der Delegationen ausgeübt werde und die Vorbe-

---

1) N.österr. Biogr. Band 1, E. v. Plener, E. Sueß.

2) Sten. Prot. 8. Sess. 257. Sitzung 17.5.1877.

ratungen von Kommissionen des österreichischen Reichsrates getroffen werden sollten, was eine Verstärkung der Stellung des Parlamentes und eine neuerliche Schwächung der Reichseinheit durch die Abschaffung des letzten Restes der gemeinsamen Reichsvertretung bedeutet hätte: Jener Delegationen, die aus dem erweiterten Reichsrat der schließlich gespalten wurde, übrig geblieben waren. Sueß verfocht auch gegen seine eigene Partei die Aufrechterhaltung der Einheit der Monarchie, wie er sich gegen die Vermengung von staatsrechtlichen und wirtschaftlichen Fragen wandte, die bei der Ausgleichsverhandlung durchaus im Vordergrunde standen. Die Folge seiner Haltung war ein Presse Sturm gegen ihn, Wählerversammlungen wurden in seinem Wahlbezirke gegen ihn aufgezo-gen und seine persönlichen Freunde wurden ihm un-sicher. Das erweiterte aber die Spaltung nur noch mehr. Sueß, der sonst in der Oppositionsfraktion innerhalb der Verfassungspartei stehend in grundlegenden Fragen mit dem Fortschrittklub ging, verharrte gegenwärtig in einer betont gegnerischen Haltung gegenüber Pleners Fraktion, die in einigen Hauptpunkten Widerspruch erhob. Der Streit überhitzte die Gemüter besonders um zwei Punkte: 1. Um die Bankorganisation und insbesondere um das Recht der beiden Regierungen, die Vizegouverneure der Bank zu ernennen, worin Plener ein Überwiegen des ungarischen Einflusses in die Bankleitung erblickte. Sueß erklärte sich dafür, ebenso wie für die geänderte Berechnung der

Verzehrungssteuerrückstellung für exportierte Waren, welche fortan beide Reichsteile nach dem Ertrag der Zucker-, Bier- und Branntweinsteuer in jedem einzelnen Staatsgebiete und nicht mehr nach dem Quotenverhältnis belasten sollte, wodurch Ungarn eine erhebliche Erleichterung erfuhr, was man in Österreich als Mehrbelastung empfand. Der Rückersatz der Steuern erfolgte bisher aus den Zolleinnahmen, die ein gemeinsames Aktivum waren. Ungarn das keine Zuckerindustrie besaß, mußte 30 % der Steuerrestitution leisten, was es als Ungerechtigkeit empfand, aber österreichischer Seite umso weniger als der Ausgleich zur Genüge andere Vorteile den Ungarn bot. Die Besteuerungsgrundlage von 1866 nach dem Gewicht der verarbeiteten Zuckerrüben hatte sich seither verschoben. Der Zuckerertrag aus gleichen Mengen hatte sich durch neue Verfahren erhöht und obwohl der Konsum dauernd stieg, war der Steuerertrag gesunken. Die Restitution wurde für den Export nach altem Maße berechnet - eine geringe Rübenmenge wurde versteuert, aber die volle Steuer rückersetzt - sodaß eine große Exportprämie und dadurch eine große Ausfuhrsteigerung entstand. Der Nettoertrag der Zuckersteuer verwandelte sich aus einem Millionenaktivum in ein Passivum. Der ausfallende Ertrag kam den Fabriken zu, die bis zu 60 % des Kapitals abwarfen. Die Reform war also eine durchaus gerechte Neuregelung gegen die kapitalistische Ausbeutung des Staates und der Bevölkerung. Ähnlich war die Lage in der Branntweinerzeugung.

Sueß errang einen parlamentarischen Sieg. Die Neuregelung wurde beschlossen und die Zukunft zeigte, daß sowohl in dieser Angelegenheit die vorausgesetzten Befürchtungen nicht eintrafen, wie auch die Selbständigkeit der Bank gewahrt blieb. Die Erfahrung gab Sueß recht. Der Ausgleich kam auf dieser Grundlage zustande, auch unter dem Druck der außenpolitischen Situation, die die Monarchie in die drohenden Verwicklungen des europäischen Südostens hineinzog.

#### Donauregulierung.

Bei der zweiten Lesung der Regierungsvorlagen zur Ermächtigung des Ministeriums für die Vereinbarung eines Zoll- und Handelsbündnisses mit dem Ministerium der Länder der ungarischen Krone, versuchte Eduard Sueß, unterstützt durch zahlreiche kaufmännische Unternehmungen und Verbände, ein gesamtstaatliches Werk der Regierung zu empfehlen. Das Zustandekommen des Ausgleichs hing von der Annahme dieser sicherlich gemeinsamen Aufgabe nicht ab, aber trotzdem beabsichtigte es eine notwendige wirtschaftliche Verbindung der beiden Reichshälften. Er beantragte die Einberufung einer Kommission innerhalb eines Jahres nach Abschluß des Handelsbündnisses, die über die Beseitigung der in der Donau von der österreichischen Grenze unterhalb Passau bis zum Orte Sibb unter dem Eisernen Tore stehenden Schiffahrtshindernisse beraten und Anträge über die Stromregulierung einbringen sollte.<sup>1)</sup>

1) Sten. Prot. 8. Sess. 324. Sitzung 21.1.78.

Ogleich die Monarchie der größte schiffbare Strom Mitteleuropas als Verkehrsader durchzog und den industrialisierten Westen mit dem agrarischen Osten verband, womit weitgehende Handelsmöglichkeiten bestanden, war doch der Verkehr, der nur Teilstrecken überzog, im Vergleich zu anderen europäischen Strömen, sehr gering. Für den großen Durchgangshandel war er ungeeignet, da an der Sulinamündung, dem Eisernen Tore, durch die Versandungen zwischen Gyonyö und Preßburg, Theben und Fischamend, Wien und Krems und den Grainer Strudel die Schifffahrt behindert war. An der Donauregulierung bei Wien hatte Sueß tätig mitgewirkt. Sein auf Nützlichkeitswerte gerichteter Sinn empfahl ihm den weiteren Ausbau der seiner Auffassung der Monarchie als einer geographischen und wirtschaftlichen Einheit - mochten noch so viele Völker trennende Absichten verfolgen - ganz entsprach, weil ein solcher im Sinne seines Parteiprogrammes die wirtschaftliche Annäherung aller Räume und Teile an den zentralen Mittelpunkt, die Stadt Wien, bringen konnte. In einer ausführlichen Rede brachte er die Zusammenhänge dieser Frage vor das Parlament.

Durch den Pariser Vertrag 1856 wurde die Donau den freien Flüssen zugezählt, also jenen, auf welchen aus dem Titel der Befahrung keine Zölle erhoben werden durften. Von den <sup>zwei</sup> 2 Kommissionen die zur Regelung der Schifffahrt gegründet wurden, erfüllten die internationale ihre Aufgabe: Die Regelung der Mündung ins Schwarze Meer,

die allerdings unter Leitung englischer Ingenieure und zu Ungunsten der Monarchie gelöst wurde, <sup>die</sup> eine Garantie für die Anleihen zur Durchführung der Arbeiten übernommen hatte, da nicht der St. Georgs-Kanal nach dem Gutachten Tegethoffs passierbar gemacht wurde, sondern unter russischem Einfluß der Sulinaarm bevorzugt wurde. Die Uferstaatenkommission blieb untätig. Ihre Aufgabe war die Instandhaltung des Flußlaufes. Die Folge war, daß, weil das Eisene Tor verschlossen blieb, die österr. Schiffe mit den englischen auf der unteren Donau nicht konkurrieren konnten, die dort den ganzen Handel beherrschten. Er wies darauf hin, daß die englische Konkurrenz an einer Öffnung des Eisernen Tores nicht interessiert war und die Konkurrenz der beiden Hauptstädte Wien und Budapest die Regulierung der mittleren Donaustrecke verhinderte, wodurch der ungarische Getreideexport lahmgelegt wurde, weil eine Umladung auf die Eisenbahn die Fracht verteuerte und bewirkte, daß das ungarische Getreide die Abnehmer aus Süddeutschland im Elsaß und in Südfrankreich verlor, die Exportgrenze vom Umschlagsplatz Mannheim nach Nürnberg zurückwich; weil sich die verbilligte Getreideeinfuhr aus Indien durch den Suezkanal nach England bemerkbar machte, wurde die amerikanische Konkurrenz auf das Festland abgedrängt, sodaß "der Mississippi die Donau besiegte" und der österreichisch-ungarische Getreideexport völlig lahmgelegt wurde.

Sueß forderte einen höheren Standpunkt als den

des Konkurrenzneides zwischen Wien und Budapest, weil beide Städte nie einen gesonderten, sondern nur einen gemeinsamen Nutzen genießen könnten. Er verlangte dies zur Durchführung einer möglichst geringen Verkehrsbeschränkung und im Interesse des zentralistisch und geographisch geordneten Staates Österreich-Ungarn. Seiner wirtschaftspolitischen Auffassung lag das amerikanische Vorbild der Vereinigten Staaten sehr nahe. Er pries das Bild der "Großen, freien und arbeitenden Republik jenseits des Ozeans", auf deren Gebiet die Wirtschaft mehr als irgendwo blühe, deren Vorbild nachzueifern er empfahl. Er wurde der Fürsprecher einer großräumigen Wirtschaftspolitik im Dienste des Staates. Er sah in der wirtschaftlichen Verflechtung einen Völkereinkitt, Handel und Verkehr als ein Mittel an, das unzertrennbare Bindungen schaffen können, daß die politischen Sonderbestrebungen, die besonders im Parlamente verfolgt wurden, hinter allgemeinen großen Aufgaben zurückdrängen und die Donaumonarchie unlösbar als Einheit in den allgemeinen Verkehr der Weltteile einfügen sollte. So reichen Beifall Sueß wie gewöhnlich erntete, hatte er doch keinen sichtbaren Erfolg. Die Regierung war gegen die Verwickelung mit den schwebenden Verhandlungen wodurch die Verwirklichung dieser Anregung in die Zukunft verdrängt wurde, sodaß bei dieser Gelegenheit Abg. Dr. Magg über die Schwäche des österreichischen Staatsbaues klagen konnte: "Des Ausgleichs ganzer Jammer faßt mich an."

### Orientfrage.

Der Plan zur Donauregulierung läßt erkennen, daß Sueß durchaus, im unausgesprochenen Gegensatz zu Schönerer, der nach dem Westen und Norden nach Deutschland blickte, vorzüglich nach dem Osten orientiert war und an die Sendung der Monarchie nach Südosten glaubte, deren Tätigkeitsfeld er überhaupt in diesem europäischen Raume fand. Diese Haltung wurde bei der Orientfrage ganz klar. Hier erklimm er die Höhe der parlamentarischen Laufbahn, die ihn der Ministerkandidatur nahebrachte. Er bewies einen Weitblick, der über dem seiner Parteigenossen hinausging, die keinen Sinn für Realpolitik bekundeten. In dieser Frage die nicht nur außenpolitisch überaus unheilschwangere Folgen haben konnte, entfernte er sich ganz von den Mitgliedern der Verfassungspartei, wenn er auch nicht müde wurde, die öffentliche Meinung in seine Richtung zu lenken. Der Unterschied der Einstellung ist seinerseits erklärlich durch die wissenschaftliche Haltung auch in der Politik, seine großen persönlichen politischen und Verwaltungskennntnisse, die er sich durch Reisen im In- und Auslande erworben hatte. Schon 1867 hatte er anlässlich einer Reise auf dem Balkan die geopolitische Notwendigkeit, das Gebiet Bosniens einzuverleiben, erkannt, um einen vierten schützenden Eckpfeiler um das zentral gelegene Wiener Becken zu gewinnen, der neben den bereits bestehenden natürlichen Bastionen Tirols, Böhmens und des Karpathenbogens

den Raum der Monarchie abrunden sollte.

Am 21. Oktober 1876 reichten Mitglieder der Verfassungspartei unter Führung Dr. Herbst's eine Interpellation an die Regierung ein <sup>1)</sup>, mit der Frage, ob die Regierung Einfluß auf die Führung der auswärtigen Angelegenheiten ergriffen habe und in welcher Richtung und ob die Regierung die Verantwortung übernehme. Dann 2. ob sie den Einfluß dahin ausgewertet habe, daß bei einem etwaigen Kriege Österreich-Ungarn davon verschont bleibe und jedes Streben nach Erwerb fremder Gebiete zurückgehalten werde. Diese Interpellation war noch von Sueß mitunterzeichnet. Er hielt die Parteilolidarität aufrecht, solange die Lage noch ungeklärt war. Die Erwiderung des Fürsten Auersperg enthielt die versteckte Warnung: "Daß der Herr Minister des Äußeren entschlossen ist, sich weder durch Manifestationen kriegerischer Natur, noch durch Kundgebungen, welche die Kraft und das Ansehen der Monarchie möglicherweise schädigen könnten, von der jetzt festgehaltenen Richtung abdrängen zu lassen." <sup>n</sup> Zugleich beantwortete er, daß die Regierung keinen verfassungsrechtlichen Einfluß auf die Führung der auswärtigen Angelegenheiten besitze. Das war nun eine ganz deutliche Warnung an die Partei, die betont kritische Haltung der letzten Jahre an den Arbeiten der Regierung fahren zu lassen und dem außenpolitischen Kurs kein Hindernis zu bereiten.

---

1) Sten. Prot. 8. Sess. 324. Sitzung, 21.1.1878.

Sie ließ sich aber nicht einschüchtern. Die gedanklichen Hintergründe ihres Verhaltens waren vor allem die Befürchtung einer Vermehrung des slavischen Bevölkerungsanteiles in der Monarchie und die Scheu vor andauernden finanziellen Unkosten, die aus dem Unternehmen erwachsen und naturgemäß die österreichische Reichshälfte mehr belasten mußten, als die ungarische.

Juni 1876 verlangte Serbien in einem Ultimatum die Unterstellung Bosniens unter Serbien und der Herzegowina unter Montenegro. Es folgte die Konvention von Reichsstadt. Es kam zum Krieg, die Serben wurden von den Türken geschlagen. 1877 überschritt das russische Heer die untere Donau und der südliche Balkan war gefährdet, ganz unter russischen Einfluß zu geraten, Plewna fiel, Serben, Montenegriner und Griechen suchten ihren Teil. Die Russen standen vor Konstantinopel. Die Türkei schloß am 3.3.78 den Präliminarfrieden von San Stefano. Im Innern Österreichs zeigte sich ein Zwiespalt. Die österreichische Hälfte war gegen, die ungarische Reichshälfte für einen Krieg mit Russland, nicht zuletzt aus Revanchegelüsten und drängte Andrassy zur Rache für Vilagos, der noch eine friedliche Regelung als möglich erkannte. Die Machtverhältnisse hatten sich dadurch derart verschoben, daß im europäischen Interesse zum Berliner Kongress eingeladen wurde. Andrassy wollte sich für sein Auftreten in Berlin - das vollste Vertrauen des Kaisers besaß er - eine starke parlamentarische Rückendeckung sichern. 1) Er hatte vor allem in der

1) Wertheimer: Graf Julius Andrassy, Band 3, S.102 f.

österreichischen Reichshälfte einem außenpolitischen Pessimismus entgegenzutreten. Die Verhältnisse auf dem Balkan waren für die Ansprüche der Monarchie günstig. Ebenso war die Stimmung der europäischen Großmächte. Trotzdem wollte er seine Politik nicht allein auf das Wohlwollen fremder Mächte stützen, sondern auf eigene innere Kräfte, weil vor allem ein unbegründeter Pessimismus, daß man sich Rußland auf Gnade oder Ungnade ergeben müsse, Deutschland abhalten werde, für Österreich einzutreten, daß sich mit jener Macht werde abfinden müssen und können, wenn ihr später oder jetzt der Orient zufalle.

Er verlangte die Votierung von 100 Millionen Gulden, die eine Erklärung sein sollten, daß man entschlossen sei, für eine den österreichischen Interessen entsprechende Lösung entschieden einzutreten. Österreich-Ungarn können nur als Großmacht existieren, müsse sich also gegen eine Lösung der Orientfrage im slavisch-russischen Sinne mit Hilfe Englands wenden. Vor der Existenzfrage müsse alles andere zurücktreten. Das waren die Beweggründe Andrassy's. Er wollte jedenfalls, um einen Krieg zu vermeiden, in Berlin mit der Ermächtigung in der Tasche erscheinen, wenn nötig auch die Waffen entscheiden lassen zu können.

Um den inneren Widerstand abzuschwächen gab Andrassy so weit nach, im März 1878 von den Delegationen nur einen verminderten Kredit von 60 Millionen Gulden zu verlangen, den ihm aber ein Teil der deutschen Ver-

fassungspartei unter Führung Dr. Herbst's versagte, die sich bei einer vertraulichen Konferenz in Andrassy's Palais stillschweigend entfernte, um einer Entscheidung zu entgehen. Herbst intrigierte mit Verbissenheit in den Delegationssitzungen gegen die Bewilligung.

Nur Eduard Sueß trat mit einer geringen Anzahl von Parteigenossen für die Bewilligung ein. Schon im Dezember 1877 als die politische Lage in Südosteuropa noch unentschieden war, entschied sich Eduard Sueß öffentlich in der Delegationssitzung für die Politik Andrassy's. <sup>1)</sup> Er gab an Hand der englischen Blaubücher eine Darstellung der Entwicklung der Zustände in der letzten Zeit und fand sich mit der Absicht Andrassys zusammen, den russischen Einfluß an der unteren Donau und südlich der Donaumündungen nicht zu stark werden zu lassen. Er dankte Andrassy dafür, daß er den Antrag des russischen Generals Sumarakoff, der mit Vorschlägen über die Aufteilung des türkischen Besitzes nach Wien gekommen war, zurückgewiesen habe und die Erwerbung Bosniens gegen die Abtretung Bulgariens an Rußland nicht angenommen habe. Er warnte von der russischen Versprechungspolitik und der Versicherung russischer Uneigennützigkeit. Denn es handle sich, wenn auch nicht gerade um Konstantinopel so doch darum, wie viel Schritte man Konstantinopel näher komme. Andrassy sehr erfreut, auch von deutscher Seite eine freundliche Stimme zu hören, weil dies für das Verhältnis

1) Sten.Prot.d.Deleg.d.Reichsr.10.Sess.2.Sitzung,12.12.77.

zum deutschen Reiche nicht unbedeutend war, wandte sich gegen die Beschuldigungstaktik der übrigen Mitglieder der Verfassungspartei, daß er eine Politik von Fall zu Fall betreibe, weil sie kurzsichtigen Augen noch undurchsichtbar sei. Hatte sich Sueß allerdings noch unter dem Vorbehalt der Nichtbesetzung Bosniens durch österreichische Truppen zur Außenpolitik Andrassy's bereits ein positives Verhältnis gefunden, so setzte er sich restlos dafür ein, als es sich um die endgültige Bewilligung des Kredites handelte, mit dem der Außenminister in Berlin erscheinen wollte. Nicht zuletzt ihm ist es zu verdanken, daß die Außenpolitik der Monarchie innenpolitisch nicht Schiffbruch erlitt, wenn auch die Haltung der Parteimajorität unbeabsichtigte Folgen nach sich zog.

Sueß sprach am 21.3.78 als Generalredner für die Gewährung des Kredites, nachdem Andrassy sich gegen die falschen Suppositionen von Seiten der Gegner verteidigt hatte, daß dessen Zweck die Kriegsrüstung sei. Er hatte erklärt: Der Moment des Friedensschlusses war es, für den die Einflußnahme der Monarchie vorbehalten werden mußte. Weder die Feindseligkeit gegen irgend eine Macht, noch eine leere Demonstration sei die Absicht des Beginnens sondern die, im Falle der Not das Geeignete sofort vorkehren zu können. Denn es handle sich einzig um die Großmachtstellung Österreich-Ungarns. Dr. Herbst, sonst ein enger Parteifreund, sprach als Generalredner gegen die Ausschußanträge und zwar mit parlamentarischer Engstirnigkeit

ohne Verständnis für das Wesen der Politik als Machtbehauptung ~~und~~ Erweiterung gegen die Anektierung Bosniens und der Herzegowina.

Sueß rollte mit ciceronianischer Beredsamkeit die orientalische Frage in ihrem ganzen Umfange auf, <sup>1)</sup> die ihm aus der wissenschaftlichen und politischen Beschäftigung klarer war als anderen und lehnte sich an den englischen Standpunkt an, welcher in diesem Falle dem Österreich-Ungarns nahe war. Er verfolgte den Gang der russischen Politik in Bezug auf ihre Absichten gegenüber der Türkei und Österreich-Ungarn an Hand der Geschichte mit einer Schärfe, die einen Historiker Ehre gemacht hätte. Insbesondere verwies er auf die gemeinsamen Interessen Österreichs und Englands in der europäischen Türkei und bewies dies aus dem Ausspruch Lord Ellenboroughs nach dem Frieden von Adrianopel 1829: "Die Türkei besteht nicht zum Wohle der Türken, sondern zum Wohle Europas und nicht um die Mohammedaner im Besitze der Macht zu erhalten, sondern um die Christen vor einem Krieg zu bewahren, dessen Objekt weder definiert, noch dessen Ausdehnung oder Dauer berechnet werden könne." Er zitierte Lord Palmerston, der 25 Jahre später erklärt hatte: "Die wirkliche Frage ist nicht, was Sie im türkischen Reiche etabliert sehen möchten, sondern was Sie entschlossen sind, sich nicht etablieren zu lassen: Nicht was sein möchte, sondern was im Interesse von Europa nicht sein soll: Die Übertragung dieser Länder

---

1) Sten.Prot.d.Deleg.d.Reichsr.10.Sess.7.Sitzung;27.3.78.

unter das Szepter Russlands." Er kritisierte die seit 1867 schwankende Haltung der österreichischen Politik gegenüber der wachsenden slavischen Bewegung, die durch das Ausscheiden Österreichs aus dem Reich erst einen Ansatzpunkt gefunden habe und welcher unter dem Namen einer konfessionellen Strömung russische Vorteile befördere, indem sie nationale Bewegungen mit rein kirchlichen vollkommen vermenge und erkläre, daß außerhalb der orthodoxen Kirche die natürlich unter russischem Einfluß stehe, eine slavische Organisation überhaupt nicht möglich sei. Die allgemeine Richtung der russischen Diplomatie sei, vor einem Kriege zu suchen, daß ihr von Europa Vollmacht gegen die Türkei gegeben werde, daß nach einem solchen aber, Europa nach Tunlichkeit ausgeschaltet werde. Das Streben Russlands ziele also eindeutig auf die Erschütterung der Türkei ab, deren Völkergerölle keine feste Staatsorganisation gefunden und im letzten Jahrhundert ertragen habe. Bedeutend ist seine Ansicht, daß Österreich als Organisator dieses Teiles der europäischen Landkarte mehr geeignet sei, aus den Erfahrungen eines Vielvölkerstaates als das national und religiös geeinte Rußland.

Freilich schränkte er diesen utopischen Machtgedanken nach dem vorläufigen Interesse Österreichs ein, daß durchaus nur im Donautale liege. Die Donau sei die Linie des Gravitätsgesetzes des österreichischen Staates, der sich um die Exportmöglichkeiten an die unteren Donauländer offenzuhalten nur auf die Aufrechterhaltung der



friedlichen Beziehungen mit den betroffenen Gebieten ohne solche zu erwerben dringen müsse. An der Sulina lägen keine österreichischen Handelsinteressen, wohl aber zwischen Sulina und dem Eisernen Tor, dessen völlige Übergabe bis zu den Felsengen von Addakaleh an Österreich er bei dieser Gelegenheit anregte, um endlich die Regulierung des Eisernen Tores freimachen zu können. Sich selbst getreu und seinem Bestreben immer Begründungen im Allgemeinen geltend zu machen, verwies er darauf, daß Österreich nicht nur eigene, sondern ebenso sehr europäische Interessen im Donautale zu wahren habe. Er fühlte schon deutlich den immer steigenden Gegensatz zwischen diesem Staate und Rußland, daß bei steigender Erschließung durch Wirtschaftspolitik und Verkehr, eine größere Machtzunahme erfahre, als andere Staaten unter ähnlichen Voraussetzungen, dessen Ansprüche daher zu einem späteren Zeitpunkt nur umso schwerer zurückgewiesen werden könnten. Über die Tagespolitik hinaus erblickte er als einer der ersten deutsch-liberalen Parlamentarier das werdende Übergewicht Rußlands am Balkan und den naturgegebenen Gegensatz zu Österreich, daß ohne die offene Donaumündung lebensunfähig sei. Dieser Gesichtspunkt war es auch, der ihm später veranlaßte, den Dreibund lebhaft zu begrüßen. Es stand ihm die Fragwürdigkeit des Verhältnisses der beiden anrainenden Großmächte nicht als genährter oder künstlich geschaffener Gegensatz, sondern als geschichtlich gewachsen vor Augen, dessen Auswirkung bei Zeiten zum Vorteil Österreichs vorausbedacht und gelenkt

werden müsse. Er bezeichnete es als die größte Aufgabe zu der der Donaustaat seit je berufen wurde und die nun gelöst werden müsse, das europäische Vormachtstreben Rußlands zu hemmen und zurückzuweisen, dessen nächstes wenn auch nicht unmittelbares Ziel die Verkürzung der Monarchie sei. Dem Verlangen nach dem offenen Meere müssen dauernde Grenzen gesetzt werden. Vor allem sei der Geist einzudämmen, der die Grenzen bespüle, ja bereits unterspüle. Er erklärte die Problemlage, in der sich der österreichische Staat befand, wenn sich Rußland im Dienste panslavistischer Gedanken vor den Völkern des Staates als nationaler Befreier aufspiele. Umso widersinniger fand er deshalb die Haltung seiner Parteigenossen, die mit halbem Herzen Politik betrieben, indem sie ihr Vertrauen zur Regierung nicht durch schnelle Bewilligung der Summe beweisen wollten, noch auf den Mut aufbrächten, dem Minister des Äußeren ihr Vertrauen gänzlich zu entziehen. Psychologisch erklärt der Satz: "Im Kredit zeigt sich nicht nur das Vertrauen zum Minister, sondern zu uns selbst," daß bei den Deutschen der Monarchie seit 1866 schon eine leise Resignation Platz griff, sowohl in der Besorgnis ihrer Stellung in der Monarchie, als die Monarchie überhaupt nicht mehr halten zu können. Sueß der den Zweibund vorausahnte, glaubte noch daran, ja daß der Kongress ein neues System der orientalischen Politik einleiten werde, der das Übergewicht Österreichs auf dem Balkan begründe. Darum schloßer: "Wir wollen, daß Österreich

ein entscheidendes Wort auf den Kongress spreche und nicht daß unser Minister des Äußern als Baum dort erscheine, der seiner Wurzel nicht sicher ist."

Andrassy konnte mit dem Kredit am Konferenzfisch in Berlin erscheinen. Herbst und sein Anhang hatten aber nichts dazu getan und seine Isolierungspolitik gegen Rußland nicht begriffen, und verharren noch lange nach vollzogener Tatsache der Besetzung - am 29. Juli begann Philippovich mit der Okkupation - in trotziger Opposition. Andrassy wurde im Spätherbst beim Zusammentritt der Parlamente nach einem so bedeutenden sichtbaren außenpolitischen Erfolg nicht als Triumphtor empfangen, weil ihm gerade die Parteien, auf welche er sich bis dahin gestützt hatte, grollten, was ihm aber insofern angenehm war, als dadurch die europäische Auffassung begünstigt wurde, England und Deutschlands Haltung hätten den Ausschlag zum Nachteil Rußlands gegeben. <sup>1)</sup> Man sah kleinlich genug in ihm nur den Mann, der die Monarchie in kostspielige Abenteuer gestürzt, ihr riesige Unkosten aufgehalst und eine dauernde Kriegsgefahr in Rußland heraufbeschworen habe. Die Okkupation war allerdings ein kostspieliges Unternehmen geworden. Niemand aber wollte einsehen, daß Bosnien durch Serbien und Montenegro von der Türkei abgeschnitten, bald an diese Staaten gefallen wäre und den russischen Drang zum offenem Meer, den Weg an die Adria geöffnet hätte.

1) Wertheimer, a.a.O. Bd.3, S.164.

Sueß sagt: "Mit Bedauern muß ich eingestehen, daß diese Tatsache damals wenig Verständnis fand und daß, wenn auch formale Einwendungen da und dort vorgeschoben wurden, doch in der endgültigen Beurteilung die nationale Stellung der Parteien maßgebend gewesen ist. Ein großer Teil der Magyaren und der größere Teil der liberalen Deutschen war gegen die Okkupation, weil die slavische Quote der Bevölkerung sich vermehrte, die Slaven aber aus demselben Grunde dafür. Bei den Polen meldete sich die alte Feindschaft gegen Rußland. Meiner Freunde und meine Meinung war, daß eine Partei, die in einer so schwierigen Zeit innerlich nicht stark genug war, um ihre Sonderinteressen dem offenbaren Bedürfnis des Staates unterzuordnen, damit den Anspruch auf politische Führung verliere." 1) Der unfreiwillige Verzicht auf diesen Anspruch war auch das tatsächliche Ergebnis. Die liberale Partei behielt unter Führung Herbst's die blinde Gegnerschaft gegen Andrassy's Politik bei, auch als die Okkupation schon Vergangenheit wurde. Die Spaltung in ihr kam an dieser Frage, die die Gesetzgebung des Parlamentes noch länger beanspruchte, jeweils wieder zum Vorschein. Andrassy hatte vorher gehofft, daß seine Politik kein Gegenstand der Beratungen des Reichsrates sein werde, da dafür die Delegationen kompetent seien. 2) Darin täuschte er sich aber. Herbst war zur äußersten

---

1) Sueß. Erinnerungen, S. 281.

2) Wertheimer, a.a.O. Bd. 3, S. 166.

Gegnerschaft erbittert, weil er die Okkupation nicht hatte verhindern können. Zur Sühne dafür verlangte er die Vorlage des Berliner Vertrages im Reichsrate, um Andrassy's Sturz zu erreichen, wenn er schon nicht mehr die Aufgabe der Okkupation durchsetzen konnte. Herbst übersah aber, daß er dadurch die gesetzlichen Grundlagen zur Billigung der Okkupation schuf. Andrassy antwortete mit der Einberufung der Delegationen am 7. Nov., um den Reichsrat unter das Votum der ihm durch die Zusammensetzung sicheren Körperschaft zu beugen. Und durch die Bewilligung der Okkupationsgelder eine *Fait accompli* zu schaffen, dem sich auch der Reichsrat und Herbst fügen mußte. Sueß und Plener konnten der auf weite Sicht verderblichen Politik Herbst's nicht anders entgegen<sup>zutreten</sup>, als durch ihren Zusammenhalt mit der Regierung. Ein Kompromiß war nicht möglich, weil Herbst allen Ernstes Andrassy stürzen wollte, weshalb er im Budgetausschuß sich weigerte, auf die Nachtragsforderungen zum 60 Mill. Kredit einzugehen, was des Kaisers Entrüstung über die Herbst'sche Clique bewirkte und ihr für alle Zeit sein Vertrauen entzog und die unbeabsichtigte Wirkung hervorbrachte, daß er sich nach neuen parlamentarischen Regierungsgrundlagen umsah, wodurch die Verfassungspartei ausgeschaltet wurde. Mit der Bewilligung der nötigen Mittel hatte Andrassy aber schon gesiegt.

Als der Vertrag im Abgeordnetenhaus vorgelegt wurde, was nach Andrassy's Absicht nur zur Kenntnisnahme

und nicht zur entscheidenden Annahme oder Ablehnung geschehen sollte,<sup>1)</sup> wurden drei Anträge eingebracht: Einer auf verfassungsmäßige Genehmigung, einer Herbst auf Genehmigung unter gegebenen Umständen und einer der die Ablehnung enthielt. Sueß erhielt als Gewährsmann der Regierung die Berichterstattung. Vom 10.12.78 bis 27.1.79 dauerten die Redekämpfe für und wider. Nach einer vorherigen nochmaligen Bemühung Andrassys um die maßgebenden deutschen Abgeordneten, die seine Politik mißbilligten, aber keinen besseren Weg wußten, sah sich die liberale Regierung Auersperg in der sonderbaren Lage - es war bereits das Situationsbild aus der Ära Taaffe - die Bundesgenossenschaft ihrer bisher schärfsten Feinde eines Greuter, Weiss und Starckenfels zu suchen. Als beredter Anwalt setzte sich Sueß für den Minister des Äußeren ein, nachdem schon Plener, Dr. Herbst mit Recht vorwarf, daß in ihm die konstitutivelle Doktrin mehr ausgebildet sei, als der Blick eines Realpolitikers, in der selben Absicht gewirkt hatte. Es gehörte gewiß Mut dazu, gegen Herbsts Parteiterrör offen von der Ansicht ihres Führers abzurücken. Er bewies aber damit die Höhe seiner staatsmännischen Erkenntnis, die von Beginn der orientalischen Wirren an sich der Notwendigkeit einer aktiven Politik bewußt war und die Machtstellung im Orient aufrecht zu erhalten. Er wies Herbst darauf hin<sup>2)</sup>

1) Wertheimer, a.a.O., Band 3, S.180.

2) Sten. Prot. d.Reichsrates, 8.Sess.421. Sitzung, 27.1.79.

daß ihm der Staatsvoranschlag mehr gelte, als die Landkarte, welche Art von politischer Betrachtung der liberalen Partei überhaupt zu eigen war. Er, Sueß habe sich für die Landkarte entschieden. Denn eine Einsichtnahme zeige, daß die Sicherheit Österreichs dies verlange. Er verglich das Aufgeben des politischen Einflusses im Orient mit einer dauernden und unheilbaren Krankheit, an der der Staat zugrunde gehen müsse, legte nochmals die handelspolitischen Gründe dar, wie die Donau den österreichischen Abzugskanal bilde und betonte die allgemeinen europäischen Gründe, die die Monarchie zur Behauptung der so eben errungenen Stellung drängten, insbesondere, daß das lange isolierte Österreich, gestützt auf die Interessen Englands im Orient mit ihm Hand in Hand Politik betreiben könne und mit Hilfe der Rückendeckung des deutschen Reiches aus seiner Einsamkeit herausgetreten sei. Er empfand es als Zeichen der Gesundung des Staates, im Gegensatz zu Herbst, daß der Habsburgerstaat nach dauernden Verlusten an Besitz und Ansehen und Ansprüchen in Italien und Deutschland endlich einen entscheidenden Erwerb getan habe, der für die Zukunft richtunggebend sei.

Bei seiner durchaus auch in politischen Dingen liberal-wissenschaftlichen Denkweise nimmt es nicht wunder, auch in diesem Sinne eine Begründung zu erhalten, die mehr als charakteristisch ist: "Für den Naturforscher ist der Fortschritt nicht eine Parteisache, sondern er ist die Sache

eines Naturgesetzes und es sieht der Naturforscher, wenn er den Gang der Geschichte im Großen von seinem Standpunkt zu betrachten sucht, wie an der ungemessenen Vermehrung physischer und geistiger Kommunikation eine Art öffentlicher Meinung entstanden ist, die hoch über dem steht, was man gewöhnlich mit diesem Worte zu bezeichnen pflegt, und welches sich richtiger ausdrücken ließe mit dem Worte Humanismus. Der Naturforscher sieht nun in dem was auf der Balkanhalbinsel vorgeht zwei Erscheinungen: zuerst das berechtigte Ringen einer Anzahl gesunder Volksstämme nach einem menschenwürdigen Dasein und zweitens den Mißbrauch dieser Bestrebungen von einer anderen Macht." Österreich handelte also auch im Auftrage der Wissenschaft, wenn es die Rolle des Völkerbefreiers übernehme und im Namen der Zivilisation seine Truppen habe marschieren lassen. Er stellte den Antrag auf verfassungsmäßige Genehmigung. Am selben Tage wurde er noch angenommen. Darüber zerfiel die Partei. 112 Abgeordnete hatten mit Herbst gegen, 42 mit Sueß und Plener für die Annahme des Vertrages gestimmt, welche Splittergruppe fortan den Spottnamen der "Bosnischen Linken" erhielt, weil sie auch in den weiteren Parlamentstagungen noch bemerkbar machte. Die sichtbare äußerliche Spaltung war der Anfang des Endes der Machtstellung der Verfassungspartei.

Hatte Andrassy aus der Rede Sueß's und der Beobachtung, daß die Polemik Herbst's gegen ihn immer weniger Eindruck machte, auf eine Wandlung zur Besserung

im Reichsrat geschlossen, so hatte sich trotzdem das Abgeordnetenhaus in seiner bisherigen Zusammensetzung abgelebt. Die Unfähigkeit und Uneinigkeit der liberalen Partei, die Regierung zu stützen, war erwiesen. Schon die Tatsache, daß ihre hervorragendsten Vertreter, Herbst und Sueß, beide im politischen Denken vom zentralistischen österreichischen Reichsgedanken ausgehend, zu so entgegengesetzten Ansichten und Forderungen gelangen konnten, zeugte für den Fortschritt der Zersetzung.

Ministerium Taaffe. Bosnienfrage. Schulkämpfe.

Der erste direkt gewählte Reichsrat, beherrscht von der Majorität der liberalen Verfassungspartei, hatte sich in fruchtloser Opposition verloren, sodaß Parlament und Regierung in ihrer Zusammensetzung das Vertrauen des Kaisers verloren und fallen gelassen wurden. Voraussichtlich brachte das neue Parlament großen Wechsel mit sich. Die Krone erstrebte den Wiedereintritt der Tschechen in das Abgeordnetenhaus, was eine Änderung der Stimmenverhältnisse mit sich bringen mußte. Man beabsichtigte nunmehr nach einem außenpolitischen Erfolge auch im Innern eine größere Harmonie zu erreichen. 1)

Am 15.2.79 wurde Taaffe als der kommende Ministerpräsident zum Innenminister des Interimskabinettes Stremayer bestellt. So lag die Wahlvorbereitung in seiner Hand. Die deutsch-liberale Partei, lehnte es schroff ab, an einem Ministerium, daß Taaffe nach dem Wunsche Andrassy's aus Beamten und liberalen Abgeordneten zu bilden beabsichtigte, teilzunehmen. Sie hielt sich stark genug, den slavischen und feudalen Gegnern die Spitze zu bieten. Während aber die Reihen der Rechten sich enger schlossen dauerte die offene Fehde der deutschen Gruppen fort. Die Verfassungspartei hatte in der Ära Auersperg an Anhang in der Bevölkerung verloren und die Folgen der politischen

1) Kollmer, a.a.O. Bd.3, S.1.

und wirtschaftlichen Erschütterung schwer empfunden. Sie überschätzte ihre Kraft, indes sie immer mehr zersplitterte. Ihr linker Flügel verlangte die Umwandlung der Verfassungspartei in eine deutsch-nationale und gab damit die Erhaltung des alten Einheitsprogrammes auf. Ihr rechter Flügel fürchtete den Nationalismus und begann gleichzeitig den Liberalismus beim Wettlauf um die Regierungsfähigkeit zu verleugnen. Die deutsch klerikalen und Wiener Demokraten fielen der Verfassungspartei in den Rücken. <sup>1)</sup> Uneinig ging sie in den Wahlkampf. Das Wahlprogramm vom April 1878 vereinigte wohl noch die Partei, aber sogleich zerfiel die geplante Koalition. Der Klub der Linken veröffentlichte eine Erklärung Sueß's, in welcher die Orientpolitik der Regierung nach Vollzug der Okkupation gebilligt wurde, gleichzeitig aber versprach, für eine Verminderung der Heereskosten einzustehen. Das war ein letzter Nachklang des Streites über die Kosten der Okkupation, die die Gegnerschaft der Krone erweckt und zum Entschluß bestimmt hatte, sich der konservativen, föderalistischen und slavischen Richtung zuzuwenden. Wohl versuchte Ernst von Plener noch eine Mitbeteiligung der Partei an der Taaffe'schen Regierung <sup>2)</sup> und fragte Sueß, ob er bereit sei, mit Coronini und Tomaszuk in die Regierung einzutreten. Man vereinbarte, einen geringen Abstrich vom Heeresbudget zu fordern, um zu sehen, ob überhaupt Wert darauf gelegt werde, die Verfassungspartei

1) Kollmer, a.a.O. Band 3; S. 92

2) Sueß, Erinnerungen, S. 295.

zu gewinnen. Sueß überlegte aber, und glaubte, die Unabhängigkeit seines Urteils, die ihn in diese Gelegenheit gebracht habe, sei eine Frucht seiner wissenschaftlichen Methode und nicht die einer besonderen politischen Befähigung, weshalb er auf die Beteiligung verzichtete. Obgleich sich Graf Andrassy lebhaft bemühte, ihn in die Regierung zu bringen und die öffentliche Meinung nährte, er werde demnächst beitreten. Sueß, der sich sagte, daß ihm neben den persönlichen, auch die sachlichen Voraussetzungen fehlten, beargwöhnte ein politisches Manöver, er werde als Mittel zum Zweck benutzt, durch eine Beteiligung an der Regierung die Wiedervereinigung der Deutschen zu erschweren. Indessen zogen aber Sueß andere Interessen ab, so die Gründung des Donauvereines, der vom niederösterreichischen Gewerbeverein ins Leben gerufen, ihn zum Obmann wählte, der Wahlkampf und die Wiederwahl. Taaffe wurde inzwischen Ministerpräsident und bildete die Regierung. Doch die Nachrichten über Verhandlung der Regierung mit einzelnen Mitgliedern der Verfassungspartei, versickerten nicht. Am 16. August 79 wurden Plener und Sueß, die Portefeuilles mitgeteilt, die beiden vorbehalten waren. Da beschloß die Partei auf der Linzertagung, daß kein Mitglied in die Regierung eintreten dürfe, weil man bereits die Vorkommnisse im böhmischen Landtage vorausahnte.

Auf Betreiben Andrassy's, der bei Sueß fast allein Verständnis und Unterstützung gefunden hatte, welcher

aus außenpolitischen Gründen, aus Rücksichtnahme auf Berlin, eine Annäherung an die deutsch-liberale Partei versuchen wollte, - Prinz Reuss hatte über den ersten Versuch am 14.2.1879 nach Berlin berichtet <sup>1)</sup> - versuchte Graf Taaffe noch einmal Sueß zu gewinnen und fragte bei ihm an, unter welchen allgemeinen Prinzipien eine Annäherung möglich sei. Sueß betonte die strengste Verfassungsmäßigkeit und das Programm der Partei, beunruhigt durch die Gerüchte über die Föderalisierung des Staates, auch wohl aus Furcht, er könnte als rein politisches Mittel zu einem Täuschungsmanöver benutzt werden. Er wandte sich aus Grundsatz und seiner Wiener Wählerschaft zuliebe gegen jede Dezentralisation, was deutlich beweist, welche stark anziehende Kraft in Wien immer noch lebte, deren Stellung und Wille die liberale Partei vorzüglich beeinflusste. Mit dieser Spitze gegen die Aufgabe Taaffes durch föderalistische Zugeständnisse die Tschechen zu gewinnen, endete die Besprechung. Sie war nichts anderes, betonte Sueß, : "Als ein neuerlicher und letzter Versuch Andrassy's, meinen Namen ohne mein Wissen und ohne meine Zustimmung in den Vordergrund zu schieben, vielleicht in diesem Falle begleitet von dem Wunsche, der Unterzeichnung des großen Defensivvertrages mit Deutschland wenigstens den Anschein einer Annäherung an die Deutschen im Innern vorangehen zu lassen. Daß Andrassy der Anreger war, hat mir in späteren Jahren seiner Enttäuschung Graf Taaffe ohne meine Anfrage selbst erzählt." <sup>2)</sup>

1) Wertheimer, a.a.O. Band 3, S.206.

2) Sueß, a.a.O. S.300.

Die liberale Partei war in Unkenntnis der schwebenden Verhandlungen, die am 7. Oktober 79 am Tage vor der Thronrede, zum Abschluß des Bündnisses führte: "Jetzt erst fielen den Deutschen die Schuppen von den Augen. Jetzt erst sahen sie, wen sie bekämpft und wen sie in den Sattel gehoben." Aber die Erkenntnis, daß die Okkupation nur ein notwendiges Vorspiel des Zweibundes gewesen war, der den Einfluß des Deutschtums in der Monarchie, das sich durch die Aufnahme von Millionen Slaven geschwächt geglaubt hatte, bedeutend verstärkte, und über die Grenzen der Monarchie hinaus das Gewicht eines deutschen Staates verlieh, kam zu spät. Die Regierung wurde ohne Mitbeteiligung der deutsch-liberalen Partei gebildet. Wäre dies außenpolitisch tragbar gewesen, so war es im Bezug auf die Innenpolitik nicht der Fall, zu der sich die deutschen Abgeordneten nach der Thronrede in strengster Opposition verhielten, was bereits die Minoritätsadresse ankündigte, die von Herbst, Kopp und Sueß unterfertigt wurde. <sup>1)</sup> Er wandte sich bei der Adressdebatte gegen den Majoritätsausschuß und die Dezentralisation des Reiches durch die Landesparteien, die nun einsetzte, gegen die Preisgabe der Verwaltung an die streitenden Parteien, die nicht geeignet sei, den Frieden im Lande zu erhalten. Sich selbst als guten Österreicher hinstellend, entwarf er ein wohl rassistisch mitbedingtes Bild seiner Vorstellung vom deutschen Volkscharakter: "Wenn jemand ihm die Hand reicht, so frägt der Deutsche weniger

1) Sten.Prot.9. Sess. 8. Sitzung, 29.10.79.

nach Abstammung und Herkunft, als nach gewissen allgemeinen Anschauungen über Freiheit und Recht und dadurch gewinnt sein politisches Auftreten immer mehr oder weniger kosmopolitischen Charakter und ist derselbe, mehr vielleicht als irgend eine andere Nationalität der Erde dazu berufen, das ausgleichende Element zwischen anderen Nationen zu sein." Ein historischer Augenblick, als er in seiner Rede den Ausdruck "Tschechische Nation" erstmals gebrauchte, entgegneten ihm von rechter Seite Rufe: "Die Böhmisches". - Die Scheidung zwischen Landes- und Nationalbewußtsein hatte begonnen. Sueß war einer der ersten, der erkannte, daß die Ziele der tschechischen Abgeordneten nicht die Rechte des Landes waren, sondern die der Nation und die Erreichung der erstgenannten nur ein Meilenstein am Wege zu letzteren. Er lehnte den böhmisch-historischen Staatsgedanken ab. Für sein zentralistisches Denken gab es nur den des Gesamtrechtsstaates Österreich-Ungarn: "Und wer heute zur Begründung irgend eines politischen Urteils sich auf Bestimmungen beruft, aus dem 17. Jahrhundert, der begeht möglicherweise einen für seine eigenen Interessen verheerenden Anachronismus." Gegen das Verlangen der Tschechen und Polen nach der Dezentralisation der Verwaltung und gegen Hohenwarts deutsche Rechtspartei, von der er nicht begriff:

"Wie es möglich sei, daß eine politische Partei auf einem abstrakten Gebiet, nämlich auf dem Gebiet der Kirche das System der Äußersten bis zur gänzlichsten Niederbeugung

der Individualität reichenden Zentralismus unterstützt, und auf der anderen Seite, auf dem konkreten Gebiet des Staatslebens eine Lockerung der Verwaltung verlangt, welche die traurigsten Folgen haben muß", gegen den Standpunkt der Majoritätsadresse, die auf die Verteidigung der Königreiche und Länder abzielte, stellte er als die Aufgabe der Reichsvertretung die Verteidigung der Rechte des Reiches und des liberalen Machtstaates hin: "In den jetzigen Tagen kann nur der als fruchtbarer Staatsmann gelten, der es versteht, die Forderungen einer fortschrittlichen Bevölkerung nach Freiheit zu vereinigen mit den Bedürfnissen des Staates nach Macht. Der Standpunkt der Majoritätsadresse war durchaus der Rechte der Königreiche und Länder - unser Standpunkt ist das Reich."

Sueß blieb seinem bisherigen Verhalten in der Bosnienfrage auch weiterhin mit oder gegen seine Parteigenossen treu, als es sich in der Folgezeit darum handelte, die Verwaltung Bosniens und der Herzegowina der Österreich-Ungarns anzugliedern. Er setzte sich für eine konsequente Fortführung der einmal eingeschlagenen Politik ein - aus einer außenpolitischen war eine innenpolitische Aufgabe geworden, - damit die wirtschaftlichen Vorteile Österreichs zugute kämen, die Eisenbahnfrage endgültig im Sinne Österreichs gelöst werde und das pontische Gebiet durch die Donauregulierung geöffnet werde. <sup>1)</sup> Die Frage, ob es sich um Okkupation oder Annexion handle,

---

1) Sten. Prot. 9. Sess. 42. Sitzung, 3.2.1880.

beantwortete Suesß erstmals öffentlich im Parlamente vorsichtig dahin, daß jedenfalls nicht nur an eine zeitliche, sondern an eine Dauerregelung gedacht sei, weil nur unter dieser Voraussetzung das Land gedeihen könne. Und bewies aus Artikel 25 des BerlinerVertrages und den rechtskräftigen Protokollen, daß eine Schaffung dauernder Zustände beabsichtigt sei. Zugleich trat er unter Ablehnung eines rein fiskalischen Standpunktes für einen freieren kommerziellen von Seiten der Regierung, für eine liberal-kapitalistische Entwicklung des Bergwesens ein, im Sinne seiner besonderen Auffassung vom Staate als einem wirtschaftlichen Gebilde. Freilich mußte er die Nationalitätenfrage, die Vorwiegend der Grund für die ablehnende Haltung eines großen Teiles der deutschen Abgeordneten gewesen war, und welche durch die Okkupation verschärft wurde, berühren. Er behandelte sie nur als Naturwissenschaftler in dem Glauben, sie damit auf die gerechteste Weise auch als Politiker zu lösen. Die krassen Anschauungen von Rassen und Völkervermischung, sind bei keinem anderen Parlamentarier, ob Föderalist oder Zentralist, ob sie für die Einheitsstaatlichkeit bei völliger Trennung der Nationalitäten waren oder nicht, hervorgetreten. Rassistische Einflüsse machten sich geltend neben Darwin'schem Gedankengut, das sich überall in seiner Weltbetrachtung nachweisen läßt, und damals im Banne der neuen Entdeckungen der Vererbungslehre den naturhaften Unterschied zwischen Kreuzung von Artverwandten

und Artverschiedenen noch nicht wesenhaft betrachtete und erkannte. Von dieser Anschauung gelangte er so weit, der Trennung von Blut und Blut offen entgegen zu treten. Historisch gesehen ist er ein Gegensatztyp zu Schönerer, der ebenfalls die Rassenfrage allerdings in widersprechender Formung in die Parlamentsöffentlichkeit getragen hat. Sueß glaubte, im Sinne der Notwendigkeit eines Natur- und Kulturgesetzes: "Eine dauernde fortschreitende Vermengung der voneinander verschiedenen Begriffe von Rasse und Volk" feststellen zu können. (Dem Zusammenhang nach meinte er nicht die Begriffsvermengung, sondern deutlich die der Träger dieser Begriffe.) Und führte als Beispiel an: "Gerade in Böhmen, in dem Land, in welches es sich am häufigsten handelt, hat sich - verzeihen sie dem Naturforscher der hier spricht - die Erfahrung glänzend bewährt, die man anderswo oft und oft gemacht hat, daß aus der Kreuzung der einzelnen Elemente die vorzüglichsten Kräfte hervorgegangen sind, auf der einen und der anderen Seite. Wie will man da noch von Blutgrenze sprechen. Die Rasse ist ein Begriff, der auf physischen Unterschieden beruht. Das Volk ist ein Begriff, welcher auf die ethischen Merkmale, wie auf Sprache und Geschichte begründet ist."...Der Begriff Rasse ist durch Kreuzung verloren gegangen seit langer Zeit. Der Begriff Volk ist allmählich entstanden. Und nicht die Grenze der Verschiedenheiten ist es, welche heute maßgebend ist, sondern es sind dies gewisse, für das Volk heilige Traditionen: Die Sprache, die Geschichte, für deren Schutz es eintritt."

*Wird hier zitiert*

Er fährt fort: "Nachdem es sich nicht um physische Grenzen zwischen Volk und Volk handle, sei es unwahr, daß es, da die Grenzen nur ideell seien, keinen Frieden geben könne. Die Grundlage dieses Friedensfände sich sofort, wenn sich jedes Volk offen auf den Standpunkt jener höheren Ideen stellen würde, welche allen Völkern des Erdballes gemeinsam sein sollten, nämlich auf den Standpunkt des gemeinsamen Fortschrittes. Außerhalb dieses Ideenkreises sei eine Verständigung unmöglich. Nur von Volk zu Volk sei Annäherung möglich und notwendig, weshalb er sich für die Einführung konstitutioneller Verhältnisse in den okkupierten Ländern und dem Gesetzentwurfe aussprach. 1)

In einer späteren Debatte polemischen Charakters gegen Taaffes Regierungssystem ergänzte er diese Ansichten noch weiter in staatlicher Rücksichtnahme. Doch findet sich nirgends eine Meinung, die so sehr das geistige Profil Sueß kennzeichnet, als diese. Eine kurze Behandlung seiner Auffassung der Begriffe von Rasse und Volk ist aufschlußreich für die Grundhaltung des ganzen Menschen. Seiner Ansicht nach, die wir hier entwickeln können, seien die Rassen das Ursprüngliche gewesen. Die allerdings nicht nur seelische, sondern physische Gemeinsamkeiten darstellten, und nicht mehr rein vorhanden seien. An deren Stelle seien nun geistige Gemeinschaften getreten, die allerdings nur historisch geworden, historisch bedingt seien, von gewissen Kulturgütern und geprägten Formen. Nachdem aber das liberalistische Fortschrittsdenken in Verbindung mit

1) Sten. Prot. 9. Sess. 42. Sitzung, 3. 2. 1880

dem historischen Relativismus in der Anschauung des 19. Jahrhunderts den Wechsel aller Erscheinungen hervorgekehrt hatte, mußte Sueß, der ihr eng verpflichtet war und in den Völkern nur geistige Gemeinschaften der Menschheit erblickte, denen keine physische Eigentümlichkeit und leib-seelische Art zugrunde lag, zu dem Schlusse kommen, daß die Erscheinungsformen wandelbar seien und wenn sie sich dem Fortschritt in den Weg stellten, beseitigt werden müßten. War der Fortschritt der Weg, so war die Menschheit sein Ziel. Er übersah, oder konnte aus rassistischen und ideologischen Gründen es nicht erkennen, daß sich die Menschheit geistig und leiblich nur in Völkern darstellt, die neben, mit- und gegeneinander bestehen. So konnte er nur zu der absoluten Befürwortung der Rassenkreuzung und Völkervermischung gelangen, die durch die Bedingungen der Reichshauptstadt Wien, die alle Volksteile des Reiches zusammenzog und vermengte, nur verstärkt und veranschaulicht wurde. Von einer Verpflichtung für das Deutschtum kann nicht mehr die Rede sein, wenn es sich auch praktisch in der Bosnienfrage als der weitblickendere Parteimann enthüllte, als Dr. Herbst, der nur aus völkischen Rücksichten die Besetzung abgelehnt hatte. Aber dieser Einsatz geschah nicht so sehr aus Interesse für das Deutschtum, als für die Erhaltung der Monarchie. Und die Stellung des Deutschtums in der Monarchie betonte er nur deshalb, weil es den in der Zivilisation am meisten fortgeschrittenen Bevölkerungsanteil darstellte, in dessen kulturelle Höhe

das Bestreben der anderen Nationen einzuwenden müsse und werde. Sein Wirkungsfeld war nur die Monarchie, deren Bestand auf die Dauer schwerlich die aufreibenden Nationalitätenkämpfe ertragen konnte. Die Konzessionen, die das Reich auf Kosten des Ganzen an die Teile abtrat, mußten endlich das Reich sprengen. Suez vertrat deshalb in allen Nationalitätenfragen den friedlichen Ausgleich zu Gunsten des Vorteils des Ganzen. In ihm lebte tatsächlich das Ideal eines österreichischen Menschen, der mehr als nur den Deutschen dieses Staates umfaßte, der wohl noch im Dienste der Bildung mit dem deutschen Reiche in Verbindung stand, sonst aber volklich, machtpolitisch, staatlich über den Nationalitäten stand und ein Eigenleben führte und in überlebter, etwas veränderter Gestalt 1934 fröhliche Auferstehung feierte. Sein Staatsbürgerideal war, der österreichische Mensch im Dienste des Fortschrittes der Menschheit. Die Monarchie mußte ihn zu dieser Auffassung drängen, war sie doch eine Welt im kleinen, wo die Aufgabe des Liberalismus die Zivilisation der Menschheit zu vollenden um ihrer selbst willen über die Volksgrenzen hinwegschritt. Es war ein Rest der Gleichheitsdoktrin, wenn er den Fortschritt in der Hebung des Durchschnittes und des allgemeinen Ausgleiches sah und nicht in der charakterlichen kulturellen und politischen Sonderprägung der Völker. Diesen Absichten huldigte er auch bei seinen Arbeiten für das Unterrichtswesen. Er wurde der eifrigste Verteidiger des Reichsvolksschulgesetzes und entfaltete sein ganzes rednerisches, Pathos, wenn ein

Angriff dagegen gewagt wurde. In der Budgetdebatte über das Unterrichtswesen 1880 erklärte er namens der liberalen Partei: "Der liberale Staatsgedanke sei nicht doktrinär. Unser Staatsgedanke ist beiläufig der, thesesianische in seiner weitem historischen Entwicklung". Abgesehen davon, daß die immer wiederkehrenden Redeschlachten über den österreichischen Staatsgedanken schon dessen innere Krise und Problematik andeuteten, war doch der Wille lebendig, ihn hochzuhalten und zwar durch die Schule, die durchaus im Dienste des liberalistischen Fortschrittes und wenigstens auf dem Papier auch in dem des österreichischen Staates bestand, dessen Gestalt für Sueß die Staatsform der Zukunft überhaupt darstellte. 1)

Er machte den Tschechen, die ihre Schulforderungen ständig steigerten, liberale Verbrüderungsangebote: "Wichtiger noch, als etwaige Eigentümlichkeiten der Rasse, mehr noch als die Sprache, bindet alle germanischen Stämme in Europa und außerhalb eine erhabene Anschauung von der Aufgabe die unseren menschlichen Geiste in dieser Zeit gestellt ist. Nennen sie es Freiheit oder wie sie wollen." 2) Als die Sprachenfrage an der Universität Prag zur Entscheidung kommen sollte, bezog er eine Stellungnahme, die für seine Haltung Aufschluß gibt. In einer langen Rede wandte er sich gegen das Verlangen der tschechischen Abgeordneten, daß dem tschechischen Volke zu seinem Schaden die deutsche Sprache entzogen werde, denn, folgerte er, so sehr eine Entwicklung

1) Sten. Prot. 9. Sess. 74. Sitzung; 17.4.1880

2) " " " 77. " 21.4. "

der Einzelnen auf Kosten des Ganzen auf politischem Gebiet verderblich sei, auf wissenschaftlichem Gebiet sei eine itio inpartes wohltätig und notwendig, sie stelle einen höheren Ersatz für das politische Freiheitsstreben dar, auf das der Mensch im Dienste der Ordnung verzichten müsse. Erst die Durchindividualisierung fördere das Wissen, "denn das ganze Geheimnis des großen Fortschrittes des menschlichen Geistes an unseren Hochschulen ist die offene Konkurrenz, geradeso wie auf allen anderen Gebieten des menschlichen Lebens und jede Isolierung ist geradezu tödlich." Deshalb könne eine tschechische Universität, die keine Konkurrenz besitze, auch nicht Anteil nehmen an der allgemeinen Entwicklung, weil sie sowohl einer räumlichen, wie politischen, als sprachlichen Isolierung unterworfen sei. So mußte er vom wissenschaftlichen Standpunkt ablehnen, was die Tschechen aus politischen Rücksichten forderten, in der Erkenntnis, daß die Hochschulen zu ihrer Zeit nicht nur der reinen Forschung und Lehre, sondern nicht minder durch Heranbildung eines Beamtenheeres dem Staate und dem Volke dienten. Sueß, der vollständig im Banne Adam Smiths das Freihandelsprinzip auch im geistigen Verkehr anerkannte und sich gegen Monopol und Isolierung des Geistes stellte, vergaß allerdings, daß gerade im klassischen Lande des Liberalismus, in England, auf den vornehmsten Hochschulen des Landes das Prinzip des wissenschaftlichen Liberalismus nicht durchgeführt wurde. In diesem Punkte war der gewaltige Aufschwung der deutschen

Wissenschaften maßgebend, den sie durch die Unterrichtsreformen Wilhelm von Humboldt's und seiner Nachfolger genommen. Auch Sorge um die wissenschaftliche Vorherrschaft des Deutschtums bewegte ihn. Er war überzeugt, daß der Humanismus stets gegenüber dem beschränkenden Geiste der Nationalität und der Staatsgrenzen durchdringe, und betrachtete die Geschichte beispielsweise dahin, daß der österreichische Staat solange an politischer Isolierung gelitten, bis Leo Thun die Grenzen auf geistigem Gebiete niedergerissen habe. Ferner berührte ihn die Verwestlichung der tschechischen Volksbildung und die ersten Anzeichen französischen geistigen Einflusses - der sich allerdings erst in der Nachkriegszeit vollends offenbarte -, daß an den tschechischen Gymnasien französisch und englisch neben tschechisch als obligater Unterrichtsgegenstand gelehrt wurde, indes die deutsche Sprache dieses selbstverständliche Recht nicht genoß. Er verfocht die Weltgeltung der deutschen Sprache als Sprache der Wissenschaft: "Man kann eine Gleichberechtigung der Sprachen in Amt und vor Behörden aussprechen, aber keine Gesetzgebung der Welt kann die Gleichberechtigung der Sprache auf dem Gebiet der Wissenschaft aussprechen. Denn Sprachen sind nicht gleichberechtigt, weil nicht jede eine gleich große Literatur und wissenschaftliche Entwicklung aufzuweisen hat." Es genüge mit Nathan dem Weisen ein Mensch zu sein, ohne besonders national zu sein. Er widersprach der Reorganisation der Prager Universität unter einer reaktionären Regierung /

denn die Wissenschaft spreche jede andere Sprache, nur nicht die der Reaktion, deren Partei zur Durchführung einer Reform ungeeignet sei, und dem Resolutionsantrag, daß Professoren ihre Vortragssprache frei wählen dürfen, daß ebenso in der Ernennung der Professoren keine Rücksicht auf Nationalität genommen werden dürfe und zu den Prüfungen die tschechische Sprache zugelassen werde. Schließlich wurde noch im Jahre 1886 eine tschechische Universität neben der deutschen in Prag bewilligt, womit die Sprachenfrage erledigt war.

Zwischen den deutschen parlamentarischen Gruppen führten zwei Schulanträge von Lichtenstein und Lienbacher zu schweren Kämpfen.<sup>1)</sup> Im Wesentlichen handelte es sich um die Verstümmelung des Hasner'schen Volksschulgesetzes, aus dem Jahre 1869. Letzterer verlangte die Herabsetzung der Schulpflichtigkeit von 8 auf 6 Jahre, ersterer nur eine Prüfung der bestehenden Schulgesetze im Geiste der reaktionären Kreise. Lienbacher änderte bald seinen Antrag dahin ab, daß die Dauer der Schulpflicht der Landesgesetzgebung überlassen werden sollte. Doch zeigte es sich, daß sowohl die Regierung Taaffe, als die anderen Gruppen der Regierungsmehrheit wenig geneigt waren, auf die Anträge einzugehen, die nur eine Änderung in kirchenpolitischen und reaktionärem Sinne bezweckten. Die Polen und die ärmerlichen südlichen Kronländer waren wenig interessiert, da durch den § 75 des bestehenden Gesetzes ohnehin in Galizien, der Bukowina, in Dalmatien, Krain, Istrien und Görz den Landtagen Ausnahmerechte gewährt waren. Februar 1881 gelangten die

1) Sueß, a.a.O.S.310. Kollmer, a.a.O.Bd.3,S.162.

Anträge vor das Haus. Es war klar, daß die Tschechen, die der Majorität angehörten, die Gelegenheit, die die Deutschen boten, benutzen würden, um auf Kosten des Reichs die Gesetzgebungsrechte der Länder zu vermehren. Abg. Celakovsky forderte als Generalredner der Mehrheit im Namen des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und des Fortschrittes das Recht in Schulfragen für die Landtage, das in einem polyglotten Staat unmöglich Sache der Reichsgesetzgebung sein könne. Sueß lehnte gegen den Unterrichtsminister Conrad jede Vermehrung der Autonomie der Landesgesetzgebung ab. 1) Es fiel auch tatsächlich, wenn der Antrag genehmigt wurde, die Einheit der Schule und damit die wichtigste Voraussetzung für die gemeinsame Armee und für die Einheit des Staatsgedankens, weil die Schule historisch gesehen nicht eine Erfindung der Länder, sondern des Gesamtstaates war. Wenn die didaktische Zielsetzung der Landesgesetzgebung überlassen werden mußte, wurde auch eine gemeinsame Lehrerbildung unmöglich gemacht. Sueß verlangte schon im Namen des Fortschrittes die 8 jährige Schulzeit um "durch erhöhte Intelligenz sich die Fähigkeit zur Konkurrenz auf dem Markte zu schaffen" und im Namen der politischen Freiheit, zu der der Weg nur über die Schule geführt habe. Der Schulantrag wurde im Abgeordnetenhaus durch die unentschlossene Haltung des Unterrichtsministers Conrad angenommen, aber im Herrenhause abgelehnt. Lienbacher brachte einen neuen ein, der nunmehr das verlangte Recht nicht den Landtagen, sondern

---

1) Sten. Prot. 9. Sess. 115. Sitzung, 24. 2. 1881.

den Eltern zugestehen sollte. Sueß sprach wieder als Generalredner contra und zwar gegen die ungerechte parlamentarische Situation, daß die Vertreter der oben genannten Ländern und die Autonomisten über ein Gesetz bestimmen sollten, daß sie überhaupt nicht, jedoch vorzüglich die reichsdeutschen <sup>Reichs</sup> Teile anging. Und nannte das Vorgehen, das der Ausschuß bezweckte ~~als~~ Schmach und Verbrechen. <sup>1)</sup>

Der Vorwurf der parlamentarischen Versumpfung war nicht unberechtigt: "Daß die Regierung in einen Abgrund politischer Simonie versunken ist und die Majorität des Hauses in denselben zu versinken droht." Denn die Schulnovelle der Klerikalen wurde von Tschechen und Polen nur unterstützt, weil diese die Stimmen der Klerikalen für die tschechische Universität und den Bau einer galizischen Transversalbahn sichern wollten. Der politische Kathölizismus richtete sich gegen den Staat, deutsches Volksinteresse wurde zu Gunsten rein konfessioneller Interessen preisgegeben. Davon abgesehen, war das Gesetz ein regelrechter Bauernfang, weil es auf die wiederholte Beschwerde der Landgemeinden wegen Entzug der Kinder von der Arbeit den Vorteilen der Bauernschaft entgegenkommen sollte. Der Antrag wurde angenommen. Im Herrenhause aber wieder abgelehnt. Nun erklärte die Regierung sich bereit, eine ähnliche Schulnovelle auszuarbeiten, die am 23.1.18<sup>8</sup>92 zuerst dem Herrenhause vorgelegt wurde. Dieses war indessen durch wiederholte Pairschübe des Grafen Taaffe gefügig gemacht und votierte

1) Sten. Prot. 9. Sess. 159. Sitzung, 23.5.81.

das rückschrittliche Schulgesetz durch welches das Reichsvolksschulgesetz praktisch ausser Wirksamkeit gesetzt wurde, da die Volks- und Mittelschulen den kirchlichen und nationalen Aspirationen ausgeliefert wurden. 1) In den slavischen Ländern nahm sich der Klerus der nationalen Bewegung an, um die Schule im Interesse der Kirche beaufsichtigen zu können und in den Ländern mit klerikaler deutscher Majorität suchte der Klerus die Schule der Aufsicht der Zentralbehörden zu entziehen, um den Lehrplan kirchlich beeinflussen und das Lehrerernennungsrecht des Staates konfessionell beschränken zu können. Die Regierungsvorlage gelangte 1883 ins Abgeordnetenhaus und erfuhr die schärfste Ablehnung von Seiten der Liberalen, die soweit ging, daß sie allen Ernstes, als die Vorlage nur durch die Stimmen der stimmberechtigten Minister gerettet werden konnte, erwogen, durch Abstinenzpolitik die Arbeit des Hauses und der Regierung zu stören. Suez wies auf den wahren Charakter der Novelle hin, die nur eine politische Aktion darstelle, stellte sich gegen jede Rückkehr in frühere reaktionäre Zustände, denn von der geistigen Isolierung habe der Weg Österreichs immer noch in die politische geführt, und die Besiegten von Sedan seien auch aus einer konfessionellen Schule hervorgegangen. Sie bedeute nur Nachgiebigkeit gegen die antiliberalen Tendenzen des Papsttums seit dem Vatikanum. 2)

Die Schulkämpfe dauerten bis in die 10. Sessionsperiode des Reichsrates. An den kleinsten Fragen entzündete

1) Kolmer, a.a.O. Bd3, S.291.

2) Sten. Prot. 9. Sess. 298. Sitzung, 18.3.83.

sich stets von neuem der Kampf zwischen Reichs- und Landeskompetenz. Eine wichtige Erkenntnis für die Stellung der katholischen Kirche in Österreich ergibt sich daraus, daß sie nicht minder an der Zerstückelung des Reiches und wie man sagte, der einzigen katholischen Großmacht Anteil hatte, als die Nationalparteien, welche sie förderte, mit denen sie auf dem Boden des Parlamentes handelte, um auf Kosten des Reiches ihre Ideen durchzusetzen, um ihre durch den Liberalismus erschütterte Stellung zu befestigen.

Die letzte Schulnovelle war nur als Abschlagszahlung von den Klerikalen angenommen worden. Sie befriedigte aber ihre Ansprüche nicht. Der katholische Schulverein wurde als organisatorische Grundlage weiterer parlamentarischer Angriffe begründet und man verlangte die volle Aufhebung des von Pius IX. verworfenen Gesetzes von 1869. Jänner 1888 brachte Lichenstein einen Gesetzentwurf zur Feststellung der Grundsätze des Volksschulwesens ein, der die Privatschulen den öffentlichen gleichstellte und eine beliebige Unterstützung aus öffentlichen Mitteln zuließ, sowie die Mitaufsicht der Kirche über den Religionsunterricht hinaus auf die ganze Schule zuließ. Außerdem wurden die Aufsicht und die Rechte, Ausführungsbestimmungen zu erlassen, der Landesgesetzgebung überantwortet. Es handelte sich also darum, den Staat aus der Schule zu drängen und diese den Kronländern und der Kirche zu überliefern. Indes die Beratung der Schulanträge hinausgeschoben wurde, beriet das Haus über das Katechetengesetz, durch das die Besorgung des Religions-

unterrichtes und die Bestreitung des Kostenaufwandes geändert wurde.

Sueß trat durchaus im Interesse des Religionsunterrichtes für die Entlohnung der Religionslehrer aus dem Schulfonds ein, entgegen der Bestimmung des Staatsgrundgesetzes, wonach die Konfessionen für die Beitragsleistung aufzukommen hatten. Sie hatte sich als undurchführbar erwiesen. Freilich mußte er sich wieder gegen die föderalisierenden Bestrebungen der klerikalen und nationalen Parteien Stellung nehmen, die die ausführende Gesetzgebung den Landtagen zubringen wollten, wodurch der Verwaltungsapparat des Unterrichtsministeriums, in der Hand des Staates ein Mittel der Zentralisation, stark gelockert worden wäre; das Gesetz wurde angenommen, im allgemeinen aber die Reichsvolkschule belassen, und von Seiten der Liberalen verteidigt.

Die Debatte über das Unterrichtsbudget 1888 verlief wieder stürmisch und drohte den Zusammenhalt selbst der Majorität zu sprengen. Zum ersten Mal beteiligten sich auch die Führer der christlichsozialen Partei am konfessionellen Schulkampf. Insbesondere trat Br. Lueger hervor, und verwahrte sich gegen den Einfluß der liberalen Judenpresse, die das Volk verhetze und die konfessionelle Schule ablehne und den Manchesterliberalismus vertrete, insbesondere aber gegen die liberale Partei, die im Parlament die Opposition spiele und vorgebe, Taaffe stürzen zu wollen: "Siehe da, auf einmal gehen sie rückwärts bei der Hintertüre herein, drücken die Hand und bekommen was

sie wollen, ohne daß der geringste Lärm gemacht wird." 1) Sueß antwortete, daß die liberale Partei von der Regierung nichts erhalten, als die Sprechverordnungen, die Bedrängung der Nationalitäten und die Schulnovelle. Außerdem verwies er Dr. Lueger auf dessen eigene liberale Vergangenheit und Wahlversprechungen, in denen er eine selbständige freie Volksschule verlangt habe. Insbesondere wehrte er sich, entrüstet über die Zumutung des Stimmenkaufs, der liberalen Partei von Seiten der Regierung, gegen den Vorwurf, daß er Privatvorteile gesucht hätte. Dr. Lueger antwortete und griff den großen Kulturkämpfer der liberalen Partei an und proklamierte die Befreiung der Schule von seinem und dem jüdischen Einfluß, der sich auch auf diesem Gebiete in Wien bereits sehr fühlbar machte. Die Schule und Lehrerschaft dürfe nicht für die Wahlagitation der liberalen Parteien mißbraucht werden: "In Wien können uns die Juden nichts mehr wegnehmen, sie haben die Schulen voll und ganz in den Händen". 2) Der Schulterror war nämlich unter liberalem Schutze so stark, daß es der Wiener Lehrerschaft unmöglich gemacht wurde, sich antisemitisch zu betätigen. Weil Sueß jüdischer Abstammung war, bekämpfte er aufs Schärfste den Antisemitismus und forderte das Gleiche von der Wiener Lehrerschaft. Doch mußte Dr. Lueger erst in das Rathaus einziehen, bevor er die Möglichkeit fand, wirksam von obenher durchzugreifen. Erst mußte eine Wahlreform die liberale Partei in Wien stürzen, bevor an

1) Sten.Prot. 10. Sess. 214. Sitzung; 20.4.1888

2) " " " 215. " " 3.5.1888.

die Verwirklichung antisemitischer Forderungen gedacht werden konnte. Jedenfalls bedeutete die Kampfansage Dr. Luegers an die Liberalen und sein Widerstand bis zum Jahre 1896, in dem sie von der politischen Bühne verschwanden, eine bedeutende Bewegung, die nicht mit der Erlangung der Macht, ihre Ziele nach Rücksichten änderte, sondern tatsächlich nicht nur im wirtschaftlichen Lebens Wiens, sondern auch im politischen und kulturellen eine Wiedergeburt des Deutschtums aus christlich konservativen Kräften darstellte.

Alle Erwartungen Sueß's, daß die Streitigkeiten über die Schule von Seiten der Regierung beigelegt würden, wurden getäuscht. Von der Universität für 1888/9 zum Rektor auch von der kath.-theolog. Fakultät gewählt, machte er allen Einfluß geltend, die Angriffe Lichtensteins abzuwehren. Als der Unterrichtsminister Gautsch erkennen ließ, daß die Regierung ein Gesetz beabsichtige, daß sich noch um weitere Schritte von dem des Jahres 1869 entferne, legte er noch vor Ablauf der Amtszeit das Rektorat nieder, aus Entrüstung über die Mißhandlung der Volksschule. Damit gab Sueß vor aller Öffentlichkeit seinen Mißmut darüber Ausdruck, daß die Schule ein politisches Handels- und Tauschobjekt geworden war. <sup>1)</sup> Der Erfolg war der, daß der Unterrichtsminister seinen Abtritt zur Kenntnis nahm, sich im übrigen aber nicht weiter davon bestimmen ließ.

Die Budgetdebatte des nächsten Jahres bewegte der gleiche Streit. Sueß griff abermals gegen die klerikalen

---

1) Sueß, Erinnerungen, S. 392.

und nationalen und gegen die Lichtenstein'schen staatskirchlichen Bestrebungen ein und besprach die Schulnovelle von 1883, die nicht die geringste Erleichterung gebracht, nur die Zahl der beschränkten Unterricht genießenden Kinder erhöht habe. <sup>1)</sup> Charakteristisch war seine Begründung.

Er widersprach der Verbrämung des österreichischen Staatsgedankens mit katholischen Ideen und wies die stets vorhandenen geschichtlich nachweisbaren Tendenzen nach, die Kirche dem Staate unterzuordnen. Er säkularisierte vollständig den Inhalt der österreichischen Geschichte. Die Kirche fand ihre Berechtigung nur als eine Art höherer Staatspolizei. Daß dies seine ehrliche Überzeugung war und nicht ein

Sublimat, daß die Siedehitze des Parlamentes aus dem Dampf des Redeschwalles erzeugte, beweist der Umstand, daß alle seine Ausführungen und Schriften den selben Geist bezeugen. Ihn erbitterte die Kampfweise der Klerikalen, die gewiß nicht nur aus Begriffsunklarheit das Papsttum als sittliche Macht hinstellten, wenn es sich um Unterrichtsangelegenheiten handelte, sie aber sofort als politische Macht anerkannten, wenn es dem Parlamente oder einem Abgeordneten einfiel, die Wotation für den Gesandten beim heiligen Stuhl zu bestreiten. Ein letztes Mal noch, freilich aussichtslos, verlangte er die Auflassung der Diözesanlehranstalten wegen ungenügender Vorbildung der Geistlichkeit, die die großen Schwierigkeiten im Volksschulwesen verursachte.

Insbesondere wurde er zum Feind der sich unter Luegers Einfluß entwickelnden Kaplanokratie und des Antisemi-

1) Sten.Prot.10.Sess.323. Sitzung, 30.3.89.

tismus, indem er nur eine Strömung zur Vernichtung der Volksschule erblickte.

Im niederösterreichischen Landtage gelangte im Nov. 1889 ein Antrag auf Einführung der konfessionellen Schulen zur Beratung,<sup>1)</sup> nachdem die Klerikalen und christlichsozialen Vertreter in anderen Ländern Vorteile errungen hatten, in denen die Schüler nach Konfessionen gesondert und die Aufsicht über die Schule durch die Kirche erweitert werden sollte. Sueß wehrte auf seinem eigensten Gebiet den Angriff ab.

Auch in der 11. Legislaturperiode, deren Ende den Sturz des Grafen Taaffe und in Wien und Niederösterreich den vollen Sieg der christlichsozialen Partei herbeiführte, wurde die Agitation für die konfessionelle Schule weiter vorgetrieben. Noch war der Landesschulrat von N.Ö. in der Mehrheit von liberalen Mitgliedern besetzt, noch beauftragte der Landesausschuß Jänner 1891 die Schulleiter unter Androhung schärfster Disziplinarstrafen, antisemitische Propaganda an den Schulen nicht zu dulden.<sup>2)</sup> Die liberale Partei in der Wahlbasis bedroht und dem Verdacht des Philosemitismus nahe unterließ das Wagnis eines Kulturkampfes. Inzwischen vollzog sich auf Verwaltungswege allmählich die Verkirchlichung der Schule und die Überreste der liberalen Einrichtungen wurden beseitigt. Die Christlichsozialen, die für die Gehaltserhöhung der Lehrer eintraten, gewannen deren Mehrheit in Wien und N.-Österreich,

1) Kollmer, a.a.O. Band 4, S. 377.

2) " " " " 5, S. 173.

sodaß die Schule unter vollen Einfluß der Kirche gelangte.

Zum letzten Mal wandte sich Sueß 1893 traditions-  
halber gegen die Angriffe auf das Hasner'sche Volksschulgesetz  
und gegen das Programm der Regierung, in dem eine Zusage  
an die Verfassungstreuen fehlte, daß die Unverletzbarkeit  
der Reichsvolksschule für die Zukunft sicher stellte. <sup>1)</sup>

Es bezeichnete das endgültige Fiasko der liberalen Partei  
daß die Aufopferung ihrer Ansprüche an die verschiedenen  
Parteiwünsche nicht mehr verhindert werden konnte. An der  
Schulgesetzgebung zeigte sich der Fortschritt der Schwäche  
und des Verfalles des österreichischen Parlamentarismus.  
Die Regierung verlangte die Nachgiebigkeit und Willfährigkeit  
der Partei um jeden Preis. Sueß betonte nochmals, daß das  
Reich nur durch die gemeinsame Schule zu erhalten sei:

"Ich sehe keine größere Idee, die den auseinanderstrebenden  
Idealen entgegen gehalten werden könnte, als die Idee der  
bürgerlichen Freiheit." Das war sein letztes Wort im  
Schulkampf. Daß er es vorzog 1896 nicht mehr die politische  
Bühne zu betreten, beweist, daß er auf verlorenem Posten  
bis zu diesem Jahre ausgeharrt hatte und seinen Kampf  
am Ende verloren sah. Er beschränkte sich freiwillig auf  
das Fachgebiet der Wissenschaft, um darin seine Ideale  
durch Werke zu erhalten. Doch bevor wir zu einer ab-  
schließenden Würdigung seiner Weltanschauung und seines  
Geistes übergehen, sind noch einige Fragen der letzten  
Parlamentsperiode zu behandeln.

---

1) Sten.Prot.11.Sess. 199. Sitzung, 10.2.93.

### Wahlreformen und Sozialpolitik.

Als das Ministerium Taaffe-Stremayr vom Ministerium Taaffe-Dunajewski, einem Kampfministerium gegen die Linke, 1880/1 abgelöst worden war, drängte sie zu einer Wahlreform, weil die Regierungsmehrheit nur auf schwachen Füßen stand. Da jedoch alle Parteien als Interessenvertretungen bestanden, hatten sie Ursache gegen die Agitation des allgemeinen Wahlrechtes Stellung zu nehmen. Die Majorität strebte also nur danach, die Zahl der klerikal-föderalistischen Mandate zu vermehren, was nur durch die unteren Schichten der kleinbürgerlichen Wähler geschehen konnte, auf welche Klerus und Hochadel genügend Einfluß besaßen. 1) Zeithammer brachte den Wahlreformantrag ein, nach welchem die Wahl aus dem böhmischen Großgrundbesitz ohne Änderung des Grundgesetzes über die Reichsvertretung so geändert werden sollte, daß die Mehrzahl der Mandate dieser Kurie künftig dem Feudaladel zufiel. Er schlug vor, den fideikommissarischen Großgrundbesitz als besondere Wahlgruppe wählen zu lassen und den nicht fideikommissarischen in fünf Wahlkreise aufzuteilen. Der Gesetzentwurf war gegen die Wahlkreisgeometrie Schmerlings in Böhmen geschaffen, um die Linke für immer zur Minorität

---

1) Kolimer, a.a.O. Band 3, S.138.

zurückzudrängen. Außerdem sollte er den Fünf-Gulden-Männern das Wahlrecht bringen. Ministerpräsident Taaffe erklärte sich für die Vorlage und wandte sich nur gegen eine gleichzeitige Vermehrung der Abgeordneten der Stadt Wien, welche den liberalen Wünschen <sup>und die Versetzung</sup> und die Versetzung der Vororte in die Wählerklasse der Städte. Sueß antwortete gegen die Deduktion eines besonderen Wahlrechtes für den böhmischen Großgrundbesitz aus der Steuerkraft und die Übervorteilung der Stadt Wien. Wichtiger als die Stellungnahme zum Gesetz ist die grundsätzliche Haltung, die er als liberaler Parteimann zum Ausdruck brachte, indem er sich gegen die Begründung eines bevorzugten Wahlrechtes des Großgrundbesitzes aus der sozialen Bedeutung des Adels, welcher er längst verloren habe. Die Nachteile der bisherigen Cameralwirtschaft hätten ihm zur Verpachtung gedrängt. Mit dem Eindringen des Pächtes zwischen Adel und Boden seien alle historischen Fäden zerrissen, die ihn mit dem Grunde verbinden, und er sei zum städtischen Rentier geworden. Er befürwortete die Auflösung und Freiteilbarkeit des fideikommissarischen Großgrundbesitzes, die durchaus einer liberalen Wirtschaftsauffassung entsprach, die frei von geschichtlichen Begriffen dachte und handelte, im Gegensatz zur Ableitung eines besonderen Wahlrechtes aus veralteten wirtschaftlichen und sozialen Vorrängen. Nach seiner Ansicht bestand der Fideikommiss nur mehr als wirtschaftliche Einrichtung die den Interessen der freien Erwerbsmöglichkeit entgegenstand, als durchaus gesellschaftliche Einrichtung, die nur

zum Schutze des Adels erfunden war. Die Schaffung einer besonderen Kurie - bisher hatte sie mit dem anderen Großgrundbesitz gewählt - mußte die Schranken zwischen Besitz und Arbeit vermehren. Er bezeichnete sie als unhaltbar. <sup>1)</sup> Er verwarf die Vorlage im Hinblick auf die Wahlberechtigung nach der Steuerkraft, die eine Zurücksetzung der Stadt Wien in politischer Hinsicht zum Inhalt hatte, die sich darauss ergab, daß beispielsweise der 2. Bezirk nur einen Abgeordneten wählen konnte, indeß das kleine Vorarlberg, das 10 % weniger Einwohner hatte, 3 Vertreter ins Parlament entsenden konnte.

Die liberale Partei, die vergeblich zwei Drittel Mehrheit zur Beschlußfassung verlangte, konnte die Annahme der Vorlage nicht mehr verhindern.

Sueß' fernerer politisches Verhalten war ganz in der Richtung seiner Auffassung. Er verlangte nach der Eröffnung des neu erbauten Parlamentes, als er in dessen Sitzungssaal nur die Wappen sämtlicher Königreiche und Länder erblickte, daß auch der Doppeladler als Emblem des österreichischen Kaiserstaates und Symbol der Reichseinheit angebracht werde. <sup>2)</sup> Dieser Vorfall war ein äußeres Zeichen dafür, daß die Tätigkeit im Parlamente für die zentralistische deutsche Linke immer unangenehmer wurde und der föderalistische Gedanke schon so viel Ansehen gewonnen hatte, daß man es nicht einmal gewagt hatte, das Sinnbild des Einheitsstaates anzubringen und den

---

1) Sten. Prot. 9. Sess. 213. Sitzung; 18.3.82.

2) Sten. " " 316. " 7.12.83.

repräsentativen Bau des Hauses der Volksvertretung als Denkmal der Reichseinheit einzuweihen.

Zu den nationalen Fragen gesellte sich die soziale, deren Ansprüche das Parlament hilflos experimentierend gegenüber stand. Es fehlte noch die Lösung aus der Erfahrung. Sueß erkannte, daß die Lohnfrage nur ein Teil derselben sei, die Zuwanderung als lokale Ursache in Wien eine besondere Rolle spiele und erkannte die Klassenkampfbestrebungen der sozialdemokratischen Partei. 1) Er konnte allerdings nur karitative Abhilfe vorschlagen, durch Genehmigung eines Armengesetzes und durch steigenden Export die Not zu befriedigen und die Arbeiterschaft in den Verbraucherkreis einzureihen. Er behandelte sie nicht als Existenzfrage, sondern sah sie als Parteimann. Als solcher nannte er die demokratischen Bestrebungen nur ein Mittel der Reaktion, deren sich die Regierung bediene, um die liberale Partei wie Korn zwischen Mühlsteinen zu zerreiben. Seit 1880 beginne der Verhetzung der Organisationen der Arbeiterschaft durch das Hervortreten des Antisemitismus. Ganz ungenügend in der Begründung schob er die Schuld an den Verhältnissen der Regierung Taaffe's zu, ohne selbst eine befriedigende Lösung bieten zu können. Das soziale Problem diene nur als Mittel der Tagespolitik, das Versagen der liberalen Partei in diesem Punkte, die sich unfähig erwies, mit objektiven Maßstäben eine Lösung zu versuchen, war ein weiterer Grund zur Ab-

1) Sten.Prot. 9.Sess. 323. Sitzung; 14.2.84.

dankung der Partei. Allenfalls wollte er sie noch als Werkzeug benutzen, um nach dem Vorbilde des deutschen Reiches die sozialpolitische Gesetzgebung zur Stärkung der Zentralgewalt des Reiches zu verwenden, um die Arbeiterschaft an das Reich zu binden. 1)

Die Adressdebatte in dem nach dem umgeformten Wahlgesetze zum ersten Mal wieder zusammengetretenen Abgeordnetenhaus bot ihm die Gelegenheit, von sich aus die Politik zu beleuchten; die Neuwahlen hatten eine starke Vermehrung der Vertretung des rückschrittlichen Kleingewerbes gebracht, was für alle politischen Minoritäten ein Ansporn war, neue Reformen anzustreben. Sueß bekämpfte die staatsrechtlichen Forderungen der Autonomisten und das Nationalitätsprinzip und widerlegte mit großer geschichtlicher Sachkenntnis, an der er sich nie übertreffen ließ, die Ableitung der Länderautonomie aus dem historischen Staatsrechte. Im 17. Jahrhundert seien die Bestrebungen nach Autonomie nicht nationaler Art gewesen, auch im 18. Jahrhundert seien es nur die Bestrebungen eines einflußächtigen, landsässigen Adels gewesen. Erst das 19. Jahrhundert habe sie durch das Nationalitätsprinzip verfälscht. Er stellte Galizien als Beispiel hin, dass die Länderautonomie, die angeblich für die Minderheiten erstrebt wurde, den geringsten Minderheitenschutz gewährte. Die Geschichte Österreichs stellte sich in seinen Augen seit der Schlacht am Weißen Berge als eine

---

1) Sten. Prot. 9. Sess. 402. Sitzung; 2.3.85.

Geschichte der fortschreitenden Zentralisation und Konzentration auf die Mitte dar, die seit Kaunitz über Stadion, Schwarzenberg, Bach und Schmerling in den gegenwärtigen Zustand geführt habe. Er forderte von der Majorität, deren sich die Regierung für die bevorstehenden Ausgleichsverhandlungen von vornherein versicherte, das, was jenseits der Leitha als Staatsraison anerkannt wurde. Noch einmal versuchte er in der Parlamentsöffentlichkeit die Regulierung des Eisernen Tores vorzuschlagen und zwar wiederum anlässlich der Verhandlungen über den Ausgleich. Obgleich Österreich-Ungarn durch den Berliner Vertrag den Auftrag zur Regulierung übernommen hatte, war dank der Partei der Agrarschutzzöllner, die in Ungarn die Oberhand besaß und die Einfuhr fremden Getreides befürchtete, nichts geschehen, obschon Österreich ein ungemeines Interesse an der unteren Donau besaß und mit dem wirtschaftlichen Einfluß auch den politischen auf Rumänien verlieren mußte, das im Interesse Rußlands eine gegnerische Zoll- und Tarifpolitik befolgte. <sup>1)</sup> Er beantragte die Verpflichtung zur Eröffnung des Eisernen Tores als Ausgleichsbedingung mit Ungarn zu fordern. Allein vergebens, da sich die Vertreter der österreichisch-ungarischen Bahnen mit denen der ausländischen dahin vereinigt hatten, die Benützung der Donau für den Handel hintanzuhalten. Unter diesen Eindrücken hatte er bereits 1885 im Donauverein, der dieses Ziel verfolgte, den Vorsitz niedergelegt. <sup>2)</sup> Und als 1888

1) Sten. Prot. 10. Sess., 104. Sitzung, 20.10.1886.

2) Sueß, Erinnerungen, S.321.

die ungarische Regierung einen Gesetzentwurf über die Regulierung dem Parlamente vorlegte, wurde nicht eine gemeinsame Angelegenheit daraus gemacht, welche Sueß im gesamtstaatlichen Interesse verlangt hatte, sondern sie blieb eine ungarische Aufgabe.

Wirtschaftlich und politisch erstarkten in dieser Periode die Nationalitäten. Im inneren Parteikampf besiegten die Jungtschechen die Altschechen, womit der krasseste tschechische Nationalismus an die Macht gelangte, indeß sich die deutsche Linke in inneren Hader zerriß. Als der Dispositionsfonds in der Budgetdebatte, den die Regierung im allgemeinen als Vertrauensfonds ansah, zur Bewilligung stand, versäumte es die liberale Partei nicht, der Regierung ihr Mißfallen kundzugeben. Sueß griff den Ministerpräsidenten Graf Taaffe und dessen Äußerung über die "historische Ordnung der Nationen" seine Ja- und Neinpolitik an. Er charakterisierte sie wie folgt: "Das große Verdienst, welches Graf Taaffe fürsich in Anspruch nehmen kann, ist dasjenige, daß er das Fortschreiten der Majorität nach Kräften zu hindern sucht. Er ist ein Hemmschuh. Aber die Zügel hat jemand anderer in der Hand. Mit dem Hemmschuh kutschiert man nicht - und langsam bergab, ist auch bergab." <sup>1)</sup> Er sei aus einem Schachspieler zu einer Schachfigur geworden. Dem Vernichtungskampf, den die Regierung, die Nationalparteien und die Deutsch-Klerikalen gegen die liberale Linke führten, erhielt einen neuen Antrieb durch das Vordringen der Sozialdemokratie und der

1) Sten.Prot. 10. Sess. 140. Sitzung; 3.5.87.

sozialen Frage, deren Entstehung durch die antisemitische Propaganda der schlechten Wirtschaftspolitik in der vergangenen Ära zur Last gelegt wurde. Sueß verteidigte, schon lag seine Fraktion arg in der Defensive, seine Partei gegen die Angriffe Dr. Luegers und gegen den Vorwurf der Korruption. Doch konnte er, indeß die Christlichsozialen in den Soziallehren eines Vogelsang und Lichtenstein ein festes Programm zur Lösung der sozialen Frage in Händen hatten, nichts positiv Neues dazu beitragen, weil die Partei eine Verbesserung der sozialen und politischen Lebensbedingungen der Arbeiterschaft im eigenen Sonderinteresse wiederstreben mußte. Bei einer Aussprache über die aufstrebende Sozialdemokratie, konnte sich Sueß von einer rein wissenschaftlichen Auffassung nicht lösen. 1) Zwar anerkannte er, daß sich die Organisation der Arbeiterschaft gehoben hatte, doch lehnte er die Theorien der Sozialdemokratie ab. Weil sie sich in Widerspruch zu den modernen wissenschaftlichen Erfahrungen befanden. Er tat dies in gewisser Hinsicht von biologischen Gesichtspunkten aus und der Lehre des Darwinismus, den er von Ernst Häckel in Jena übernommen hatte: "Weil das Grundgesetz der Natur die Mannigfaltigkeit und nicht die Einförmigkeit sei." Die Gesellschaft war in seinen Augen ein Ausleseorganismus: "Es ist nicht möglich, durch Gesetze oder Verbindungen und Korporationen irgend etwas zu schaffen, was mit dem Gesetz der Mannigfaltigkeit und den

---

1) Sten. Prot. 11. Sess. 316. Sitzung; 28.3.95.

des schrittweisen Ausbaues im Widerspruch steht." So sehr er sonst das allgemeine Menschheitsideal festzuhalten suchte, weil es eine allgemeine Weltvernunft gebe, trat er trotzdem gegen das naturwissenschaftlich unhaltbare Prinzip der Gleichheit aller Menschen auf. Auch in der Seele dieses Assimilationsjuden kündigte sich der Beginn des Kampfes einer biologischen Weltanschauung gegen den nivellierenden Grundsatz der Gleichheit aller Menschen nach der Lehre Karl Marx's an. Die Ablehnung konnte er nichts destoweniger mit seiner Überzeugung von der gleichen persönlichen Freiheit jedes Einzelmenschen vereinen, weil ihm nur der Rechtsfähigkeit nach die Menschen gleich waren, welche Anschauung ihn nicht hinderte, an echt liberalen Traditionen des freien Wettbewerbs der Kräfte und der freien Konkurrenz, welcher in der Natur als das Recht des Stärkeren zur Wirkung gelangt, festzuhalten. Das Mittel zur Lösung der sozialen Frage und das einzige Gesetz, das zur Hervorbringung höherer Organismen diene, bestünde darin, daß immer der Tauglicherere an die Stelle des Mindertauglichen trete, daß das verdienstvolle und leistungsfähige Individuum an die maßgebende Stelle innerhalb der menschlichen Gesellschaft gelange. Er offenbarte dabei unbeschadet seiner sonstigen zentralistischen Einstellung die Staatsfeindlichkeit des Liberalen, der im Staate nur den Nachtwächter sah, und kritisierte den Umschlag, den die Sozialdemokratie vollzogen hatte: "Denn sie erwarte alles vom Staate", der über die politische und militärische Aufgabe hinaus den Kulturliberalen ein not-

wendiges Übel war. Er befürchtete, daß die Entwicklung der Sozialdemokratie, wenn sie sich vollenden können, in Widerspruch zum liberalen freien Wirtschaftsgedanken den Weg über die Staatsverwaltung und die Staatsmonopole zu einem Staatssozialismus nehmen werde, der notwendig die Stellung des Parlamentes und mit dem Konstitutionalismus die Garantie für den Liberalismus vernichten müsse: "Es entsteht die Frage, ob nicht bei einem weiteren Vordringen der staatssozialistischen Ideen, von denen ich auch sage, daß sie nicht ganz zurückzudrängen sind, eine Gefährdung des ganzen Baues der parlamentarischen Einrichtungen in ganz Europa die Folge sein wird."

Wien war die Geburtsstadt der Rassenproblematik. Sueß anerkannte nur die Verschiedenheit der Anlage der Individuen, aber nicht der Völker. Deshalb sprach er sich auch für die Erlassung eines Heimatgesetzes und für die Assimilierung der fremdvölkischen Elemente in Wien im Gegensatz zu Dr. Lueger aus, um den sozialen Mißständen die durch die Zuwanderung verschiedenster Völkerelemente eine dringende Besserung verlangten, vorläufige Abhilfe zu verschaffen. Er polemisierte gegen den Namen der christlichsozialen Partei und stritt Dr. Lueger die Berechtigung dieser Namensgebung ab, deren geistiger Urheber Bischof Ketteler von Mainz in seinem Buche: "Arbeiterschaft und Christentum" geworden sei, der die Rassenfrage vollständig ausgeschaltet habe. Er klagte, die christlichsoziale Partei sei sich selber untreu geworden, indem sie sich

antisemitisch betätigte. Er bewunderte Ketteler, der die zivilisatorische Mission des Judentums und die Tatsache, wie weit die Juden in der Erkenntnis der sozialen Probleme voraus gewesen seien, erkannt habe. Er lehnte also den Versuch ab, eine negative Beziehung zwischen Judentum und sozialer Frage herstellen zu wollen und beanspruchte die Bewertung eines positiven Zusammenhangs. Die Schützenhilfe, die er dem Judentum angedeihen ließ, leistete er aus seiner liberalen Grundhaltung, welche die Juden im konstitutionellen Staate eine gleichberechtigte Nationalität waren. Er griff den rassistischen Standpunkt seiner Gegner an: "Es ist nicht wahr, daß die ganze Judenfrage eine kirchliche oder eine Rassenfrage sei." Der Konkurrenzneid sei der einzige Grund der Gegnerschaft. Er billigte den Juden nicht nur völlige Gleichberechtigung zu, sondern sogar bestimmte Vorzüge: "Denn sobald wir an wahre Kulturerscheinungen herantreten - er meinte damit insbesondere den ständigen Vorrang des Monotheismus - wird in den meisten Fällen das semitische Element vorherrschen." Sein Urteil floß aus rassistisch bedingter Voreingenommenheit und Verwandtschaft.

Abgesehen von der beginnenden weltanschaulichen Auseinandersetzung konnte natürlich eine derartige Stellungnahme die Wählermassen gegenüber der beißenden Kritik eines Dr. Lueger an dem judenfreundlichen Verhalten der liberalen Partei nicht befriedigen, sodaß das Jahr 1896 den großen Rückzug brachte, den Sueß freiwillig vorher vollzog.

### Währungsreform.

Zur Frage der Währungsregelung, die in Österreich-Ungarn allmählich ein lebhaftes Bedürfnis, aber erst zwischen 1892 und 95 durchgeführt wurde, nahm Sueß bereits im Jahre 1877 Stellung in seinem Buche: "Die Zukunft des Goldes"<sup>1)</sup>, als Deutschland die Goldwährung eingeführt hatte, das Silber verkaufte und die gleiche Aufgabe an die österreichische Regierung herantrat, weil der Wert des deutschen Silbers so tief sank, daß der Wert des österreichischen Papierguldens höher war, als der des Silberguldens, weshalb Millionen fremden Silbers aus dem Auslande in die Wiener Münzstätte geschickt und zu großen Verlusten für den Staat gegen Papiergulden umgetauscht wurden. <sup>2)</sup> Weil durch die deutsche Maßnahme die Grundlage der österreichischen Währung, die Silberbasis, ins Wanken geraten war, wurde auch hier das Begehren nach der Goldwährung laut, zumal sich damals die Tendenz zu einer einheitlichen Weltwährung geltend machte. Sueß begann die Frage als Naturforscher zu untersuchen. Er geriet in eine sehr sonderbare Stellung, die nur aus seiner Geistigkeit erklärbar ist: "Nicht zu verkennen war auch der herankommende Gegensatz zwischen den vorübergehenden, engeren Interessen des Vaterlandes, daß nach seiner Eigenart zur

1) Eduard Sueß, Die Zukunft des Goldes, Wien 1877.

2) N.öster. Biogr. Band 1, F. v. Pienen, E. Sueß.

Führung nicht berufen war, und den dauernden allgemeinen Interessen der Menschheit, die zur vertreten doch der Naturforscher berufen ist und ich frug mich ernstlich, wie überhaupt in diesem Falle die Pflicht des Abgeordneten mit der des Geologen zu vereinen sei."

In seiner Abhandlung suchte er die Abhängigkeit der Währungen von der Produktion nachzuweisen, aber nicht von der menschlichen Arbeitskraft, sondern der Produktion der Edelmetalle. Und hieraus die Zukunft der Währungen abzuleiten. Es war klar, daß nicht so sehr der Wirtschaftspolitiker oder Theoretiker, der Agrarier oder der industrielle Unternehmer oder der Augenblicksvorteil des Staates den Ausschlag geben konnte, sondern der Geologe der Naturwissenschaftler, welcher die Lagerstätten, nach dem Vorkommen und nach ihrer Reichhaltigkeit prüft. Aus gewichtigen Gründen folgerte er, müsse die bestehende Doppelwährung beibehalten werden: Weil die Goldproduktion, die sich nach geologischer Bestimmung notwendig verringern müsse, stetig zerfließe und zwar vorzüglich in Industrie, in die Kolonisation der Goldländer, in die Zirkulationsvermehrung der Goldwährungsstaaten und in die Deponierung zu Kriegszwecken, weshalb nur ein geringer Anteil zur Ausbreitung der Goldwährung für Europa frei werde, und der Zeitpunkt unausbleiblich sei, in welchem und zwar voraussichtlich "nach wenigen Jahrhunderten" die Goldproduktion sich dauernd und außerordentlich vermindern werde, weshalb es nicht mehr imstande sein werde, seine Stellung zu behaupten.

Das Silber verglich er, besitze keine kolonisierende Wirkung, wohl aber eine zivilisierende, weil nur das Gold dem Mittelpunkt des Verkehrs zustrebe, indeß das Silber an die Grenzen desselben (z.B. der Maria-Theresientaler) wandere. Deshalb sei einer allgemeinen Silberwährung die Zukunft vorbehalten, weil deren Produktionsbasis genügend groß sei, sodaß die Produktion selbst einst keine andere Grenzen haben werde, als jene, die durch den fortwährend sinkenden Wert desselben gesetzt würden, wodurch es einer automatisch wirkenden Selbstregelung unterworfen sei. Er suchte mit naturgesetzlicher Genauigkeit eine zentripedale Bestrebung des schwereren und eine zentrifugale Bestrebung des leichteren Metalles festzustellen und daraus die notwendige Entwicklung der Währungsfrage in die Zukunft zu bestimmen.

Sueß beging den Fehler, das zu beweisende - die Erschöpfung der Goldlagerstätten des Schwemmlandes - schon vorauszusetzen und wurde das Opfer seines wissenschaftlichen Übereifers. Wohl hatte er den Gedanken für sich, daß die Eigentümlichkeit der Silberproduktion den gewöhnlichen Voraussetzungen von Angebot und Nachfrage nicht folge, weil es meist als notwendiges Nebenprodukt anderer Metalle gewonnen werde, was beim Golde nicht der Fall ist und daher bei einer einseitigen Goldwährung sich sehr ungünstig auswirken könne. Die ständig zu befürchtenden Schwankungen, die Abhängigkeit vom Auslande, der Mangel eigener Goldproduktion waren seine Gründe für die Ablehnung der Gold-Welt-

Währung, die den großen Grundsätzen des Freihandels widersprach. Es konnte von österreichischer Seite geltend gemacht werden, ob nicht die zu erwartende Verteuerung des Goldes und die Verbilligung des Silbers die einzelnen Staaten ermuntern sollte, die Goldwährung einzuführen, um einen künftigen Gewinn aus dem Goldbesitz zu sichern. Deshalb trat Sueß vorläufig für eine Erweiterung der lateinischen Münzkonvention ein, oder für eine Rückkehr zu den Prinzipien von 1857, als man eine Silberwährung besaß und daneben Goldmünzen ausprägte, deren Wert mit dem Kurse schwankte.

Aber erst nach 15 Jahren wurde das Parlament vor die Entscheidung der Valutareform gestellt. Am 6. Oktober 1890 einigten in gemeinsamer Ministerkonferenz die Regierungen der beiden Reichshälften über eine Reihe prinzipieller Fragen, die mit der österreichisch-ungarischen Bank zur Durchführung vereinbart werden sollten.<sup>1)</sup> Und zwar 1. über die Feststellung einer Relation zwischen Gold und Silber nach dem Durchschnitt des Silberpreises seit 1879, 2. über den Umtausch eines Teils des Silbervorrates der Bank in der Höhe von 106 Mill. Gulden in Gold und über die Einziehung eines Drittels der Staatsnoten, die im Wege einer Goldanleihe erfolgen sollte, die jeder Staat für sich aufzunehmen hatte. Am 26. Mai 1891 wurde vom ungarischen Finanzminister die Valutareform als integrierender Bestandteil des Regierungsprogrammes erklärt. Es wurde die Frage

1) Kollmer, a.a.O. Band 5, S.202.



aufgeworfen, wie das erforderliche Metallgeld zu gewinnen sei. Dabei schieden sich die Parlamente durchaus in Bimetallisten und Monometallisten. Als nun Finanzminister Steinbach eine Regierungsvorlage einbrachte, die zwar noch nicht die Einführung der Goldwährung aber doch die Goldrechnung vorsah, erblickte darin Sueß den ersten Schritt abseits von der Doppelwährung und veröffentlichte zur Ergänzung seines obgenannten Werkes ein zweites wissenschaftlich-polemische Buch über die "Zukunft des Silbers", <sup>1)</sup> als Währungsstudie, in der er voreingenommen gegen jeden Versuch, die Goldwährung einzuführen, - dem Silber die künftige Weltherrschaft voraussagte. Er wurde das Opfer des wissenschaftlichen Spezialismus, weil er über den engen Horizont der Geologie nicht hinausblicken konnte. Seine Argumentation blieb die gleiche wie im ersten Werke, nämlich daß die Ziffern der Goldproduktion im steigenden Bedarfe nicht genügten und jener der Industrie stärker sei, als der der Zirkulation, sodaß er alles an sich ziehe und im Laufe eines oder zweier Jahrhunderte überhaupt kein Gold mehr umlaufen würde, wie das Platin von anderen Interessen, als der Münzstätte angezogen worden sei.

Er verlangte, <sup>2)</sup> da Österreich keine wesentliche Golderzeugung besitze, die Beibehaltung des Silbers, weil man von der österreichischen Bank nicht verlangen könne, daß sie jede, ihr offerierte Tratte in beliebiger Höhe in Gold honorieren werde. Er verlangte ferner, daß man in

---

1) E. Sueß, Die Zukunft des Silbers, Wien 1892.

2) Sten. Prot. 11. Sess. 4. 7. 1891.

der Bank Silber vorrätig haben müsse, um den Goldbesitz verteidigen zu können. Die starke Auslandsverschuldung Österreich-Ungarns war ein Grund mehr, an seiner Meinung festzuhalten. Weil nämlich ausländische Geldmächte in Österreich hohe Investitionen gemacht hatten, mußte eine Verteuerung des Goldes, welche tatsächlich ständig wirksam war, eine Verarmung des Schuldners durch steigende Zinsenlast herbeiführen, die es dem Staate überhaupt unmöglich machte, das Gold im Lande zu behalten. Österreich auf dem Mill. Staatsschulden lasteten, durfte nicht seine unschätzbare Rechtsbasis aufgeben, die die Silberwährung darstellte, und die Verpflichtung übernehmen, alle Schulden in Gold zu bezahlen.<sup>1)</sup> Auch besorgte er, daß nicht nur die Verschuldung nach außen sondern in gleicher Weise die Verschuldung im Innern fortschreiten würde, welche die Verarmung, insbesondere des Bauernstandes, herbeiführen müßte. Er befürchtete bereits eine weitere Steigerung des Goldpreises, wenn sich eine Großmacht entschlöße, Gold für den ganzen Bedarf seiner Währung anzukaufen, was Österreich-Ungarn erst tun müsse, um sich eine Goldbasis zu schaffen.

In der Frage der Relation, die die Verfechter der Goldwährung, weil die zur Zeit des Antrages gerade ein günstiger Silberkurs herrschte, festlegen wollten, in der Absicht, das Gold hereinzulocken, sprach er sich für ein fakultative Relation aus, also eine sog. "schwimmende

---

1) Sten.Prot. 11.Sess.129. Sitzung, 14.5.92.

Münze", welche die Kursschwankungen durch Gewichtsveränderung aufhalten können, sodaß die Silberprägung nicht in gesetzlicher Weise festgebunden werde. Den Übergang zu einer Hartgeldzirkulation wollte Sueß nicht entgegentreten. Er wollte nur keine endgültige Relation zwischen Gold und Silber, d.h.: Man sollte Goldmünzen ausprägen und sie in ein Verhältnis zum Silber, aber nicht zwangsweise bringen, welche an Hand der Erfahrung wieder durch Umprägung der Goldmünzen hätte geändert werden können. 1)

Sueß empfand die Frage der Goldwährung nicht als solche der liberalen Partei und ihrer Weltanschauung, sondern nur von österreichischen und wirtschaftlichen Standpunkt, weshalb er bedenkenlos gegen Ernst von Plener und die anderen Parteigenossen, die sich auch in den übrigen politischen Angelegenheiten stets mehr und mehr in Sondergruppen zerteilten, Stellung nahm. 2) In dieser Frage ging er selbständig vor und näherte sich, allerdings nicht aus politischen Rücksichten, Lichtenstein'schen Gedankengängen und der christlichsozialen Partei, die sich unter scharfer Betonung des Antikapitalismus gegen die Valutaregierung aussprach. Beide erblickten in der Verminderung des Geldumlaufes in ungerechtfertigter Weise eine Bevorzugung des Kapitals, die jede Art produktiver Arbeitsschädigen müsse, neben der die Steigerung des Wertmessers ähnliche Erscheinungen hervorrufe, und der Gebrauch des Goldes notwendig zur Kontraktion der Zahlungsmittel führe, wenn

1) N.österr. Biogr. Bd. 1, E. v. Plener, Sueß.

2) Sten. Prot. 11. Sess. 154. Sitzung; 13.6.92.

nicht ein Metall mitspielte, das in der Produktion fortwährend steige. Zum Beweis dieser Vorlagen diene, daß bisher kein in stärkerem Maß international verschuldeter Staat imstande gewesen sei, einen aktiven Goldumlauf aufrecht zu erhalten. Er folgerte aus der Verschuldung Österreich-Ungarns, daß die Herbeiziehung fremder Kapitalien den Staat nur schädigen könne, weil bereits so viel fremdes Kapital vorhanden war, daß von dem Arbeitsertrag, den es hervorbrachte, nur der Arbeitslohn im Lande blieb, indes der Unternehmergewinn ins Ausland strömte. Das Verhältnis zu Ungarn spielte eine nicht minder wichtige Rolle und Sueß fand sich in der Polemik sogar mit Dr. Lueger zusammen. Da die Handelsbilanz Ungarns passiv war, war seine Verschuldung ans Ausland größer, als die Österreichs, auf dem die Last des Gelingens ruhte. Deshalb war Ungarn viel bereitwilliger auf das Gesetz einzugehen, weil es nur gewinnen konnte, weil seine Hoffnung auf dem Überschuß der Ausfuhr der österreichischen Reichshälfte und deren geringeren Verschuldung beruhte. Er sah mit Recht voraus, daß das ungarische Papier nach Österreich zurückströmen würde, für das aber Gold ausfließen müßte, daß nach den Quotenschlüssel zu 70 % österreichisches und nur zu 30 % ungarisches Gold sei. Sueß erklärte vor dem Parlamente, sich nur für die Einführung der Goldmünze in die Zirkulation mit variabler Relation, eine Bindung der Silberprägung <sup>1)</sup> und die Aufnahme eines Goldanlehens unter der Voraussetzung

---

1) Sten. Prot. 11. Sess. 4. 7. 91.

daß dessen Wert stets steigen werde. Er beschwor alle Gefahren, die die Gegner der Goldwährung in Amerika und Deutschland kommen sahen: Die Kontraktion der Umlaufmittel die Begünstigung des ausbeutenden Kapitals, die Benachteiligung der Produktion und der arbeitenden Klasse. Er erregte bei der Opposition gegen die Goldwährung und bei den Anhängern des Bimetallismus unter den Konservativen und Radikalen lebhaften Eindruck, sodaß es großer Mühe bedurfte, das Gesetz in der Art der Übereinkunft mit Ungarn durchzusetzen.

Gerade durch die Genauigkeit in der Beurteilung hatte sich Sueß so weit in das Gebiet der Theorie vorgewagt. Schon das zweite Valutagesetz Pleners, daß die weiteren Golderrläge bei der Bank und die Einlösung der Staatsnoten betraf, fand nicht mehr Sueß's Ablehnung, obgleich es von anderen Teilnehmern seiner früheren Opposition sabotiert wurde, die aus politischen Absichten handelten. Sueß war das Opfer seines wissenschaftlichen Übereifers geworden. Er behielt aus zwei Gründen nicht recht. 1. weil er die Währungsfrage allein als finanzielle Frage behandelte und darüber vergaß, die Produktion der Arbeitskraft und ihre Erzeugnisse als gleichwertige Grundlage einer gesicherten Währung anzusehen und daß Gold und Silber nur eine Rolle als Tauschmittel besitzen und keine selbständige Funktion im Wirtschaftsleben tragen, die automatisch je nach Bevorzugung des einen oder anderen Edelmetallwertes bestimmte wirtschaftliche Erscheinungen nach sich ziehe.

Aber es täuschte ihn nicht nur die eigene Urteilskraft, sondern noch die Natur selbst. Seine geologischen Spekulationen auf denen er sein Thesengebäude von der alleinigen Zukunft der Silberwährung errichtete, erwiesen sich als gänzlich falsch, als sich bald die größten Goldfunde, die je in der Geschichte gemacht wurden, in Südafrika einstellten. Seine Mühe um die Lösung dieses wirtschaftlichen und auch politischen Problems zeigt uns wieder, daß er ganz im Stile seiner Denkweise vom Primat der Wissenschaft her, alle Fragen des Lebens aufzurollen und zu entscheiden suchte.

Persönlichkeit und Weltanschauung.

Am Schlusse des Berichtes über die Stellung, die Sueß in der Wissenschaft und im Parlamente eingenommen hatte, bleibt die Aufgabe übrig, ein Bild des Menschen zu zeichnen und den weltanschaulichen Hintergrund seines Denkens zusammenfassend näher zu bestimmen.

Von seinen Zeitgenossen, wie in den Nachrufen, die seine Leistung und Gestalt nach seinem Tode würdigten, werden übereinstimmend als bevorzugte Merkmale seines Wesens hervorgehoben, daß er eine vornehme, edle Natur besessen habe. Sein Auftreten nennt man schlicht und liebenswürdig. Er vereinigte die besten Eigenschaften des Charakters, Geistes und Gemütes bis zur Vollendung in sich und legte einen strengen sittlichen Maßstab an die persönliche Lebensführung, wie ihm überhaupt ein ausdrücklich sittliches Pathos besonders in seinen Parlamentsreden nicht fremd ist. Er besaß bei einer Geistesanlage, die ihn zur Synthese drängte, und befähigte, die Gesetzmäßigkeiten in der Natur aufzudecken, eine bedeutende Arbeitskraft, die es ermöglichte, sich der zersplitternden Tätigkeit als wissenschaftlicher Forscher und Lehrer, Parlaments- und Landtagsabgeordneter und Gemeinderat mit

Genauigkeit zu widmen. 1) Seiner Bedeutung sich wohl bewußt, legte er trotzdem eine Bescheidenheit an den Tag, die ihn über die Partei hinaus zu freundschaftlichem Ansehen brachte, weil er es verstand, die Fehler der Tagespolitik namentlich Eifersucht, Mißgunst und parlamentarisches Intrigenspiel zu vermeiden, Selbst in der Hitze der Parlamentsdebatten wurde er nicht gehässig und wenn er es nötig fand, den Gegner, um sich zu verteidigen, persönlich anzugreifen, dann gebrauchte er dessen eigene Waffen und bekämpfte ihn mit Ironie. Man muß ihm Charakter und Überzeugungstreue in seiner politischen Haltung zuerkennen. Er lehnte eine Berufung in das Herrenhaus durch Ministerpräsidenten Taaffe ab, 2) der den Vorschlag in der Hoffnung dem Kaiser unterbreitet hatte, einen seiner erbittertsten Gegner durch Befriedigung politischer Eitelkeit und Ehrgeizes und durch Verpflichtung zur Dankbarkeit gegen seine Verschleuderungspolitik mundtot zu machen. Suez weigerte sich, vom Ministerpräsidenten, den er aufs heftigste angegriffen hatte, politische Ehrungen anzunehmen. Eine leb-  
hafte Einbildungskraft befähigte ihn, nicht nur in der  
Wissenschaft, sondern auch in der Politik die Zusammenhänge  
zu sehen, wobei er sich des öfteren zu weit in das Gebiet  
der Spekulation vorwagte. Das konnte er aber dadurch ver-  
bergen, daß er sich in seinen Reden eines ciceronianischen  
Schwunges befleißigte, den er in kühnen Wendungen

1) N.Österr.Biogr., Bd.I, Almanach d.k.Ak.d.W.Bd.64, Jg.1914

2) N.Freie Presse, Wien, 20.4.1914.

stets auf die Wirkung berechnete. Seinen oft spitzen Stil und seine gewagten Gedanken verzierte er mit dichterischem Ausdruck und verbrämte er mit Beispielen aus der Fachwissenschaft. Auffallend ist, wodurch der Einfluß der Assimilation bemerkbar wird, daß er sich in den letzten Tiefen der Sprache oft unsicher zeigt, insbesondere was den Satzbau betrifft. Das rührt daher, daß die improvisierte Rede ihm oft zwang, der Eingabe des Augenblicks zu folgen, noch mehr aber aus dem Umstand, daß er die deutsche Sprache nicht als Muttersprache, sondern erst später gelernt hat. Auch sonst macht sich der Einfluß seiner Rasse bemerkbar. Plener rühmt von ihm, er habe die ganze Kulturarbeit Europas in geordneter Betrachtung in sich getragen. Das trifft in dem Sinne zu, daß er über ein ungewein detailliertes Wissen verfügte. Doch fehlt bei aller Dicke seiner wissenschaftlichen Bände und der Länge seiner Parlamentsreden die geniale Ursprünglichkeit. Er war tätig und neu aus seiner Kombinationsgabe, aber nicht aus einer kindlichen Seele. Originalität geht seiner Persönlichkeit ab.

Nicht minder war er ein typischer Vertreter des 19. Jahrhunderts, in der historischen Zusammensetzung seines Wissens, seines Bildungsbegriffes und seines Geschmacks, der nicht aus einem Stilgefühl entsprang, das einem inneren Bedürfnis oder einer inneren Wahl entsprach, sondern im Geiste seiner Zeit sich an geschichtliche Vorbilder anlehnte, ihm im Großen und Ganzen aber überhaupt fehlte.

Wie schon des öfteren betont, war er in allem zuerst Wissenschaftler und dann Politiker. Konnte er sich etwa ergebende Gegensätze ausgleichen, so war er dazu bereit. Er war eine versöhnliche Natur. Konnte er aber Widersprüche nicht aussöhnen, behauptete der Wissenschaftler den Vorrang. Er verband ferner stets das Amt des akademischen Lehrers mit dem des Forschers und ersterem kam der Zauber seiner Beredsamkeit zugute, sodaß er sich, als bereits die Rassenfrage in die Hochschulen getragen wurde, nach den Anwürfen Schönerers gegen ihn, noch immer einer großen Hörerzahl und Beliebtheit erfreute. Seine erste Aufgabe war stets die Förderung der Wissenschaft, alles andere nur Mittel zu diesem Endzweck. Sie war seine eigentliche Lebensaufgabe, die er sich gestellt hatte und welche ihm seiner übrigen Tätigkeitsbereiche eröffnet hatte. In Ihr erblickte er auch die höchste und einzige Auszeichnung. Sämtliche Titel und Orden, die ihm angetragen wurden, lehnte er ab. Seine Ehre und Auszeichnung war der Titel eines Hochschulprofessors. Er besaß, die sich fast mit Scheu vor fremden Angelegenheiten auf die Wissenschaft beschränkende Einstellung, die erst den Aufstieg der Spezialwissenschaften im 19. Jahrhundert in aller Breite und Tiefe ermöglicht hatte. Gefördert wurde seine Zuneigung - erst aus der Liebhabelei entsprang die Liebe zur Wissenschaft, die sie zur Würde eines Berufes erhob - durch die Sekurität seines Lebens. Er hatte nie mit materieller Not zu kämpfen, wenn er auch bescheiden beginnen mußte,

sodaß er bald in seiner Arbeit ganz aufgehen konnte. Soziale Probleme hatte er in seiner Jugend an sich nicht erfahren, weshalb sie ihm in ihrer Tiefe stets fremd blieben. Ein solcher Zustand erleichterte natürlich eine regelmäßige, unbehinderte und planvolle Durchführung seiner Absichten.

Die Assimilation des jüdischen Elementes war in ihm weit fortgeschritten, sodaß nirgends Vorwürfe von besonderer jüdischer sittlicher Eigentümlichkeit gegen ihn als Menschen erhoben werden. Dem Antlitz und der Gesichtsform sind allerdings typisch jüdische Züge nicht fremd, sogar leicht erkennbar. Daß der Charakter der Abstammung nicht mehr eindeutig deutlich hervortritt, dürfte daher kommen, daß die jüdische Prager Familie Zdeckauer schon lange Zeit in Prag ansässig war und die aufklärerischen Reformen Joseph II. sich bereits durch Verwischung der Unterschiede, die das Ghettojudentum von der übrigen Bevölkerung getrennt hatten, bemerkbar gemacht hatten. Seine allgemeinen Anschauungen waren allerdings insofern rassisch beeinflusst, - ohne ein engherziges Urteil zu fällen - daß sie die Menschheit als Ziel der Entwicklung betrachteten, aber nicht einer unendlichen Entwicklung, sondern einer, welche mit den Mitteln der modernen Wissenschaft und des konstitutionellen Liberalismus praktisch verwirklicht werden muß, sodaß er über die Tiefe des Nationalitätsproblems optimistisch hinweg sah.

Seine feste parlamentarische Position, die er

durch eine stets treue und anhängliche Wählerschaft besaß, erklärt sich daraus, daß er der Abgeordnete des zweiten Bezirkes der Stadt Wien, der Leopoldstadt, eines ausgesprochenen Judenviertels war, indem der jüdische Prozentsatz unter dem wahlberechtigten Bürgerum so bedeutend war, daß er ihm den Rücken steifen konnte und bis vor seinem Abtritt seine Wiederwahlen ungefährdet waren. Als Politiker beförderte er freilich den Vorteil seiner Rassegenossen. Als Gegner ist Schönerer Gewährsmann für eine judenliberale Einstellung in der Politik, der, je mehr die Rassenkampf-idee in seiner Wirksamkeit in den Vordergrund schob, um so öfter auch Sueß mit Angriffen zusetzte und insbesondere sich gegen dessen judenliberale Schulpolitik aussprach,<sup>1)</sup> und es gesetzlich verhindern wollte, Juden als Lehrer in öffentlichen Anstalten anzustellen. Den Anlaß zur Auseinandersetzung gab meist das Geplänkel der Tagespolitik, sodaß wir sie übergehen können, bis auf die wörtliche Wiedergabe eines Abschnittes einer Rede Schönerers, in einer Wählerversammlung in N.-Österreich, in welcher er Sueß angriff: "Wenn der Abgeordnete Eduard Sueß kürzlich in einer Versammlung sagte, daß der von mir in Breslau gebrauchte Ausdruck vom praktischen Christentum eine große Gotteslästerung sei, so antworte ich darauf, es wundert mich nicht, wenn in der Leopoldstadt in Wien das Wort Christentum als Gotteslästerung betrachtet wird. Doch gibt es jedenfalls zum Nachdenken Anlaß, daß in der Leopold-

1) Herwig, Georg Schönerer, Band 3; S.260.

stadt die Wähler sich offen gegen den christlichen Grundsatz sich auflehnen, daß man seinen Nächsten lieben solle und den Abgeordneten Sueß zustimmen, wenn er dagegen protestiert, daß dieser Grundsatz im praktischen Leben eingeführt werde, durch den gesetzlichen Schutz der ehrlich arbeitenden Staatsbürger gegen die Ausbeutung durch habsüchtige, raffinierte, herz- und gewissenlose Spekulant~~n~~. Nur undeutsche, fremde Elemente können sich erdreisten, sich gegen ein derartiges "praktisches" Christentum öffentlich aufzulehnen." <sup>1)</sup> Aus diesen Worten geht deutlich hervor, daß er die Anschauungen der Wählerschaft mit denen ihres Abgeordneten in treffender Übereinstimmung fand. Da Sueß in seinen "Erinnerungen" ein Kapitel über die Judenfrage geschrieben hat, so läßt sich aus eigenen Äußerungen einiges zur Beurteilung erkennen. <sup>2)</sup> Als Mischling hat er die Bedeutung der Rasse nicht erkannt, oder absichtlich übersehen. Zwar fiel ihm im Gegensatz zum Verhalten der tschehischen Zuwanderer die Absonderung der nach Wien zuziehenden Juden in konfessioneller und gesellschaftlicher Hinsicht auf, auch die örtliche Absonderung nach gewissen Bezirken, so wurde ihm, dem Naturwissenschaftler, der tiefere Grund dieses Verhaltens nicht bewußt. Er sah die Judenfrage nur vom geschichtlichen Standpunkt. Einer Erörterung über die Frage weicht er aus, wie er gleichfalls über die Anfänge des neueren Antisemitismus nicht viel mehr zu berichten weiß, als daß sie nicht an den

1) Herwig, a.a.O. Band II. S.406.

2) Sueß, Erinnerungen, S.345.

großen Börsenkrach des Jahres 1873 anknüpfen, <sup>1)</sup> womit er zugab, daß die Ursachen anderer Art sein mußten. Er leitete die anti-jüdische Stimmungsmache aus der anti-kapitalistischen Bewegung der christlichen Sozialreformer her und nicht aus einem wiedererwachenden völkischen Bewußtsein. Den Anlaß gab nach seiner Meinung der Zusammenbruch des Bankinstitutes der Union générale, die mit der österreichischen Länderbank eine Neugründung in Verbindung stand und eine Konkurrenzunternehmen gegen das Haus Rothschild darstellte, welches bisher das Anleihebedürfnis des Staates und der liberalen Regierungen befriedigt hatte. <sup>2)</sup>

Tiefer fand er in diesen Fragenkomplex nicht hinein. Es war nicht möglich, daß er mit seiner Anschauung von der Gleichheit aller vor dem Gesetze und seiner konstitutionell-doktrinären Denkweise einen Unterschied der Rasse und der Nationen im Hoheitsbereiche des Staates anerkennen konnte. Insbesondere in einem Staatswesen, das durch seine Konstruktion ein Vielvölkerstaat war, der sich bemühte, um seine Existenz zu retten, einen Ausgleich der verschiedensten Ansprüche herbeizuführen. Selbst als konfessionelle Frage, drängte er sie ganz in die Sphäre der Privatangelegenheiten, weil er die Religion als Privatangelegenheit betrachtete und die kirchlichen Gemeinschaften nach dem Vereinsgesetze behandelt wissen wollte.

---

1) Sueß, Erinnerungen, S. 357.

2) " " " " S. 307.

Durch die Duldung beförderte er die Zuwanderung jüdischer Elemente nach Wien und die Zersetzung der bodenständigen Schichten durch deren Einfluß. Weil er selbst Mischling war, nahm er, als sich die Welle des Antisemitismus in Österreich erhob, lebhaften Anteil an der Verteidigung der Gleichberechtigung aller österreichischen Staatsbürger. D.h. er setzte sich gegen jede Verdächtigung und Beschränkung des jüdischen Einflusses zur Wehr. Er trat dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus im Namen der Freiheit und des Fortschrittes bei,<sup>1)</sup> welcher das Maß aller beschränkenden Bedingungen für die selbständige Entwicklung auf ein Minimum herabdrücken wollte. Die "Neue freie Presse" berichtet aus dem Kondolenzschreiben obgenannten Vereines: "Als Anfang der 90 er Jahre die Schmutzwohle des Rassenhasses aus dem Auslande auch in unsere Metropole einrang, da war es der gefeierte Gelehrte Eduard Sueß, der mit anderen Koryphäen der Wissenschaft und der Gesellschaft sich in die Bresche stellte und 1892 durch den Eintritt in den Vorstand dieses Vereines einen weithin hallenden Protest gegen dieses zerstörende Treiben hinaus sandte, und der später wiederholt in zündender Rede gegen diese Bewegung auftrat."

Sein Verhalten war tiefer begründet. Es war notwendig verknüpft mit seiner ganzen geistigen Einstellung und seinem Weltbilde. Aufschluß darüber gibt - abgesehen von den vielen weltanschaulichen Glossen seiner Parlamentsreden -

1) Neue Freie Presse, Wien 1.5.1914

das Schlußwort seines Memoirenwerkes und die Inaugurationsrede anlässlich des Amtsantrittes als Rektor der Universität Wien über den "Fortschritt des Menschengeschlechtes". 1)

Die Wahl des Themas ist bedeutsam. Sie zeigt uns sofort das Rückgrat seiner geistigen Persönlichkeit. Begeistert vom Aufschwung der Wissenschaft und im Angesichte der von ihr geförderten technischen Entwicklung und Ausbreitung der Zivilisation über die ganze Erde, sieht er in der Vollendung dieses Vorgangs zu immer höheren Formen das still aus der Anlage der Natur wirkende einzige Gesetz, das die Welt beherrscht. Die Grundlage ihres Verständnisses und jeder Erkenntnis des Kosmos ist allein die Tatsachenforschung, die darauf verzichtet, im Menschen das Maß aller Dinge zu sehen und den Maßstab zur Beurteilung der Erscheinungen alles Daseienden aus ihm zu schöpfen. In diesem Punkte kreuzen sich verschiedene Einflüsse auf sein Denken. Fürs erste das historische Denken, das nicht nur die Geschichte der Menschen und der Völker, sondern auch die der Erde aus den Bedingungen ihres Daseins zu erklären sucht, daß mit diesem Bestreben den Werdegang der Entwicklung objektiv enthüllte und letzten Endes freilich zu einem Relativismus gegenüber dem Glauben und allen absoluten Werten - außer dem Fortschritt - führte, welchen wir bei Sueß schon wirksam bemerken können.

Das historische Bewußtsein wurde befruchtet durch das Darwin'sche Gedankengut: Der einheitlichen Ent-

---

1) E. Sueß, "Über den Fortschritt des Menschengeschlechtes" Wien, 1886.

wicklung der gesamten Organismenwelt aus einem einzigen Lebenspol und damit der Menschen aus der Tierwelt und in optimistischer Wendung einer wachsenden Vervollkommnung durch das Mittel der Religion, der Wissenschaft und Kultur zu einem stets höheren Grade des Fortschrittes. Er sagt: "Man wird zugeben müssen, daß der tierische Instinkt und die Vernunft nicht dem Wesen sondern nur dem Grade nach verschieden sind." <sup>1)</sup> Die selbstverständliche Folge war, daß er von diesem Weltbilde aus von der Wissenschaft, die alleinberechtigt war, Glauben zu fordern, gegen jede andere Macht, besonders die Kirche in Gegensatz kam, und den metaphysischen Gehalt der Offenbarungslehren entweder für Dichtung zur schönen Erbauung des Gemütes erklären, oder die Übernatur auf die Natur beschränken mußte, was zuletzt darauf abzielte, an die Stelle dogmatischer Religionen eine rein praktische Vernunftreligion zu setzen, mit welcher Tendenz er eine verborgene Verwandtschaft mit anderen jüdischen Denkern der Aufklärung bekundet. Die innere Feindschaft des historisch denkenden und Tatsachen forschenden Naturwissenschaftlers stellten ihm der katholischen Kirche gegenüber. Er erlebte wie unzählige andere und bedeutendere Menschen den Kampf zwischen ihrem und dem modernen Bildungsbegriff, zweier Weltbilder, der nicht allein auf dem Ursprungsgebiete religiöser und philosophischer Überzeugung ausgetragen, sondern auch auf fremde Gebiete der Politik und Wirtschaft übertragen wurde.

---

1) Sueß, Erinnerungen, S.428.

Der Anspruch liberaler Wissenschaft auf Allgemeingültigkeit stieß auf den gleichen Anspruch der katholischen Dogmatik, woraus sich tiefste Gegensätze ergaben, wenn beider Forderungen sich inhaltlich widersprachen. Es war eine notwendige Feindschaft: Schon deshalb, weil die katholische Kirche nach seiner Ansicht keine absolute Kritik der Tatsachen zuließ, ohne die nach der Anschauung des Naturforschers das Absolute nie gefunden werden konnte.

Zur Lehre Darwins und den historischen Relativismus gesellte sich als dritte Denkrichtung aus dem Geiste seines Jahrhunderts, der Liberalismus mit dem Glauben an die Möglichkeit einer stetigen Aufwärtsbewegung der Menschheit durch das freie Spiel und Zusammenspiel aller Kräfte, in deren Dienst es notwendig sei, den einzelnen Menschen sich frei entfalten zu lassen. Die gewaltige Stoßkraft, die in diesem Glauben an die Zukunft lag, die im 19. Jahrhundert die Entwicklung der Menschheit weiter vorantrieb, als in einem gleichen Zeitabschnitt vorher, stammte aus der Umkehrung der Anschauungen Rousseaus von einem paradiesischen Kindheits- und Unschuldszustand der Menschheit in die Hoffnung auf eine glücklich vollendete Zukunft. Sueß war ein Gegner Rousseaus und lehrte die Erhebung des Menschenlebens aus einem wilden Urzustande zu einem sich unter Rückschlägen wandelnden und wachsenden Kulturzustande. Seine im Grund genommen biologische Auffassung, die den Fortschrittsgedanken an sich noch nicht enthält, wurde durch das Fortschrittsdenken über-

wuchert, das den Sinn des Menschenlebens auslegen sollte. Fortschritt war Sinn und Zweck des Daseins, in dem sich jeder Mensch begreifen lernen müsse. Wenn er von diesem Gesichtspunkt aus den Kosmos zu erklären suchte, müsse er jeder theologischen Spekulation abhold sein. Er sagt: "Sein (d.h. des Menschen) innerer und äußerer Zustand sind die Ergebnisse einer unabhängigen Arbeit an sich selbst eine Erziehung und Ausbildung seiner Kräfte und Fähigkeiten." 1) Darum wurde ihm zuletzt alles Objektive nicht objektiv. Einen absoluten Wahrheitsbegriff besaß er nicht mehr. Das Gedränge der Gesellschaft erzeuge die Ethik. Ebenso seien die verschiedenen Religionen Erzeugnisse des menschlichen Geistes, also keine Offenbarungen, die einzig und allein unter dem Aspekt der geschichtlichen Betrachtungsweise angenommen werden dürften. Die christliche Anschauung, alles Leben müsse in die Religion und den Jenseitsglauben, wurde umgekehrt: Alle Religion als Produkt des Lebens dient nur wieder ihm und mündet in das Leben ein.

Folgerichtig durchdenkend hätte Sueß von seinem biologischen Standpunkt aus zur Rassenfrage vorstoßen müssen und speziell zum Verhältnis von Rasse und Religion, wenn die Religion ein Erzeugnis der Lebensträger, also nicht nur der Menschheit, sondern auch der Völker und der einzelnen Individuen sei. Wenn er auch einen sehr vergeistigten Volkstumsbegriff besaß, hätte er

---

1) Sueß, Über den Fortschritt des Menschgeschlechtes, Wien 1886.

doch das Volk als natürlich gegebene Einheit nicht verleugnen können und auf die Frage: Judentum, Christentum und Deutschtum stoßen müssen. Er anerkannte das Christentum nicht in seiner kirchlichen Form, sondern durch Vergleich mit anderen Religionslehren, als die fortschrittlichste.

Sueß übersah nicht, daß sich der Prozeß des Fortschrittes zuerst in den einzelnen Individuen vollziehe und dann erst einzelnen Völkern ein bestimmter Anteil an der Verwirklichung seines Zieles zukomme. Doch hielt er unentwegt an dem menschheitlichen Ziele fest. Die Bestimmung der ganzen Menschheit nicht nur einzelner Individuen und Stände zum Fortschritt der nie vollendeten, stets vervollkommenbaren menschlichen Kultur ergab sich schon aus dem Mittel dieses Zweckes: Der Wissenschaft, die die Internationalität des geistigen Fortschrittes dadurch garantiere, daß sie durchaus übervölkischer Art sei, weshalb sie den Vorrang vor Kunst und Religion besitze. Er gab gerade deshalb der Wissenschaft den Vorrang, weil sie die Allgemeingültigkeit ihrer Erkenntnisse vor der Beschränktheit verschiedener Religionen durch Raum und Zeit voraus habe. <sup>1)</sup> Nachdem er den sokratischen Grundsatz vertrat, daß Wissen gut mache, war er von ihrer sittigenden Kraft überzeugt und anerkannte als größte Leistung des menschlichen Geschlechtes neben der äußeren, vor allem die innere Zivilisation. Eine tiefere Geschichtsbetrachtung hätte ihn allerdings belehren müssen, daß die Annahme eines sittlichen Fortschrittes der Menschheit

1) Sueß, Erinnerungen, S.436.

ebenso ins Gebiet der Geschichtsphilosophie gehört, wie Rousseaus Gedanke an eine ursprüngliche Unschuld der Menschheit. Die politische Anschauung Sueß's deckt sich mit seiner Weltanschauung. Seine politische Kenntnisse waren zum Großteil historische Kenntnisse. Er teilte die Auffassung seines Jahrhunderts vom Staate als einem Kulturstaate, dessen Aufgabe es sei, nicht nur den Fortschritt in seinem Lande, sondern überhaupt zu fördern. Diese Aufgabe stellte er auch dem Staate seiner Wirksamkeit, auf dessen Boden er einer der heftigsten Vorkämpfer einer allgemeinen Volksschulbildung und der Emanzipation der Wissenschaft von allen beschränkenden Gewalten wurde. Der Staat hatte ihr gegenüber nur eine fördernde Haltung einzunehmen, sie über diese Pflicht hinaus nicht zu berühren. Politik hatte - um einen Gemeinplatz zur Charakteristik zu verwenden, - mit Wissenschaft nichts zu tun, am allerwenigsten Innenpolitik, wohl aber umgekehrt die Wissenschaft die Grundlagen der praktischen Politik zu liefern. Ihr aber war von allen menschlichen Kulturzweigen ein Primat an Freiheitsrechten einzuräumen. Unausgesprochene Voraussetzung dafür war, daß ihre Ergebnisse ein einheitliches Ziel verfolgten, welches sie wie ein Stein durch das Gesetz der Schwerkraft den Boden - erreichen müssen. Von der Anschauung und dem Glauben, daß das Wissen die stärkste sittliche Kraft sei, weil sie, wenn sie die Wahrheit lehren wolle, mit den Naturerscheinungen übereinstimmen müsse, gelangte er folgerichtig zu einer betont aufgeklärten

Schulgesetzgebung als einem Mittel im Dienste des Kulturstaates. Deshalb widmete er seine besondere Aufmerksamkeit der Schulpflege vor allem der niedrigen Schulen, um das Wissen zu popularisieren und den Fortschritt in die weitesten Volksmassen zu tragen. Der kulturelle Liberalismus, der allen Staatsbewohnern gleiche Aufstiegsbedingungen schaffen müsse, hatte aber auch seine außenpolitische Bedeutung. Sueß, überzeugt, daß Österreichs politischer Krebsgang bis zum Jahre 1866 Schuld einer geistigen Unterernährung des Volksganzen sei, forderte schon deshalb die Aufhebung dieses Zustandes. Noch mehr aber erblickte er darin ein Mittel, die Nationen einander näher zu bringen, indes in Wirklichkeit gerade mit wachsender Bildung der Nationalitäten die Gegensätze sich verschärften. Daß sein Bildungsoptimismus eine andere als die von ihm vorausgewollte Wirkung haben könnte, konnte er sich nicht ausdenken. In seinen Augen war die allgemeine gleiche Reichsvolkschule ein einigendes Band innerhalb der Staatsgrenzen, nicht nur als Voraussetzung für die Einheit der Armee, sondern als geistige Erziehungsgrundlage für das Gesamtstaatsdenken. Um ihrer selbst willen hatte sie diese politische Aufgabe zu erfüllen.

Sueß, von der Geologie an das Großraumdenken gewöhnt, sah in der Zeit des sich entwickelnden Weltverkehrs und der Weltwirtschaft für die Nationen keinerlei aussichtsreiche Möglichkeit eines eigenstaatlichen Sonderlebens, das dem Fortschrittsgedanken zu widersprechen schien,

und in Österreich auch der historischen Entwicklung widersprach. Von dieser Erkenntnis ist die Vorstellung vom Staate mitgeformt. Er trat in das politische Leben erst ein, als Österreich die staatlich-politische Verbindung mit dem übrigen deutschen Siedelboden verloren hatte, so daß er vergang<sup>o</sup>heitsflüchtig mit den gegebenen Tatsachen rechnete. In ihm lebte die Monarchie nicht mehr als wesentlich deutscher Staat weiter, sondern er stellte ein ganz selbständiges staatliches Gebilde dar, dessen Staatsvolk nicht die Deutschen oder Tschechen oder die Ungarn waren, sondern die österreichische Nation. Seine Sinnggebung der österreichischen Geschichte lief stets darauf hinaus, sowohl gegen die Kirche, wie gegen die Nationen die Staatseinheit zu betonen. Er anerkannte eine österreichische staatliche Eigengesetzlichkeit. Der österreichische Staat, getragen nicht von einem, sondern von vielen gleichberechtigten Völkern, hatte das Ideal eines liberalen Kulturstaates - hier schließt sich der Kreis seines Denkens - den völkerversöhnenden Gedanken des Fortschrittes in einem bestimmten Gebiete zu verwirklichen, das von Natur und Geschichte dazu vorgeformt war.)

Doch nicht nur vom Verständnis des Staates als eines kulturellen Gebildes, sondern noch mehr von dem eines Machtgebildes, der historischen Anschauung und der Absage an eine nationale Eigenstaatlichkeit her wurde er ein Vorkämpfer eines gefestigten Zentralismus des Reiches, dessen Führung allerdings noch das liberale

Deutschtum inne haben sollte, als der an geistiger Reife am weitesten fortgebildete Bevölkerungsanteil der Monarchie. Von dieser Absicht gelangte er zu einer besonderen Betonung der Stellung der Reichshauptstadt Wien als den naturgegebenen Mittelpunkt und Kristallisationskern für das organische Wachstum des Reiches. <sup>1)</sup> In seiner Absicht lag es, Wien als Stadt bewußt zu pflegen, weil es mit dem Wachstum seiner Ausdehnung als Kraftzentrum an politischer Bedeutung gewinne. Weshalb er sein volles Interesse 1890 auf die Eingemeindung der Wiener Vororte verwendete, die erst die Stadt zu einer Millionenstadt gedeihen ließen. Und die Grundlage für einen sicheren Bedeutungsgewinn schaffte. Der geographische Anschauungsunterricht gab ihm einen ebensolchen geopolitischen, sodaß eine wissenschaftlich vertiefte Erkenntnis sein Verhalten in innen- und außenpolitischen Fragen insbesondere in der Okkupationskrise bestimmte.

Ein weiterer wesentlicher Bestandteil seines politischen Ideenrüstzeuges war die Überzeugung von der Vortrefflichkeit konstitutioneller Einrichtungen, die ein moderner Staat nicht entbehren durfte. Sein Ideal vom Verfassungsleben war vorzüglich vom englischen Vorbilde bestimmt, welches Land in seinen Augen ein Musterstaat freiheitlich-liberaler Einrichtungen war, <sup>2)</sup> obgleich er es auch verstand, die konstitutionelle Entwicklung seines Vaterlandes unter liberalen Gesichtspunkten

---

1) E. Sueß, Rede geh. i. d. Wählerversammlung d. 2. Bez. Wien 1882

2) Sueß, Erinnerungen, S. 142.

mit einer historisch begründeten Entwerdung aus dem frühneuzeitigen Ständewesen herzuleiten und die Epode der Aufklärung, die in Österreich in Joseph II. ihren hervorragendsten Vertreter gefunden hatte, mit den Anfängen des Liberalismus überhaupt in Einklang und Übereinstimmung zu bringen. Daher rührt die fast liebevolle Verehrung für Kaiser Joseph II. von seiner Seite und der liberalen Partei, die auch noch darin ihre Begründung fand, daß er es zuerst versuchte und verstand, mit allen Mitteln der Zentralisation einen festen Staat zu organisieren, wie er sich in Preußen herausgebildet hatte.

Die leise Skepsis an diesem Staatswesen und die Furcht vor seiner Unhaltbarkeit, die sich damals in weiten Kreisen des Deutschtums bemerkbar machte, die Hoffnung der Nationalitäten auf Eigenstaatlichkeit, teilte er nicht. Derlei Befürchtungen blieb er unzugänglich, wenn er auch in jedem Föderalisierungsversuch eine Schwächung des Ganzen und damit auch der Teile erblickte. Er war von der Zukunft des Liberalismus und der heilenden Kraft des Fortschrittes so überzeugt, daß er die Sprengwirkung seiner Ideen nicht vorausahnte und im gläubigen Optimismus an eine große Zukunft Österreich-Ungarns ausharrte, die Überwindung der Annexionskrise 1908 als Stärkung des Staates und des österreichischen Selbstbewußtseins empfand,<sup>1)</sup> ohne die nahe Gefahr des Weltkrieges

1) Sueß, Erinnerungen, S. 303.

zu ahnen.

Den politischen Geschäften und zuletzt auch dem Amte eines Präsidenten der Akademie der Wissenschaften entsagend, starb er noch vor Ausbruch desselben am 26. April 1914 von der Gelehrtenwelt und den letzten Paladinen des liberalen Parteigedankens tief betrauert, "ein erraticher Block aus der prähistorischen Glanzzeit des österreichischen Parlamentarismus" 1).

Seine Bedeutung als Wissenschaftler und Politiker ist die, daß er nur Stufe war. Als Kind seines Jahrhunderts ragte er nicht darüber hinaus. Er war ihm in seinem ganzen Wesen verhaftet, sodaß er als beispielhafter Typ Geltung behalten wird. Nachdem sich die Geschichte nicht allein mit dem Überragenden und Übrigbleibenden beschäftigt, sondern den Lauf des Geschehens bis in seine einzelnen Bewegungen, Wirkungen und Ursachen verfolgt, war es sicher berechtigt, der Gestalt Aufmerksamkeit zuzuwenden, deren Wachstum und Gehalt in dieser Dissertation behandelt wurde, zumal sie als Beispiel für die Erscheinung der Assimilation des Judentums und als Beispiel eines liberalen Wissenschaftlers und Politikers auch zeitgenössische Bedeutung besitzt.

---

1) Neue Freie Presse, 28. April 1914; Dr. Ehrlich, Präsident der Concordia.

